

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 39. Jahrgang
233 | Januar/Februar 2016 EUR 2,00

Aus dem Inhalt





WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · c/o Syntopia · Gerokstr. 2 · 47053 Duisburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Grüne statt gelbe Gewerkschaften

Soziale und ökologische Kämpfe gehören zusammen

Daran, dass die ökologische Frage irgendwie drängt, erinnern uns frühlingshafte Temperaturen zur Weihnachtszeit. Doch das schlechte Gewissen und die temporäre Besorgnis sind bei einer leckeren veganen und garantiert ökologisch produzierten Entenbrust als Festtagsschmaus schnell wieder vergessen. Schließlich leistet der umweltbewusste Großstadtmensch ja schon seinen Beitrag zum besseren Weltklima, indem er zumindest hin und wieder nachhaltig, biologisch und regional konsumiert.

Auch wenn wir die Polemik beiseite lassen, lässt sich konstatieren: Die Umweltbewegung im deutschsprachigen Raum befasst sich neben Partei- und Lobbyarbeit überwiegend mit Konsumfragen. Damit schiebt sie die Verantwortung – ganz in neoliberaler Manier – dem oder der Einzelnen in die Schuhe. Mit erhobenem moralischen Zeigefinger werden wir inzwischen sogar im Discounter daran erinnert, „bewusst" zu konsumieren. Statt die ökonomischen Ursachen für Monokultur, Ressourcen-Raubbau und Umweltzerstörung zu benennen, treibt diese Praxis die Menschen weiter in die Vereinzelung und Machtlosigkeit. Denn eine politische Wirkung durch die Änderung des Konsumverhaltens ließe sich nur dann erzielen, wenn sie gewerkschaftlich organisiert wäre. Dies war zuletzt in großem Maßstab bei den Boykotts südafrikanischer Waren in den 90ern der Fall, die dazu beitrugen, das Apartheidsregime zu stürzen.

Allzu oft dient der Konsum von Produkten aus dem Bioladen Teilen der privilegierten Mittelschicht – oder jenen, die gerne dazu gehören würden – schlicht als soziales Abgrenzungsmerkmal. Wer ALG II empfängt oder in prekären Beschäftigungsfeldern tätig ist, ist aber finanziell gar nicht in der Lage, im Bioladen einzukaufen oder zum Ökostrom-Anbieter zu wechseln. Auch der Arbeitskampf der FAU Berlin beim Biohof Teltower Rübchen oder die aktuelle Auseinandersetzung in der Neuköllner Pizzeria Sfizy Veg, die auf ihrer Homepage mit „politischem Engagement, Tierrechten und einem ökologischen Bewusstsein" für sich wirbt, sprechen Bände. Denn das politische Bewusstsein der Bosse hört meist dann auf, wenn es um die Rechte der Lohnabhängigen geht. Die Profite in der „ökologischen Nische" werden ebenso wie in anderen Branchen auf dem Rücken der Beschäftigten durch massive Ausbeutung erwirtschaftet.

Ökologisch zu konsumieren ist deshalb nicht „falscher" als nicht ökologisch zu konsumieren. Aber zu glauben, dass sich durch Konsum die kapitalistische Produktionsweise verändern ließe, ist schlichtweg naiv. Denn auch ein Kapitalismus mit grünem Anstrich basiert auf Wachstum und Profitmaximierung und wird deshalb nach wie vor menschlich und ökologisch über Leichen gehen. Dieser Entwicklung lässt sich nur etwas entgegen setzen, wenn Menschen sich dort organisieren, wo sie die Macht über die Produktionsmittel und -verhältnisse haben: an ihrem Arbeitsplatz.

Die syndikalistische Organisationsweise bietet effektive Methoden und Strategien, auch ökologische Forderungen durchzusetzen. Durch die kollektive und basisdemokratische Organisierung am Arbeitsplatz lassen sich nicht nur Lohn- oder Mitbestimmungsrechte einfordern, sondern auch umweltschützende Maßnahmen erzwingen. Sei es die Verwendung ökologischer Rohstoffe oder die Verminderung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien bei Herstellungsprozessen. Letztendlich stärken die gemeinsam errungenen Siege das Bewusstsein dafür, dass sich kollektiv spürbare Veränderungen erzielen lassen – so kleinschrittig dieser Prozess auch ist.

Momentan sieht die Realität in der BRD aber anders aus. Klimaproteste werden meist von der radikalen Klimabewegung initiiert. Diese führt in erster Linie symbolische Aktionen durch. Auch das ist nicht falsch – aber es fehlt ihr an betrieblicher und gewerkschaftlicher Anbindung und meist auch an Klassenbewusstsein. Die mangelnde Verankerung ökologischer Forderungen in den DGB-Gewerkschaften tut ihr übriges, um die „machtvolle Synthese" von ökologischer und gewerkschaftlicher Praxis zu verhindern. So verteidigt etwa die IG BCE die für Mensch, Umwelt und Klima extrem schädlichen Braunkohletagebaue im Rheinland und in der Lausitz, indem sie sich mit kurzfristiger Standortlogik bei RWE und Vattenfall anbiedert.

Wer nach Beispielen für eine gelungene „grüne" Gewerkschaftsarbeit sucht, muss daher auf andere Kontinente schauen. Etwa ins Australien der 70er und 80er Jahre, wo es GewerkschafterInnen gemeinsam mit AnwohnerInnen gelang, Naturschutzgebiete vor der Bebauung zu bewahren oder die Atomindustrie durch Streiks lahmzulegen (siehe Dan Jakopovich in DA #191).

Das eindrucksvollste Beispiel radikaler grüner Gewerkschaftsarbeit aber bleibt das von Judi Bari 1989 initiierte Bündnis zwischen Holzarbeitern und radikalen UmweltschützerInnen in Nordkalifornien. Der IWW- und EarthFirst!-Organizerin gelang es, beide Gruppen in einer Sektion der Wobblies zu organisieren, die für eine nachhaltige und sozial gerechtere Holzwirtschaft eintrat. Baris Gedanken zu diesem Kampf sind dabei nach wie vor elementar: „Eine revolutionäre ökologische Bewegung muss sich auch unter armen und arbeitenden Menschen organisieren. Denn es sind die arbeitenden Menschen, die ihre Hand an der Maschinerie haben. Und nur durch den Stopp der Zerstörungsmaschinerie können wir jemals hoffen, diesen Wahnsinn zu beenden." Wir sollten den Klimaschutz jedenfalls nicht den Passivhaus-EigentümerInnen überlassen.

Illustration: Findus

Silke Bremer

Hungern für Gewerkschaftsrechte

Gefangene in der JVA Butzbach führen zehntägigen Hunger- und Bummelstreik

Knapp zehn Tage lang haben mehrere Insassen der hessischen Justizvollzugsanstalt Butzbach die Nahrung verweigert. Sie traten in den Hungerstreik, um für ihre Knastarbeit den Mindestlohn sowie Zugang zur Rentenversicherung zu bekommen. Zudem fordern sie, auch im Knast ihre Rechte als Gewerkschaftsmitglieder wahrzunehmen zu können. Die Gefangenen und ihre Gewerkschaft, die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), hatten wochenlang vergeblich versucht, mit der zuständigen hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann in Verhandlungen zu treten. Weil die CDU-Politikerin die GG/BO ignorierte, begannen die Kollegen den Hungerstreik, den sie am 10. Dezember beendeten.

Einen großen Erfolg hat der Streik bereits gebracht: In zahlreichen Zeitungen wurde über den ungewöhnlichen Kampf für Gewerkschaftsrechte berichtet und auch die Gefangenengewerkschaft bekam dadurch weitere Publicity. In den knapp eineinhalb Jahren seit ihrer Gründung haben sich ihr mehr als 800 Mitglieder angeschlossen und auch das Medienecho war in den letzten Monaten enorm. Oliver Rast, Sprecher der GG/BO, wird immer wieder um Interviews und Stellungnahmen gebeten. Das große mediale Interesse hat ihn selber überrascht.

Durch die zahlreichen Presseberichte ist auch in größeren Teilen der Öffentlichkeit bekannt geworden, dass die bundesdeutschen Gefängnisse eine staatlich geschützte Niedriglohnzone sind. So erhalten Gefangene hinter Gittern einen Stundenlohn von maximal 1,87 Euro, trotz des 2015 eingeführten Mindestlohns von 8,50 Euro. Die Gefangenen müssen es als besonderen Hohn empfunden haben, dass die Parole „Mindestlohn für Alle" für sie nicht galt. Dieser Diskurs hat sicher mit dazu beigetragen, dass sich die GG/BO so schnell ausbreitete.

In zwölf der 16 Bundesländer gilt im Gefängnis noch die Arbeitspflicht. PolitikerInnen aller Parteien argumentieren daher, dass im Knast kein normales Arbeitsverhältnis bestehe und es deshalb auch keine Gewerkschaftsrechte geben müsse. Diese Position wird allerdings nicht nur von der GG/BO sondern auch von UnterstützerInnengruppen heftig kritisiert. So hat sich das „Netzwerk für die Rechte inhaftierter ArbeiterInnen" gegründet, das die Butzbacher Gefangenen während ihres Hungerstreiks unterstützte. Es hat zahlreiche Kundgebungen und Informationsveranstaltungen initiiert. Eine Unterstützungserklärung des Netzwerks wurde von über 150 WissenschaftlerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen aus unterschiedlichen sozialen Bewegungen unterzeichnet.

„Nach dem Ende des Hunger- und Bummelstreiks wird die Auseinandersetzung um die Erfüllung der sozial- und vollzugspolitischen Zielsetzungen der inhaftierten Gewerkschafter und engagierten Inhaftierten auf anderen Ebenen weitergeführt werden", erklärte Rast gegenüber der DA. Er hofft, dass sich die Solidaritätsstrukturen außerhalb des Knastes festigen. Tatsächlich bestünde eine wichtige Aufgabe darin, genauer zu erkunden, welche Firmen in der Niedriglohnzone Knast arbeiten lassen und wie viel sie dabei verdienen. Hier könnten Ansätze für weitere Aktionen der KollegInnen drinnen und draußen entstehen.

Peter Nowak

Catwalk

Kampf ums Klima

In dieser *Direkten Aktion* hat der Schwerpunkt „Ökologie" Premiere. Es liegt auf der Hand, dass die „Rettung des Klimas" nur durch einen radikalen Systemwandel gelingen kann. Trotzdem organisiert sich die Klimabewegung bislang meist außerhalb der Betriebe, besonders im deutschsprachigen Raum. In der Öffentlichkeit geführte Debatten drehen sich häufig ums individuelle Konsumverhalten. Klar ist jedoch: Dieser Planet lässt sich nicht allein durch vegane Ernährung oder das Solarpanel auf dem Dach retten. Die aktuelle DA versucht daher, die ökologische und soziale Frage gemeinsam zu stellen und den Klassenstandpunkt in die Zukunft unserer Energieversorgung mit einzubeziehen. Beiträge zum Schwerpunkt finden sich auf den Seiten 1, 3, 4 und 7.

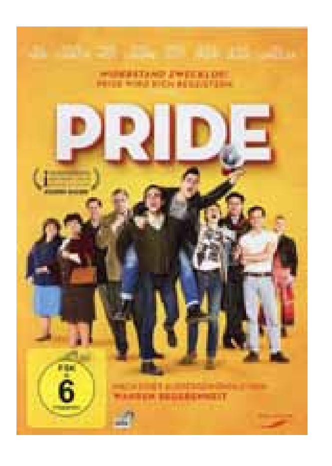
Bezahlt Vladimir!

Anderthalb Jahre und noch immer kein Lohn: Die FAU Dresden benötigt dringend Spenden zur Fortführung ihrer Kampagne gegen Lohnbetrug auf einer Baustelle (Seite 7).

Allgemeines Syndikat Dresden
IBAN: DE11 8306 5408 0004 8128 91
BIC: GENODEF1SLR
VR-Bank Altenburger Land EG
Verwendungszweck: Spende

Kauf dich glücklich!

Der Film *PRIDE* hatte zwar schon 2014 Premiere, ist aber immer noch eine Empfehlung wert und seit März 2015 auch auf DVD erhältlich. Mitten im britischen Bergarbeiterstreik 1984 erhalten die Minenarbeiter eines abgelegenen walisischen Dorfs Unterstützung von einer Londoner Schwulen- und Lesbengruppe. Eine herzerwärmende Komödie über die Kraft der Solidarität – nicht CO2-neutral, aber kämpferisch bis zum Schluss!



PRIDE
Regie: Matthew Warchus
Senator Home Entertainment
2015
115 Min.
FSK ab 6 Jahren
7,99 Euro

FAU-Ticker

+++ Bereits Ende Oktober wurden drei Klagen der in der FAU Berlin organisierten Mall-Bauarbeiter gegen das Subunternehmen Metatec-Fundus positiv beschieden. Das Unternehmen ist nun zur Zahlung von ausstehenden Löhnen in Höhe von jeweils etwa 1.900 Euro an die rumänischen Genossen verpflichtet. +++ Die FAU Kiel verteilte auf der Jobmesse im November Flugblätter mit Informationen zum Arbeitsrecht in Leiharbeitsbetrieben. +++ Über das Arbeitsrecht bzw. den sogenannten „dritten Weg" in kirchlichen Betrieben informierte die FAU Duisburg bei einer Veranstaltung im gleichen Monat. +++ In Jena organisierte das FAU-Syndikat Ende November eine Solidaritätskundgebung zur Unterstützung der Vio.Me-Fabrik in Thessaloniki (Griechenland), die sich seit 2011 in ArbeiterInnenhand befindet. +++ Die FAU Leipzig beteiligte sich ebenfalls im November an einem Flashmob des Bündnisses „Pflege am Boden", um auf die prekäre Arbeitssituation von Beschäftigten im Gesundheitsbereich aufmerksam zu machen. +++ Seit Dezember bieten auch die FAU Halle und die FAU Hannover eine gewerkschaftliche Beratung für Beschäftigte mit Problemen im Job an. Nähere Informationen hierzu finden sich auf S. 3 und auf der Homepage der Syndikate. +++ Anlässlich der jährlich stattfindenden Silvesterkundgebungen zeigte sich die FAU Köln solidarisch mit den inhaftierten Braunkohle-GegnerInnen aus dem Hambacher Forst sowie der kämpfenden Basis der Gefangenen-Gewerkschaft (GG/BO). +++ Derzeit berät und unterstützt die Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe Hannover (GGB) die Beschäftigten einer Suchtberatungsstelle bei strittigen Lohnfragen und den dortigen Betriebsrat bei der Aushandlung einer Betriebsvereinbarung zu Arbeitszeitregelungen mit dem Arbeitgeber. +++

Liebe LeserInnen,

der Schwerpunkt „Ökologie" ist nur auf den ersten Blick nicht naheliegend für eine Gewerkschaftszeitung. In Ausgabe 191 (Januar/Februar 2009) hatte die Direkte Aktion *bereits die „Green Unionism-Debatte" unter die Lupe genommen und aufgezeigt, warum syndikalistische Methoden, Strategien und Organisationsformen ein besonderer Hebel zur Durchsetzung ökologischer Forderungen sind – aber eben nicht nur dieser. Der Artikel „Eine machtvolle Synthese" von Dan Jakopovich ist hierzu nach wie vor lesenswert und auf der Homepage der DA abrufbar.*

Da Ökologie ein weites Feld ist, widmet sich diese Ausgabe insbesondere der Zukunft unserer Energieversorgung. Im Interview auf Seite 3 sprach die DA mit der Sprecherin der Gruppe ausgeCO2hlt, die seit 2011 im rheinischen Revier für ein Ende der Braunkohle-Verstromung kämpft. Im Gespräch wird deutlich, dass die zentralistischen Einheitsgewerkschaften auf dem grünen Auge blind sind – obwohl es auch aus gewerkschaftlicher Perspektive zahlreiche Möglichkeiten gibt, den Klimakiller RWE unter Druck zu setzen. Der Hintergrundartikel auf Seite 4 beleuchtet unsere Energieversorgung hingegen stärker aus der Perspektive der KonsumentInnen.

Das Jahr 2015 stand aber nicht nur im Zeichen der Braunkohle-Proteste im Rheinland. In Deutschland sprach man wegen der zahlreichen Streiks gar von französischen Verhältnissen. Mag diese Einschätzung auch übertrieben sein, so lässt sich zumindest sagen, dass Arbeitskämpfe recht offensiv in die Öffentlichkeit getragen wurden. Die Reaktionen der Gegenseite waren dagegen weniger prominent. Im Sommerloch verabschiedete die Bundesregierung fast unbemerkt das von SPD-Arbeitsministerin Nahles entworfene Tarifeinheitsgesetz. Noch unsichtbarer agieren die Netzwerke des Union Bustings, die aus diskret zusammen arbeitenden Kanzleien, Consulting-Unternehmen und SoziologInnen bestehen. Diese Entwicklung ergründet Jessica Reissner auf Seite 5.

Mit zahlreichen erfolgreichen Kämpfen in ultra-prekären, oft migrantisch geprägten Beschäftigungsfeldern – wie in der Gastronomie oder auf dem Bau (S. 6 u. 7) – konnte die FAU 2015 zeigen, dass auch in diesen Bereichen Arbeitsrechte gelten und sich die gewerkschaftliche Organisierung lohnt. Fürs kommende Jahr liegt hier ein großes Potential. Es gibt wie immer viel zu tun!

Ein kämpferisches Jahr 2016 wünscht euch deshalb

die Redaktion „Betrieb und Gesellschaft" aus Hannover



Illustration: Findus

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Zentrum Resonanz, Hohentorsheerstraße 24, 28199 Bremen, 1. Do. im Monat, 19 Uhr, Gewerkschaftliche Beratung: 2. und 4. Do. im Monat, 19-20 Uhr <fauhb-sek@fau.org>, (0151) 17 93 52 90

Celle .... Kontakt über Hannover

Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>

Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783

Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, 2. So. im Monat, 16.30 Uhr, <fauhm@fau.org>

Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 32, 30167 Hannover, Sekretariat: <fauh-kontakt@fau.org>, (0151) 65754116, Offener Abend: 1. Di. im Monat, 20 Uhr
Allgemeines Syndikat, <kontakt-asyh@fau.org>, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, Bürgerschule, Klaus-Müller-Kilian-Weg 2,| Raum 3.10 (3. OG)
Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe (GGB), PF 2272, 30022 Hannover, <kontakt-ggbh@fau.org>, (0151) 65785054, Büro: Mi. 9 - 11 Uhr, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover

Kiel .... FAU Kiel, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>, Anrufbeantworter (0431) 57091884, Mobil (0171) 4848451

Oldenburg .... Kontakt über Bremen

Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock, <fauhro@fau.org>, (0152)04262843

Wismar .... Kontakt über Westmecklenburg

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main

Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12

Fulda .... Kontakt über Frankfurt/Main

Karlsruhe .... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>

Koblenz .... FAU Koblenz, <asik@riseup.net>

Lich .... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Mannheim .... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstraße 38, 68169 Mannheim, Mo. 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>

München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (ungerade Kalenderwochen), 19 Uhr

Neustadt/W. .... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, News: faun_newsletter@fau.org, faun_sekretariat@fau.org>

Offenbach .... Kontakt über Frankfurt/Main

Regensburg .... FAU Regensburg, 1. und 3. Mo. im Monat 19 Uhr im Linken Zentrum, Dahlienweg 2a, 93053 Regensburg

Stuttgart .... FAU Stuttgart, c/o Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137

Saarland .... Kontakt über Neustadt/Weinstraße

Wiesbaden .... Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, <faubi-kontakt@fau.org>, (01573) 7957110 Treffen: Mo. (ungerade Kalenderwochen), 18.30 Uhr

Bonn .... FAU Bonn, c/o Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi. 20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171

Duisburg .... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 2. Fr. im Monat Büro 17 Uhr, Tresen 19 Uhr, <faudu@fau.org>

Düsseldorf .... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, Büro: Mo. 17 - 20 Uhr , Tresen: 3. Do. im Monat 19 - 22 Uhr, <faud -kontakt@fau.org>, (0179) 3258648

Köln .... FAU Köln, c/o SSK, Liebigstr. 25, 50823 Köln, <fauk@fau.org> Tresen: 1. Mo. im Monat, 19 Uhr, Ludolf-Camphausen-Str. 36

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster .... FAU Münsterland, c/o Fairdruckt, Hafenstr. 64, 48153 Münster, Treffen: 4. Di im Monat, 19 Uhr, <faums@fau.org>

Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Brandenburg .... Kontakt über Berlin

Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/ U8 Rosenthaler Platz),<faub@fau.org>, (030) 28700804, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr, Veranstaltung zur Einführung: „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.
Allgemeines Syndikat, 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.Sektion Bildung, 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-bildung@fau.org>
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Sektion Gesundheit und Soziales, 1. Mo. im Monat, 18 Uhr, 3. Mo. im Monat, 20 Uhr <faub-soziales@fau.org>
Sektion Medien, 1. Mo. i. M., 19 Uhr, <faub-medien@fau.org>
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-aus@fau.org>

Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>

Dresden .... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, BNG <bng-dd@fau.org>, (0151)41414360, Kennenlernen & Diskutieren jeden 2. Mittwoch im Monat 20 Uhr im AZ Conni (Stammtisch), Gewerkschaftliche Beratung jeden Donnerstag 18 Uhr im Wums e.V.,Gemeinsam Abendessen (vegan) jeden 4. Donnerstag 20 Uhr im Platzda

Halle/Saale .... FAU Halle, c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, (0176) 54470263, Treffen: 1. So im Monat, 19 Uhr, Sektion Bildung: <bildungsinitiative@fau.org>, 1. Mi. im Monat, 18.30 Uhr

Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, Treffen: 18.30 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Magdeburg .... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>

Thüringen .... FAU Erfurt/Jena, <fau-thueringen@fau.org> Treffen im Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>

Bonn .... ASJ Bonn, c/o Le Sabot, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Breite Straße 74

Göttingen .... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>

Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>

Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>

NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord .... FAU Bremen <reko-nord@fau.org>

Ost .... FAU Dresden und FAU Halle <reko-ost@fau.org>

West .... FAU Moers und FAU Duisburg <reko-west@fau.org>

Süd .... FAU Stuttgart <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien .... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

Klimakiller Braunkohle

Im Rheinland formiert sich die Klimabewegung gegen den Energieriesen RWE

Zwischen Köln und Aachen erstreckt sich kilometerweit eine Mondlandschaft: das rheinische Braunkohlerevier – die größte CO2-Quelle Europas. Gigantische Bagger fördern hier im Tagebau Kohle für die RWE-Kraftwerke, die jährlich 100 Millionen Tonnen CO2 ausstoßen. Im August 2015 gelang es etwa 1.500 AktivistInnen im Rahmen der Kampagne EndeGelände! in die Grube Garzweiler zu steigen und einen der Bagger zu besetzen. Die Gruppe ausgeCO2hlt ist Teil des Bündnisses EndeGelände! und organisiert regelmäßig die Klimacamps im Rheinland. Die DA sprach mit ausgeCO2hlt-Aktivistin Melanie Schubert darüber, was es neben Baggerbesetzungen noch braucht, um unsere Energieversorgung umzukrempeln.

Wie erfolgreich waren das Klimacamp und die Besetzung des Tagebaus Garzweiler im August 2015?

Im Rheinland wollen wir einen Kristallisationsort der Klimabewegung schaffen, an dem verschiedene Menschen zusammenkommen und der zugleich lokal angebunden ist. 2015 ist es uns gelungen, ganz unterschiedliche Gruppen mit ins Boot zu holen: AktivistInnen aus verschiedenen Bewegungen, die Degrowth-Sommerschule als Teil des eher akademischen Postwachstumsspektrums, lokale Initiativen und internationale AktivistInnen aus 56 Ländern. Die Aktion *EndeGelände!* selbst war ein großer Schub für die Klimabewegung, auf die sich inzwischen viele positiv beziehen. Allerdings führten die starke Repression und Polizeigewalt dazu, dass längst nicht alle TeilnehmerInnen mitmachen konnten. Dennoch stand der Tagebau für mehrere Stunden still und die Presseresonanz war überwiegend positiv. Wir konnten ein Statement im Rheinland hinterlassen, dass wir weiter machen und nicht aufgeben.

Warum habt ihr euch die Braunkohle als Schwerpunkt ausgesucht?

Das Revier liegt quasi vor der Haustür und der Braunkohlekomplex bietet viele Anknüpfungspunkte: Braunkohle ist fürs Klima der schlimmste fossile Energieträger, den man verbrennen kann. Vor Ort werden die Machtstrukturen sichtbar, die wir überwinden wollen, da es sich nur noch in groß angelegten Aktiengesellschaften mit riesigen Tagebauen und Kraftwerken lohnt, Kohle zu fördern. Außerdem fördert Klimawandel Flucht und Migration. Aber auch Menschen vor Ort werden vertrieben und Wälder abgebaggert. Die Kohleverstromung fließt zum Teil in die Kriegsindustrie, was 2014 einer unserer Themenschwerpunkte war.

***ausgeCO2hlt* fordert den sofortigen Braunkohleausstieg. Wie wollt ihr dieses Ziel strategisch erreichen?**

Bei der Gründung von *ausgeCO2hlt* vor etwa vier Jahren war uns diese Forderung wichtig, weil sie das ist, was es wirklich braucht. Alle KlimawissenschaftlerInnen sind sich einig, dass bei einem Braunkohle-Ausstieg bis 2030 selbst das 2°C-Ziel nicht zu erreichen ist. Mit unseren radikalen Analysen gehen wir in Bündnisse und treiben Debatten voran. So ist es uns im Rahmen von *EndeGelände!* gelungen, Organisationen für den zivilen Ungehorsam zu gewinnen, die diesen vorher nicht praktiziert haben. Außerdem leisten wir Bildungsarbeit, um zu vermitteln, warum ein sofortiger Ausstieg möglich ist, ohne dass im Krankenhaus die Lichter ausgehen. Daneben möchten wir mit den Initiativen vor Ort und gerne auch mit den Gewerkschaften Alternativen für die Kohleregion erarbeiten. Denn häufig heißt es, ohne die Braunkohle habe im Revier niemand mehr Arbeit. Momentan klappt die Zusammenarbeit aber noch nicht so gut.

Warum ist der Austausch mit den DGB-Gewerkschaften so schwierig?

Leider war bis jetzt jeder Kontakt mit DGB-Gewerkschaften ruppig. Beim Aktionstag gegen Braunkohle karrte die IG BCE ihre Mitglieder in Bussen an, um zu stören. Bei der Menschenkette im Rheinland, zu der Greenpeace und Campact aufgerufen hatten, organisierte sie eine Gegenveranstaltung in Berlin. RWE drängte seine MitarbeiterInnen dazu, daran teilzunehmen. Beim diesjährigen Camp sollte es Workshops mit GewerkschafterInnen zur Transformation des Rheinlands geben, aber aus dem DGB hat sich niemand dafür gefunden. Auch ist das Kraftwerk Niederaußem rundum mit Plakaten von ver.di zugekleistert, die für den Ressourcenstandort Rheinland und den Erhalt der Braunkohle werben. Wir sind aber nach wie vor an einem gewerkschaftlichen Austausch interessiert, in erster Linie natürlich mit der Basis.

Was bedeutet es für euch, die ökologische und die soziale Frage gemeinsam zu stellen?

Es gibt kann keinen konsequenten Klimaschutz geben, ohne die soziale Frage mit zu beantworten. Diese Sicht unterscheidet uns als Klimabewegung von einer reinen Umweltbewegung, weil es nicht nur darum geht, das 2°C-Ziel einzuhalten, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem zu hinterfragen. Ein Hebel ist dabei der Klimaschutz, ein noch kleinerer das Ende der Braunkohleverstromung. Der Kohleabbau hier vor Ort ist mit Macht- und Ungleichheitsverhältnissen weltweit verknüpft. Gerade werden neben fast allen Großkraftwerken im Revier Flüchtlingsunterkünfte errichtet. Da wird deutlich, wer global und lokal am meisten unter den Klimaauswirkungen, den Tagebauen und Kraftwerken leidet. Auf der praktischen Ebene müssen wir allerdings noch viel lernen und uns enger mit anderen Bewegungen – von hier und aus dem globalen Süden – zusammenschließen, um auch spürbare Veränderungen durchzusetzen. So haben wir etwa Kontakt zu Gruppen, die im Berliner Raum zu Energiearmut von ALG-II-EmpfängerInnen arbeiten.

Wie reagieren die AnwohnerInnen auf euer Anliegen und wie verhalten sich RWE und die lokale Politik?

Vor Ort gibt es eine enorme Bandbreite an BürgerInneninitiativen, die sich gegen ganz unterschiedliche Auswirkungen des Abbaus richten. Alle sind Teil des Bündnisses gegen Braunkohle. Die Positionen der AnwohnerInnen reichen von aktiver Unterstützung über heimliche Zustimmung bis hin zu offener Ablehnung, Beschimpfungen und Bedrohungen. Viele EinwohnerInnen sind begeistert oder überrascht, dass ihr kleiner Ort international so viel Aufmerksamkeit erhält. Einige Bauern stellen uns ihre Felder zur Verfügung, andere trauen sich das nicht, weil sie dann schlechtere Verhandlungspositionen mit RWE haben. Viele Leute wollen aber auch einfach in Ruhe gelassen werden, selbst wenn sie in einem Dorf wohnen, das abgebaggert werden soll. Oft wissen sie das seit 20 Jahren, wurden aber von RWE so zermürbt, dass sie die Hoffnung aufgegeben haben, weil all ihre Klagen und Sternmärsche vor Jahrzehnten erfolglos blieben. RWE reagiert auf die Proteste mittlerweile offensiv mit Gegenkampagnen. Der Konzern hat das Informationsmonopol im Revier. RWE sitzt in den Vorständen der lokalen Medien und lässt einmal im Monat eine eigene Nachbarschaftszeitung an alle Haushalte verteilen. Dagegen kommt man mit Flugblättern nicht an. Die lokalen BürgermeisterInnen treten immer dann in Erscheinung, wenn es darum geht, uns aus fadenscheinigen Gründen Flächen für die Camps zu verweigern.


Foto: Paul Wagner

AktivistInnen gelang es im August 2015 einen der Bagger in der Grube Garzweiler zu besetzen.

Bei der Ablehnung spielt das Arbeitsplatzargument sicher eine große Rolle.

Ja, interessant ist aber, dass RWE inzwischen für viele Aufgaben Subunternehmen beauftragt, etwa im Sicherheitsbereich oder bei Rodungsarbeiten. Das Image des alleinigen Arbeitgebers, das sich RWE in der Region verschafft hat, trifft also gar nicht zu. In den Subunternehmen ist die Entlohnung schlechter und die Arbeitsverträge sind oft befristet. Viele der Unternehmen kommen nicht aus der Region, sind also nicht so verankert, wie RWE das immer verkauft.

Wie könnten der Transformationsprozess fürs Rheinland und Konzepte für eine Energieversorgung nach dem Kohleausstieg aussehen?

Ein Schwerpunkt ist der Rückbau der Anlagen, der eine ganze Weile Fachpersonal benötigen wird. Zudem überlegen wir, wie man die Tagebaue renaturieren kann, ohne sie durch eine Umlenkung des Rheins zu fluten, was der derzeitige Plan der Landesregierung ist. Eine Idee sind „essbare Wälder", also eine Aufforstung, die auch zur Nahrungssicherheit beiträgt. Schließlich muss überlegt werden, was dort an erneuerbaren Energien angesiedelt werden kann, ohne das ganze Rheinland mit Solaranlagen zuzupflastern. Die Kontrolle über die Versorgung sollte dabei in BürgerInnenhand liegen und von Energiegenossenschaften getragen werden. Dazu müssen Menschen allerdings wieder lernen, sich vor Ort selbst zu organisieren und sich die Macht zurückholen, die sie an Großkonzerne wie RWE abgegeben haben.

Interview: Silke Bremer

EndeGelände! *findet 2016 im Braunkohlerevier in der Lausitz statt,* ausgeco2hlt *organisiert Ende August erneut das Klimacamp im Rheinland. Mehr Infos auf ausgeco2hlt.de und ende-gelaende.org*

Kolumne Durruti



Wie bei so vielen anderen auch, die in den Achtzigern als Punks unterwegs waren, verhinderten die Band *Motorhead* und deren Frontmann Lemmy Kilmister, dass Moscher (kuttentragende Metaller mit langen Haaren) ein Feindbild für mich wurden. Das Bild, das ich aus eigener Erfahrung von dieser Szene hatte, war nicht eben das beste: langweilige Machotypen mit kruden bis rechten Ansichten. Da waren mir ja Psychos noch lieber.

Doch dann sah ich diesen Film im Kino, in dem eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Linksterroristen, angestiftet von einem mysteriösen Spion, Kannibalismus als Waffe gegen das Kapital einsetzt. In *Eat The Rich* (GB 1987) verfüttern sie Manager und Minister an ihresgleichen, und die Gäste freuen sich auch noch, so herrlich postmodern unfreundlich bedient zu werden. *Motorhead* steuert Titelsong und Soundtrack bei zu diesem raren Glanzstück politischer Satire; Lemmy hat hier einen Cameoauftritt als Handlanger des Spions.

Es schien auf den ersten Blick nicht zusammenpassen zu wollen: hier die angriffslustige Sozialsatire, dort die Rocker-Attidüde. Ich erinnere mich noch gut an die Bekanntschaft mit einem unabhängigen Rocker (also ohne MC), die ich in dieser Zeit machte. Beim Bier gestand er mir beinahe verschämt, dass er „eher links" dächte und Sympathien für die Hausbesetzerszene hege; innerhalb seiner Szene aber stünde er damit ziemlich alleine da.

Obwohl *Motorhead* nie dezidiert politisch oder links auftraten, bedeuteten Film und Album ein Signal: die Idee von linkem Metal war geboren. Es folgten Bands wie *Hells Kitchen* oder *Sacred Reich*, die Thrash-Metal, Langhaarigkeit und Motorhead-Kutte mit linksradikalem Gedankengut kombinierten (und sogar mit feinem schwarzen Humor wie auf *Surf Nicaragua*). *Motorhead* lieferten einen Anstoß, die Subkultur des Metal aufzubrechen und sie für politische Themen und selbstkritische Betrachtung zu öffnen; Stereotype wurden dekonstruiert. Plötzlich sah man auch auf Punk-Konzerten *Motorhead*-Shirts, ohne dass sich jemand daran stieß (umgekehrt bekam ich damals einmal fast auf die Fresse, weil ich mit einem *Slayer*-T-Shirt ein Punkkonzert besuchte).

In der Folge wurde der Metal vielschichtiger, nicht nur thematisch, sondern auch kulturell. Eine Entwicklung, während derer sich 1998 Rob Halford, Sänger der klassischen Heavy-Metalband *Judas Priest* als schwul outete. Als schwul („gay man"), wohl gemerkt – ganz bewusst. Denn dieses Wort, noch ein Jahrzehnt zuvor überwiegend als Schimpfwort verwendet, war längst von der Schwulenszene dekonstruiert worden. Durch die demonstrative, selbstbewusste Aneignung eines abschätzigen Ausdrucks wurde er in eigene Stärke umgekehrt.

Die Taktik kultureller Dekonstruktion scheint leider in Vergessenheit geraten und durch eine verstiegene Sprachprüderie ersetzt worden zu sein. Seitdem die *Gesellschaft für deutsche Sprache* erklärte, die Wortendung -ling klinge „in sprachsensiblen Ohren tendenziell abschätzig", spricht die deutsche Politik nur noch von „Geflüchteten". Eine seltsame Behauptung, denkt man etwa an Zwilling, Schmetterling, Liebling. Die hieraus abgeleitete Konsequenz, ein allgemein gebräuchliches Wort beim leisesten Anschein einer negativen Konnotation fallen zu lassen wie eine heiße Kartoffel, bedeutet sogar eine Art umgedrehter, reaktionärer Dekonstruktion: eine harmlose, weil vieldeutige Wortendung wird auf eine von vielen Mitbedeutungen reduziert, und genau darum auch noch verdammt.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞**Bremen**
Do. 14. Januar 19.00 Uhr
Resonanz, Hohentorsheerstr. 24
Gewerkschaftliche Beratung
jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat

☞**Dresden**
Do. 7. Januar 18.00 Uhr
Wums e.V., Columbusstr. 2
Gewerkschaftliche Beratung
jeden Donnerstag

☞**Freiburg**
Do. 4. Februar 20.00 Uhr
Strandcafe, Adlerstr. 12
Gewerkschaftliche Beratung
jeden 1. Donnerstag im Monat

☞**Halle**
Mi. 6. Januar 17.00 Uhr
Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37
Gewerkschaftliche Beratung
jeden 1. Mittwoch im Monat

☞**Hamburg**
Fr. 8. Januar 19.00 Uhr
Schwarze Katze, Fettstr. 23
Selbstverwaltete ökonomische und soziale Projekte in Griechenland

Fr. 19. Februar 19.00 Uhr
Schwarze Katze, Fettstr. 23
Cooperativa Integrale Catalana
beide Veranstaltungen in der Reihe: Selbstorganisation statt Krise

☞**Hannover**
Fr. 5. Februar 18.00 Uhr
Bürgerschule, Klaus-Müller-Kilian-Weg 2
Gewerkschaftliche Beratung
jeden 1. Freitag im Monat

☞**Kiel**
Sa. 9. Januar 19.30 Uhr
Buchladen Zapata, Wilhelmplatz 6
Geschlafen wird am Monatsende
Lesung zu den Arbeitsbedingungen im Transportgewerbe

Mo. 11. Januar 19.00 Uhr
Hansa48, Hansastr. 48
Gewerkschaftliche Beratung
jeden 2. Montag im Monat

☞**Leipzig**
So. 31. Januar 20.00 Uhr
Täuchenweg 26, 4Rooms
Solikonzert - „Wenn wir Pech ham werden wir alle alt"
Mit dabei: Ladehemmung, Sozialer Fehltritt, GRAM, Schimdt Vicious, shiqadi und No Exit
Der Gewinn wird ausschließlich für Aktionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Altenpflege verwendet.

☞**Münster**
Mi. 13. Januar 19.00 Uhr
T-Rex, Von-Steuben-Str. 10
Dein Recht im Minijob
Eine Einführung (nicht nur) für geringfügig Beschäftigte

Bewegung braucht Energie

Kollektive Schritte zur einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechten Energieversorgung

Basisgewerkschaften wie die FAU, die nicht nur die Rechte von Lohnabhängigen vertreten, sondern eine grundlegende soziale Veränderung anstreben, müssen auch für die drängenden Probleme der Gegenwart Lösungen anbieten. Schließlich können und wollen wir nicht auf den „pie in the sky" warten. Gerade die Energieversorgung – sowohl mit Strom, als auch mit Wärme – durch fossile Brennstoffe ist ein solches Problem. Es betrifft uns als Menschheit ökonomisch, ökologisch und sozial.

Der Energiehunger des Kapitalismus zerstört Leben(sräume): Das Nigerdelta wird bereits durch Öl verseucht und die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung vernichtet. Gleiches droht im Yusani-Regenwald in Ecuador. Mit Ölgeld werden der Terror des IS, der Absolutismus in Saudi-Arabien und die Theokratie im Iran finanziert. In den Kohle- und Uranminen des sogenannten Globalen Südens herrschen lebensgefährliche Arbeitsbedingungen. Und auch die weltweiten Klimaveränderungen treffen durch den Ausfall der Ernten in der Subsistenzwirtschaft die Ärmsten zuerst. Daran wird auch der neue Vertrag von Paris zur Rettung des Weltklimas nichts ändern.



Gegen klimaschädliche Projekte hilft nur Widerstand...

Der Ausbau von riesigen (Offshore-)Windparks zeigt, dass dennoch kein echtes Umdenken stattfindet. Grüner Kapitalismus bleibt Kapitalismus, denn Wachstum ist das oberste Ziel, während der Profit auch hier in den Händen weniger verbleibt. Arbeitsrecht und Gewerkschaften stören in den Windparks und Solarenergieanlagen ebenso wie BürgerInnenbewegungen und Mitbestimmung.

Deshalb kann die Lösung nur in dezentraler, kleinteiliger Energieversorgung liegen. Sie muss demokratisch von den NutzerInnen kontrolliert werden. Dass diese Energieversorgung regenerativ und hocheffizient sein muss, versteht sich von selbst. Und ebenso ist die Einsparung von Energie das oberste Ziel. Schließlich ist die sauberste Energie jene, die nicht erzeugt werden muss.

Bereits vor einigen Jahren haben sich FAU-GewerkschafterInnen und Interessierte zu einem Workshop in Hannover getroffen, in dem diese Probleme diskutiert wurden. Die Bandbreite der Anwesenden reichte von AktivistInnen aus der Umweltbewegung über interessierte Laien bis hin zu ExpertInnen aus den Ingenieurwissenschaften und ArbeitnehmerInnen, die im Bereich der regenerativen Energieerzeugung arbeiteten und forschten.

Betroffen waren alle von ihnen – sowohl als Lohnabhängige als auch als KonsumentInnen. Ziel war es daher, eine konkrete Vorstellung einer sozial gerechten, ökologisch verträglichen und ökonomisch kontrollierbaren Energieversorgung zu entwickeln. Zusammengefasst wurden die Diskussionen am Ende in einem Thesenpapier zur Energieversorgung, auf dem auch dieser Artikel aufbaut. Es wurde von der FAU Hannover als Positionspapier zum Thema Energieversorgung verabschiedet.

Auf Kosten der Anderen

Einer der wichtigsten Aspekte einer solidarischen und demokratischen Energieversorgung ist das Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Gerade in den Ländern des Globalen Südens ist der Bevölkerung der Zugang zu Rohstoffen verwehrt, da sie überwiegend in den Globalen Norden exportiert werden. Auch die Profite aus diesem Export landen meist in den Taschen von AktionärInnen aus den Industrieländern.

In Bezug auf die sogenannten Biokraftstoffe kommen weitere Probleme hinzu. Wertvolle Lebensmittel, wie Mais oder Soja, landen im Tank oder in der Bio-Gasanlage statt in den Kochtöpfen der Menschen. Zusammen mit dem Futtermittelexport entsteht so ein Teufelskreis, der die Staaten und die lokale Bevölkerung dazu zwingt, immer mehr Wälder und Brachen zu erschließen. Versteppung, unfruchtbare Böden und lokale Klimaveränderungen sind häufig die Folge.



... solange bis ein echtes Umdenken stattfindet - nicht nur ein „weiter so" in grün...

Dabei spielt das Gefälle des Lebensstandards und technologischen Fortschritts zwischen Süd und Nord eine zentrale Rolle. Es ist klar, dass der Globale Süden nicht den Lebensstil des Globalen Nordens übernehmen kann, wenn es nicht innerhalb kürzester Zeit zur ökologischen und sozialen Katastrophe kommen soll. Trotzdem können die Industriestaaten dem Globalen Süden nicht den technischen Fortschritt und die Erhöhung des Lebensstandards verwehren. Vielmehr muss der Globale Norden seinen verschwenderischen Lebensstil drastisch reduzieren. Das wird nicht ohne Einschnitte im persönlichen Konsumverhalten funktionieren. Hier sind allerdings besonders die finanziell privilegierteren Teile der Bevölkerung gefordert. Denn wer sich mit Hartz IV oder Minilohn mühsam über Wasser hält, kann gar nicht so viel konsumieren, wie eine Fahrt mit dem SUV zum Biosupermarkt an Energie kostet.

LED-Lampen sparen nur Energie, wenn sie an sind

Die Verteilung der Risiken und Kosten der Energieversorgung von Oben nach Unten stellt im Süden wie im Norden ein großes Problem dar. Bereits jetzt werden die Kosten von den Konzernen auf die Allgemeinheit abgewälzt, zum Beispiel für die Entsorgung des Atommülls, die fast ausschließlich von der Bevölkerung getragen werden. Oder wenn HausbesitzerInnen mit staatlicher Absicherung die Kosten für Wärmesanierungen auf die Miete abwälzen. Dieser Entwicklung können wir nur durch kollektiven Druck von unten etwas entgegen setzen.

Dennoch gibt es Bereiche, die wir in unserem Alltag – ganz persönlich – verändern müssen. Wir verschwenden Unmengen an Energie. Das Licht auszumachen, wenn ein Raum verlassen wird, oder den Stand-By-Betrieb elektronischer Geräte auszuschalten, ist so einfach, wie die Heizung herunterzudrehen, wenn niemand zu Hause ist. Trotzdem hauen wir aus Unwissenheit und Bequemlichkeit unser sauer verdientes Geld durch den Schornstein der Kraftwerke wieder heraus. Und einmal im Jahr kommt die Heiz- und Stromkostenabrechnung, über die wir wieder schimpfen. Deshalb sind wir auch individuell in der Verantwortung zu handeln.

Auch im öffentlichen Bereich sind große Einsparpotentiale vorhanden. Dabei kollidieren manche Maßnahmen mit anderen Bedürfnissen. Die Beleuchtung von leeren Straßen mitten in der Nacht verbraucht nicht nur Unmengen an Energie. Lichtverschmutzung wird seit einigen Jahren als gesundheitsschädlich erkannt. Trotzdem ist ein rigoroses Abschalten nicht einfach, denn das subjektive Sicherheitsempfinden Einzelner ist hier zu berücksichtigen. Wenn die Abschaltung der Beleuchtung dazu führt, dass Menschen aus Angst ihre Häuser nicht mehr verlassen, läuft etwas falsch. Hier sind gesellschaftliche Diskussionen notwendig, um ein vernünftiges Maß zu finden.

Aber ohne eine gesamtgesellschaftliche Wende wird selbst die sparsamste Lebensweise nicht „günstiger". Die Energiekonzerne wollen ihre Gewinne erhalten und erhöhen bei sinkendem Verbrauch einfach die Preise. Der Energiesektor muss deshalb schnellstmöglich von der Marktwirtschaft entkoppelt und in gemeinwirtschaftliche Modelle überführt werden, die einer direkten demokratischen Kontrolle unterstehen.

Schafft ein, zwei, drei, viele Energiegenossenschaften

Damit die Erzeugung und Nutzung von Energie wieder demokratischer Kontrolle unterliegt und den Bedürfnissen der VerbraucherInnen und nicht den Profitinteressen untergeordnet ist, sind noch ganz andere Schritte notwendig. Hier braucht es Alternativen. Bereits heute schließen sich kleine ErzeugerInnen zu Energiegenossenschaften zusammen. Gerade in kleinen Städten und Dörfern wird so Schritt für Schritt eine Eigenversorgung erreicht, die sogar über eigene Netzstrukturen verfügt. Das „leuchtende" Beispiel für eine dezentrale Energieerzeugung in BürgerInnenhand sind die *ElektrizitätsWerke Schönau* (EWS). Nach der Katastrophe von Tschernobyl setzten sich die BürgerInnen in dem Schwarzwaldort für eine atomstromlose und nachhaltige Energieversorgung ein. Durch öffentlichen Druck konnten sie das von einem Atomstromkonzern betriebene Netz schließlich freikaufen und produzieren seitdem nachhaltigen Strom aus Genossenschaftshand für etwa 150.000 Haushalte.

Die Kontrolle über unsere Energieversorgung ist aber nur dann möglich, wenn die Abhängigkeit von kommunalen Politikinteressen oder regionalen Investoren durchbrochen wird. Genossenschaften – von ProduzentInnen und KonsumentInnen – können dabei als Vorbild dienen.

Wenn wir die Energieversorgung den großen Konzernen aus den Händen nehmen oder kommunale Versorger (Stadtwerke) „dem Markt" entziehen wollen, ist aber letztlich ein ganz anderer, gesamtgesellschaftlicher Schritt notwendig: Die Rekommunalisierung und Enteignung der Stromkonzerne!

Wenn das Realpolitikmonster hinter der Ecke lauert

Ganz konkret gibt es viele Möglichkeiten, bereits jetzt aktiv zu werden. Allerdings müssen wir die meisten Probleme dabei gesellschaftlich oder kollektiv angehen. Zwar ist es notwendig, dass wir als Einzelne auch unser Verhalten ändern, aber nur das Individuum wird die gigantischen Probleme nicht lösen können. Das ist und bleibt neoliberale Propaganda.

Suffizienz, die Beschränkung des Verbrauchs, ist angesichts der Verteilungsgerechtigkeit die grundlegende Handlungsweise. Dabei müssen wir nicht wieder in die vorindustrielle Epoche zurückfallen. Ein Konsumniveau, wie es in den 1950er Jahren gelebt wurde, wäre bereits ein fast ausreichender Schritt.

Angebote wie kostenlose Energieberatung oder eine sozial gestaffelte Abwrackprämie für stromfressende Altgeräte können ebenfalls dazu beitragen. Im Produktionsbereich muss ein „race to the top" angestrebt werden, in dem energiesparende Verfahren und Erfindungen belohnt und zum Standard erklärt werden. Eine Änderung des Mietrechts ist ebenfalls notwendig. So sollten sich die erhöhten Kosten durch Wärmedämmung mit den Einsparungen beim Energieverbrauch die Waage halten, sodass keine Mieterhöhung zu Lasten der MieterInnen unternommen werden kann. Das bedeutet aber auch, dass der Staat Geld bereitstellen muss. Dieses Geld kann und muss durch Umverteilung großer Vermögen und einer echten „Ökosteuer" erwirtschaftet werden. Zuletzt ist es dabei wichtig, das Gesamtziel nicht aus den Augen zu verlieren – die antikapitalistische Neugestaltung der Gesellschaft, sonst geht das Realpolitikmonster mit uns durch. Denn der Klimawandel lässt sich nur durch einen Systemwandel aufhalten.

... am besten ist aber, wir nehmen die Sache selbst in die Hand!

Jens Laskowski, FAU Hannover

Zum Weiterlesen:

Auf der Homepage der FAU Hannover findet sich das Energiepapier: hannover.fau.org

Rolf Cantzen zeigt in *Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Freiheit – Ökologie – Anarchismus* (2. Aufl. Münster: Trotzdem 1995) die Gemeinsamkeiten der dezentralen und basisdemokratischen Konzepte der anarchistischen und ökologischen Bewegung auf. Dabei greift er auch auf Überlegungen Rudolf Rockers zurück.

Konkrete Lösungen für ein „Leben nach der Wirtschaft" bietet der Autor pm in den Büchern *Subcoma. Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft* (Paranoia City 2000) und Kartoffeln und Computer. Märkte durch Gemeinschaften ersetzen (Hamburg: Nautilus 2012) an. Mögliche Wege in eine antikapitalistische Gesellschaft kommen dabei nicht zu kurz.

Der von Julia Roth herausgegebene Sammelband *Lateinamerikas koloniales Gedächtnis. Vom Ende der Ressourcen, so wie wir sie kennen* (Baden-Baden: Nomos 2015) beleuchtet die (post-)koloniale Abhängigkeit des Kontinents vom Export unverarbeiteter Rohstoffe, wie Öl, Gold oder Soja. Es kommen auch AktivistInnen indigener und sozialer Bewegungen zu Wort, die sich dem Extraktivismus und der Umweltzerstörung erfolgreich zur Wehr setzen.

A textbook example of direct action

Another decisive victory for FAU Berlin in the ongoing struggle in the exploitative gastronomy sector

Germany's capital city is no stranger to migrant worker exploitation, and perhaps within no other industry this is more evident than the gastronomy sector. Every year thousands of migrant workers arrive in the city, hoping to find secure and dignified employment and to earn a decent wage. Many of them will find themselves waiting the tables or working within the kitchens of the restaurants that profit so well from the city's status as a major tourist destination. But in these restaurants working conditions are often precarious, with workers facing long shifts, low pay and contracts worth less than the paper they're written on.



Around 40 people picket in front of the Cancun restaurant.

FAU Berlin once more found itself in the midst of such a struggle, as the popular and centrally located Cancún restaurant attempted to withhold outstanding wages and holiday pay of a union member. What followed was a textbook example of direct action, resulting in a conclusion that was to the affected worker's satisfaction; another victory for the FAU in what has been a successful few months.

This FAU member had been working in Cancún restaurant for almost nine months, between October 2014 and July of the following year, before eventually choosing to leave his place of employment. There was a constant stream of issues, including problems with being paid on time (or in full), working hours that were inconsistent and irregular and employees that were often treated with absolute contempt by the owner and his management staff. One waitress had a mug of hot chocolate slapped from her hand due to its incorrect preparation and was sacked on the spot. FAU claimed on behalf of its member a small four-figure amount – peanuts to a thriving restaurant in the centre of Germany's capital, but a significant sum for the worker. It consisted mainly of absolutely indisputable unpaid payments for holiday leave.

The comrade had been working under the conditions of a zero-hour contract – perhaps familiar to readers from the UK, the US or Finland – meaning he was not guaranteed a minimum number of hours to work per month. Written into the contract was an indemnity of 1000 Euros if a worker were to quit without at least two weeks' notice. The member tried to quit on multiple occasions and was ignored. In response, and apparently as a punitive measure, he got his hours cut. The FAU itself tried on several occasions, both in spoken and written form, to present the claims of its member. Jeanette Shek and Badol A. Shek, managers of the restaurant, denied ever having received a letter.

In response to this, ten members of the union visited Mr Shek in October at the restaurant with another letter, placing it directly in his hands in front of a room full of customers and his staff. His reaction was one of incredulity, and he even attempted to order one of his underling managers to lock the doors and seal the FAU members into the restaurant. This tactic did not bear fruit. It was clear to the FAU members present that there was no further option but to escalate the struggle.

Tactical escalation, decisive victory

A couple of weeks later, around 40 people – members of the FAU and others – gathered outside Cancún restaurant to picket the customers and employees and raise a general awareness of the working conditions within the establishment. When the FAU members arrived they were not alone. Badol Shek had gathered together a group of counter-demonstrators and scabs, whomever he had at his disposal (numbering around fifteen or twenty), in an attempt to intimidate the assembled demonstrators. Despite this attempt, the picket was a complete success, with passers-by and customers alike drawn to the spectacle. FAU members handed out flyers and leaflets to leave the audience with no doubt as to the meaning of what they were seeing.

With onlookers stopping to talk and discuss the issues with the assembled FAU members and associates, the managers of Cancún restaurant could see that their situation was only worsening with each passing minute. After another half an hour, they sent out representatives with over a thousand euros to pay the worker. They had been utterly humiliated, and to be defeated so publically and on their own doorstep was truly a marvel to behold.

Although the victory was a decisive, the struggle within the gastronomy industry is an ongoing one. Working conditions in Berlin are precarious at the best, but restaurant owners in particular know that for every dissenting worker there are twenty others ready to step in and replace them, desperate to earn a living. Direct action in this instance has once more produced the goods, and it is up to us to continue to act collectively to continue thwarting capitalistic exploitation of workers wherever it exists.

Foreigners' Section Berlin

Wahl ohne Wörterbuch

Kämpferische MitarbeiterInnen erstreiten Urteil gegen gelben Betriebsrat bei UPS

Im vergangenen Jahr machte der Paketdienstleister UPS vor allem mit der Verhinderung von Betriebsräten, dem sogenannten Betriebsrats-Bashing, auf sich aufmerksam. Eine alternative Liste am Standort Hannover wollte die miesen Arbeitsbedingungen und die Untätigkeit des gelben Betriebsrats nicht länger hinnehmen (die DA berichtete in Ausgabe 229). Nun konnte sie einen wichtigen gerichtlichen Erfolg einstreichen. Die DA erkundigte sich bei Fritz Wilke, einem der Widerständigen bei UPS, zum aktuellen Stand der Dinge.

Am 27.11.15 hat das Arbeitsgericht Hannover die von euch angefochtene Betriebsratswahl bei UPS Hannover für ungültig erklärt. Zuvor hatte sich das seit über einem Jahr andauernde Verfahren in die Länge gezogen. Nun wurde euer Durchhaltevermögen belohnt. Ein voller Erfolg?

Das ist wahrlich eine lange Zeit. Dafür, dass wir eigentlich bei der BR-Wahl im Februar 2014 antreten wollten, ist reichlich Zeit vergangen. Die Rechtsanwälte der Gegenseite haben es geschickt verstanden, durch ständige Terminverschiebungen wegen „Unabkömmlichkeit" das Verfahren in die Länge zu ziehen. Auch die Beweisaufnahme durch ein Gutachten hat viel Zeit gekostet, aber das war es auch wert. Einen vollen Erfolg würde ich den Gewinn in der ersten Instanz noch nicht nennen, aber es ist ein großer und wichtiger Schritt zu einem vollen Erfolg. UPS hat bereits per Aushang im Betrieb angekündigt, gegen dieses Urteil anzugehen. Wir können uns also darauf einstellen, dass wir uns vor dem Landesarbeitsgericht wiedersehen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Urteils war, dass der Betriebsrat die nicht deutschsprachigen MitarbeiterInnen nicht ausreichend über die anstehende Wahl informiert hat. Wie bewertest du diesen Punkt?

Dieser Punkt ist der eigentliche Blockbuster des Verfahrens und war auch ausschlaggebend für das Urteil. Gerade jetzt müssen wir davon ausgehen, dass viele der Schutzsuchenden aus Syrien, Somalia oder Afghanistan, die uns erreicht haben oder noch erreichen werden, vor allem in diesem prekären Beschäftigungsfeld landen. Auch diese Menschen werden Probleme haben, die Wahlausschreibungen zu verstehen, wenn sie nur auf deutsch aushängen. Deshalb ist dieser Punkt so wichtig und gebietet eine richtungweisende Entscheidung – möglichst sogar vom Bundesarbeitsgericht. Gerade bei der Mitbestimmung im Betrieb sollte die Integration nicht aufhören. Man sieht ja, wohin das führt, wenn man die Arbeitsbedingungen bei UPS genauer unter die Lupe nimmt: Missbrauch von Teilzeit und Befristung, Unterdrückung und Willkür durch das Management sind hier an der Tagesordnung.

Der juristische Erfolg ist die eine Sache. Wie aber sieht die Organisierungsbereitschaft im Betrieb aus? Ein so langes Verfahren ist ja auch immer ein Bremsklotz.

Leider ja. Die wenigsten haben so viel Geduld und Durchhaltevermögen und das kann ich auch nachvollziehen. Die KollegInnen befinden sich in einer Situation der permanenten Unsicherheit, wer will das schon länger als nötig aushalten. Ich denke aber, dass dieser Erfolg vor Gericht Mut macht, durchzuhalten. Wenn neu gewählt wird, werden die KollegInnen nicht vergessen haben, wer für sie gestritten hat. Wichtig ist natürlich das Verbreiten der Erfolgsnachrichten im Betrieb durch Aushänge, Flyer und in den sozialen Medien. Von UPS kommt da natürlich nichts, das müssen wir schon selber machen. Über die Zeit ist aber auch eine Struktur gewachsen, die das Verbreiten von Neuigkeiten ermöglicht und die unbeobachtet von UPS agieren kann. Auch dieses Interview wird dabei helfen.

Interview: Silke Bremer

§§§-Dschungel

Ich habe eine Stelle als Altenpflegerin in einem Wohnheim angetreten und wurde schon im Vorstellungsgespräch darauf hingewiesen, auch regelmäßig Nachtdienste leisten zu müssen. Warum findet dies hier besondere Erwähnung?

Nachtarbeit beeinträchtigt nach arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen die Gesundheit. Nacht- und SchichtarbeiterInnen unterliegen deshalb dem besonderen Schutz des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG). In vielen Tätigkeitsfeldern, etwa Krankenhäusern, Rettungsdiensten oder im Nah- und Fernverkehr sowie in der Energieversorgung ist Nachtarbeit unabdingbar, um ein Mindestmaß an Versorgungsstrukturen sicherzustellen. Genauso in Wohnheimen. Daneben gibt es eine Vielzahl an Branchen, in denen die Art des Betriebes Nachtarbeit mit sich bringt, beispielsweise in der Gastronomie. Aber auch Industrieunternehmen setzen auf Nachtarbeit, hier jedoch aus Profitinteresse.

Nach § 2 Abs. 3 des Arbeitszeitgesetzes gilt als Nachtzeit die Zeit von 23 bis 6 Uhr, in Bäckereien und Konditoreien die Zeit von 22 bis 5 Uhr. NachtarbeitnehmerIn ist nach § 2 Abs. 5 ArbZG, wer normalerweise in Wechselschicht arbeitet oder an mindestens 48 Tagen im Jahr Nachtarbeit leistet. In Tarifverträgen sind diese Zeiten mitunter auch günstiger für ArbeitnehmerInnen geregelt. Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Kommunen (TVöD) beginnt die Nachtarbeit beispielsweise schon ab 21 Uhr.

Steht mir für Nachtarbeit ein besonderer Ausgleich zu? Wie viel bekomme ich extra?

Beschäftigte, die Nachtarbeit leisten, haben nach § 6 Abs. 5 ArbZG Anspruch auf einen angemessenen Lohnzuschlag auf das geschuldete Bruttoarbeitsentgelt oder aber auf eine angemessene Anzahl bezahlter freier Tage. Konkrete Ausgleichsregelungen werden üblicherweise in Tarifverträgen getroffen. Zunächst ist deshalb zu klären, ob eine solche Vereinbarung überhaupt Anwendung findet. Enthält der Arbeitsvertrag eine entsprechende Bezugnahmeklausel auf einen Tarifvertrag? Wenn ja, ist die Regelung sicher darin zu finden. Wenn nicht, lohnt es sich, dennoch nachzufragen. Bei KollegInnen oder – sofern vorhanden – beim Betriebsrat. Ansonsten ist auch gern das zuständige FAU-Syndikat behilflich.

Meinen Vertrag habe ich noch nicht erhalten. Mein neuer Arbeitgeber ist auch nicht tarifgebunden, ich habe mich erkundigt. Meine KollegInnen haben mir jedoch berichtet, dass sie als Ausgleich für Nachtstunden einen Zuschlag von 15 Prozent erhalten. Ist das angemessen?

Mit dieser Frage hatte sich unlängst das Bundesarbeitsgericht (BAG) zu befassen. Geklagt hatte ein Lkw-Fahrer, der im Paketlinientransportdienst tätig ist und in der Regel zwischen 20 und 6 Uhr unter Einschluss von Pausenzeiten arbeitet. Für die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr zahlte ihm seine Arbeitgeberin zunächst einen Nachtzuschlag von elf Prozent auf seinen Stundenlohn. Später hob sie diesen schrittweise auf 20 Prozent an. Der Fahrer klagte jedoch auf 30 Prozent Zuschlag. Alternativ sollte ihm seine Arbeitgeberin einen Freizeitausgleich von zwei Arbeitstagen für 90 geleistete Nachtarbeitsstunden gewähren. Seine Arbeitgeberin ist ebenfalls nicht tarifgebunden.

Das BAG gab dem Lkw-Fahrer Recht: Besteht kein Tarifvertrag, haben NachtarbeitnehmerInnen kraft Gesetz (hier Arbeitszeitgesetz) Anspruch auf einen angemessenen Lohnzuschlag oder Ausgleich in Freizeit. Und zwar für die geleisteten Zeiten zwischen 23 und 6 Uhr.

Regelmäßig sei dabei ein Zuschlag von 25 Prozent auf den Bruttostundenlohn oder die entsprechende Anzahl freier Tage angemessen, so das BAG. Ein geringerer Ausgleich komme nur dann in Betracht, wenn während der Nachtzeit eine spürbar geringere Arbeitsbelastung bestehe. Beispielsweise durch Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst.

Besondere Belastungen können zu einem höheren Ausgleichsanspruch führen. Eine erhöhte Belastung liegt nach gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen bei Dauernachtarbeit vor. In diesem Falle steht ArbeitnehmerInnen regelmäßig ein höherer Nachtarbeitszuschlag von 30 Prozent oder eine entsprechende Anzahl freier Tage zu. So auch dem Fahrer, der durchgängig seinen Lkw steuern muss. Der von der Arbeitgeberin gezahlte Zuschlag für die Zeit zwischen 21 und 23 Uhr sei hierauf nicht anrechenbar, so das BAG. Ebenso wenig war die Höhe des Stundenlohns des Klägers relevant. Erkennbare Anhaltspunkte dafür, dass in diesem bereits ein anteiliger Nachtarbeitszuschlag enthalten ist, bestünden nicht. (BAG, Urteil vom 09.12.2015 – 10 AZR 423/14 und BAG, Pressemitteilung 63/15 vom 9.12.2015)

Doch zurück zur Frage: Es müsste geprüft werden, welche regelmäßigen Anforderungen das Tätigkeitsgebiet im Nachtdienst mit sich bringt. Nach Beendigung der Probezeit hieße es, gegebenenfalls vor's Arbeitsgericht zu ziehen und auf einen höheren Ausgleich zu klagen. Auch hierbei berät und unterstützt das zuständige FAU-Syndikat.

Sicher: Mit diesem Urteil hat das Bundesarbeitsgericht den gesetzlichen Anspruch auf angemessene Zuschläge für Nachtarbeit in tariflosen Betrieben gestärkt und konkretisiert. Doch auch viele tariflich bezahlte ArbeitnehmerInnen sollten aufmerken. Denn in zahlreichen Tarifverträgen sind von Zentralgewerkschaften und ArbeitgeberInnen weitaus geringere Zuschläge vereinbart worden. Auch im Hinblick darauf ist also noch vieles zu tun.

Zusammengestellt von Frank Matz, Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe Hannover (GGB)

Uni Frankfurt: Wissenschaftliche Hilfskräfte streiken

In Frankfurt a.M. traten am 16. Dezember etwa 100 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an der Goethe-Universität in einen eintägigen Warnstreik. Sie fordern eine Aufnahme in den Tarifvertrag der Uni, der ihnen bislang vorenthalten ist. Denn Hilfskräfte gelten an den meisten Unis nicht als Beschäftigte, sondern als „Sachmittel", obwohl sie durch ihre Tätigkeiten in Verwaltung, Forschung und Lehre den universitären Betrieb am Laufen halten. Seit etwa einem Jahr organisieren die Studierenden sich daher in der Hilfskraft-Initiative Frankfurt. Sie konnte bereits eine Lohnerhöhung durchsetzen – die zweite seit zwanzig Jahren. Während des Streiks musste eine Zweigbibliothek früher schließen, die streikenden Hilfskräfte versammelten sich im Foyer und hielten eine Versammlung ab. Schon im November hatten sie ihre Forderung „Tarifvertrag jetzt!" vor dem Akademischen Senat vorgebracht, der daraufhin seine Sitzung abbrach. Das Uni-Präsidium weigert sich bislang, die Hilfskräfte in den Tarifvertrag aufzunehmen und verweist auf fehlende landesweite Regelungen. Sollte das Präsidium nicht auf die Forderung eingehen, drohen die Hilfskräfte mit weiteren Streiks.

Mehr Infos: hiwis.tumblr.com

Betriebsratsbekämpfung, Streikbruch und aggressive Kanzleien

Durch das Jahr 2015 mit der aktion ./. arbeitsunrecht

Im groben Rückblick auf das Jahr 2015 könnte man sagen: Die Angriffe der Arbeitgeberseite gehen mit unveränderter Härte vonstatten. Auf der Seite der Lohnabhängigen nimmt der Widerstand auf verschiedenen Ebenen zu, auch wenn er nicht immer siegreich ist.

Durch intensive Tarifauseinandersetzungen im Sozial- und Erziehungsbereich, im Einzelhandel, bei der Deutschen Bahn AG (DB) und der Post AG gab es 2015 überdurchschnittlich viele Streiks –jedenfalls für die traditionell streikarmen deutschen Verhältnisse. Dabei erlebten die GewerkschafterInnen bei der Post, wie ihre Arbeitgeberin Beamte als StreikbrecherInnen einsetzte und diese rechtswidrige Praxis auch noch vom Arbeitsgericht Bonn abgesegnet wurde.

Die Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) dagegen können froh sein, dass ihr Vorsitzender Claus Weselsky der extremen Medienhetze standhielt, die die DB mit strategischer Hilfe des Schweizer Schranner Negotiation Institute gegen ihn losgetreten hatte. Dieses Institut unterstützt weltweit Unternehmen bei der Durchführung „schwieriger Verhandlungen". Offen bleibt dabei die Frage, ob der Konflikt mit der GDL von der DB nicht gezielt vom Zaun gebrochen wurde, um den Boden für das Tarifeinheitsgesetz zu bereiten. Zumindest konnte zu diesem Zweck ein gewünschtes Bild erzeugt werden, das die Medien in die Köpfe der Leute hämmerten: Konkurrierende Gewerkschaften, geführt von egoistischen Bossen wie Weselsky, nehmen unschuldige PendlerInnen in Geiselhaft.

Neben den großen kollektiven Konflikten gab und gibt es unzählige Kämpfe, die Beschäftigte und Betriebsratsmitglieder in ihren Betrieben führen müssen. UnternehmerInnen verhindern und beeinflussen Betriebsratswahlen, behindern gewählte Mitarbeitervertretungen bei der Ausübung ihres Amtes und versuchen sie durch Schikanen und Kündigungen aus dem Betrieb zu drängen. Wenn die zuständige DGB-Gewerkschaft untätig bleibt – oft unter Berufung auf einen geringen Organisierungsgrad in der Belegschaft – sind die Betroffenen meist auf sich allein gestellt.

Solidarisch gegen Union Busting: Auch die FAU Hannover positionierte sich am „Schwarzen Freitag" gemeinsam mit anderen UnterstützerInnen vor KiK-Filialen.

Erfolgreiche Aktivitäten

Erfreulicherweise finden die Zielpersonen des Union Busting jedoch zunehmend Unterstützung in der Öffentlichkeit. Sie werden nicht mehr als bedauerliche Einzelfälle begriffen. So begleiteten solidarische UnterstützerInnengruppen zahlreiche Arbeitsgerichtsprozesse. Am bundesweiten Aktionstag „Jetzt schlägt's 13!", den die aktion ./. arbeitsunrecht am Freitag, den 13. November 2015 organisierte, nahmen AktivistInnen und Gruppen in über 20 Städten teil und protestierten vor Filialen des Textildiscounters KiK, welcher sich zuvor durch Zermürbungstaktiken gegen aktive GewerkschafterInnen als geeignetes Ziel qualifiziert hatte. Der nächste Schwarze Freitag findet am 13. Mai 2016 statt. Drei KandidatInnen, die sich durch exzessives Union Busting auszeichnen, werden einen Monat vorher zur Abstimmung gestellt – also schon mal im Kalender vormerken!

Auch VeranstalterInnen von Unternehmer-Seminaren, wie die Kanzlei Schreiner + Partner, müssen mittlerweile bundesweit mit StörerInnen rechnen, wenn sie Methoden zur Zermürbung von Betriebsräten und zur Kündigung vermeintlicher MinderleisterInnen verbreiten wollen. Deshalb verzichten die Veranstalter einschlägiger Union Busting-Seminare seit einiger Zeit auf die Angabe der Veranstaltungsorte. Auch die 8. Arbeitgebertage mit dem „Brennpunkt Betriebsrat", die im Oktober in Hamburg durch den aggressiven Seminar-Anbieter BWR-Media veranstaltet werden sollten, wurden nach massiven Protesten im Vorjahr endgültig abgesagt.

Erfolge gibt es auch in einigen individuellen Fällen zu vermelden: Unter anderem konnte Fritz W. in Hannover-Langenhagen seine Weiterbeschäftigung beim Paketdienstleister UPS erstreiten. Die von seiner Liste angefochtene Betriebsratswahl wurde inzwischen für ungültig erklärt. Murat G. ist – 14 Kündigungen zum Trotz – immer noch Betriebsratsvorsitzender bei Neupack in Hamburg-Stellingen. Am Freitag, den 13. März 2015, hatte der Aktionstag Schwarzer Freitag mit Milram und Lidl Großabnehmer von Neupack-Plastikbechern unter Druck gesetzt. Die H&M-Betriebsratsvorsitzende Ayse B. aus Heilbronn, deren befristeter Vertrag aus Bosheftigkeit nicht verlängert wurde, konnte ihre Entfristung gerichtlich durchsetzen.

Juristische Maulkorbversuche

Vielleicht ist es auch diesen vielfältigen Aktivitäten vor Ort zu verdanken, dass die Verhinderung von Betriebsratsarbeit auch von überregionalen Medien aufgegriffen wurde. Jens Klawitter berichtete im *Spiegel* unter dem Titel „Abmahnen im Akkord", die ARD beleuchtete im Format *Die Story* im Juli mehrere Fälle von Betriebsrats-Bashing. Der mdr produzierte im Magazin *Exakt* die Sendung „Betriebsrat, nein danke!", der NDR das einstündige Hörfunk-Feature „Mein Mitarbeiter, mein Feind".

Doch die Rede- und Meinungsfreiheit hat ihren Preis: Die aktion ./. arbeitsunrecht muss sich gegen zahlreiche juristische Maulkorbversuche durch Medienkanzleien verteidigen, die mit einstweiligen Verfügungen und Unterlassungsforderungen vorgehen. Der neoliberale Stichwortgeber Professor Klaus Zimmermann, Leiter des Bonner Institute for the Study of Labor, beauftragte die Nobel-Kanzlei Redeker Sellner Dahs, weil der Kollege Werner Rügemer ihm aufgrund der Abhängigkeit seines Instituts von Geldern der Deutschen Post AG die wissenschaftliche Unabhängigkeit abgesprochen hatte. Die gelbe SAP-Betriebsratsfürstin Christiane Kunz-Mayr ging gegen ihr Portrait im Buch *Die Fertigmacher* vor. Eine Personalchefin des Duftmittelherstellers Firmenich engagierte die Kanzlei Bub, Gauweiler & Partner, um unseren Bericht über die systematische Zerschlagung des Betriebsrats am Standort Kerpen auf arbeitsunrecht.de zu kastrieren.

Die aktion ./. arbeitsunrecht hat daher den Soli-Fonds *Meinungsfreiheit in der Arbeitswelt* gegründet, um PublizistInnen und GewerkschafterInnen zu unterstützen, die wegen Artikeln, Interviews oder freien Meinungsäußerungen im Betrieb juristisch belangt werden oder von Kündigung bedroht sind. Denn auch im Jahr 2016 werden sie die Namen derer nennen, die allzu gern im Hintergrund bleiben würden.

Jessica Reisner

Die Verfasserin ist Mitbegründerin und Campaignerin der aktion ./. arbeitsunrecht e.V.
Spenden an den Soli-Fonds: www.aktion.arbeitsunrecht.de/meinungsfreiheit

Ethical exploitation

FAU Berlin in conflict with vegan restaurant

Another month, another case of exploitation and abuse in the gastronomy sector. This time the story takes place in the vegan pizzeria Sfizy Veg, located in Berlin's fashionable Neukölln district, an establishment where left-wing symbolism and syndicalist literature hangs on the wall without a hint of irony or shame. The restaurant's Facebook page proudly displays its vegan credentials and the occasional call-to-arms over some climate change issue or other. The website proclaims their principles of "political engagement, animal rights and environmental awareness". There is, of course, a flippant throwaway comment about not serving Nazis; antifascist action now apparently consisting of refusing to serve boneheads a thin crust, meatless pizza. Right on, comrades.

Behind the facade of comradeship and solidarity, however, there exists a climate of exploitation and intimidation. The boss, happy to enjoy the profits generated by an establishment which presents itself as alternative, left wing and 'different', is equally happy to abuse and publicly humiliate his staff when he feels his authority has in some way been undermined. This attitude, inevitably perhaps, led to a confrontation with a FAU member who worked in the kitchen, a situation which resulted in the worker and a colleague's dismissal.

FAU's struggle with Sfizy Veg is ongoing, with allegations made of not only verbal harassment and humiliation but also of physical altercations and intimidation. The boss, of his own admission, would spy on workers during their shift from afar and without their knowledge, desperate as he is to control every aspect of the lives of those positioned below him within the hierarchy and structure of his restaurant. Two workers, one of them a FAU member, are now without the means to provide for themselves due to minor infractions.

During a particularly busy shift, one worker was observed not immediately answering the phone by her boss, who was skulking in the shadows outside the restaurant in order to observe his employees. The worker was the only member of the waiting staff working during this busy period, as the boss typically liked to reduce the numbers of employees working each shift in order to save money. After humiliating her in front of the kitchen staff, she was sacked. After a member of the kitchen staff pointed out that it would be impossible to continue operating the restaurant with literally no waiting staff to take the food to the customers, he too was sacked following another boisterous confrontation.

This isn't the first time in recent months FAU Berlin has found itself in a conflict with an establishment that is supposedly sympathetic to the principles of anarchism or working class solidarity. Time after time, restaurants and bars which purport to be left-wing, vegan or in some other way anti-establishment prove themselves to be anything but exclusively concerned with maintaining and increasing their profit margins. For these places and the people that run them, the left-wing or vegan market is merely the niche that they have chosen to gain money, just like a man who runs a sports bar hopes to profit from a subscription to Sky Sports television channels and the steady stream of weekend football fans.

In a city such as Berlin, with its long-standing traditions of political activism and general 'otherness', this is symptomatic of a much wider and more pervasive problem. Proud principles of antifascism, working class solidarity and anarchism are continually appropriated by capitalists looking to cash in on the left wing market. Murals of Che Guevara overlook customers consuming their recently purchased 'ethical' meal, while the cash registers chime their bells in the background, overflowing with cash. The commodification of dissent is alive and well in the city of Berlin.

Foreigners' Section Berlin

Unsere eigentliche Stärke

Die FAU Dresden führt den Kampf für ausstehende Löhne eines bulgarischen Bauarbeiters außergerichtlich weiter

Als am 29. November 2015 gegen halb drei am Nachmittag etwa 40 Personen durch Berlin-Bohnsdorf demonstrieren (s.u.), kämpft der bulgarische Bauarbeiter Vladimir K. bereits seit knapp anderthalb Jahren für seinen ausstehenden Lohn. Im Frühjahr 2014 hatte Vladimir mit 35 anderen Kollegen aus Bulgarien und Griechenland seine Arbeit auf einer Baustelle in Dresden-Löbtau angetreten. Die Vormil Grundstücksgesellschaft mbH sanierte hier seit 2013 einen großen Gebäudekomplex und hatte dazu als Subunternehmerin die City Aktiv GmbH aus Berlin engagiert.

Diese ließ, repräsentiert durch ihren Chef Yordan Genchev, die Arbeiter für teures Geld auf der Baustelle in nass-kalten, dreckigen und überfüllten Räumlichkeiten schlafen. So wanderte ein Teil des Lohns, der durch immer unregelmäßigere Abschlagszahlungen und immer geringer werdende Beträge ohnehin schon knapp wurde, auch noch zurück in die Taschen der Firma. Mangelnder Arbeitsschutz und willkürliche Strafzahlungen rundeten das Paket der modernen Sklavenhalterei ab.

Als die Beschwerden lauter wurden, tauchten Handlanger des Chefs auf und prügelten einen griechischen Arbeiter ins Krankenhaus. Ein zweiter Angriff konnte glücklicherweise erfolgreich abgewehrt werden. Zusammen mit der griechischen Gemeinde, dem Ausländerbeirat und der IG Bau organisierten die Arbeiter daraufhin im Juli 2014 eine Kundgebung und legten die Arbeit auf der Baustelle nieder. Dies erweckte die Aufmerksamkeit der FAU Dresden und des Löbtauer Nachbarschaftsnetzwerks, die ihre Unterstützung anboten. Diese nahm letztendlich aber nur Vladimir in Anspruch. Die City Aktiv GmbH hatte inzwischen den Konflikt befriedet, indem sie im Anschluss an ein von der FAU Dresden organisiertes Gespräch einen Teil der ausstehenden Löhne ausgezahlt hatte. Die restlichen Arbeiter brauchten zu dringend Jobs, bei denen sie tatsächlich bezahlt werden, oder sahen keinen Erfolg darin, sich zu wehren.

Staatliche Instanzen auf Arbeitgeberseite

Als die Polizei die Protestierenden auf der Demo am 29. November an einer Kreuzung vor den Firmenräumen der City Aktiv stoppt, ist sie nicht die einzige staatliche Instanz, die der Durchsetzung der Lohnforderung von Vladimir im Weg steht. Das Dresdner Arbeitsgericht hatte den Fall des Bauarbeiters bis August 2015 verschleppt, um im Anschluss daran die Klage abzuweisen, ohne die angegebenen Zeugen zu hören. Vladimirs Schilderung der Zustände auf der Baustelle tat das Gericht mit der Begründung ab, diese sei nicht verwertbar, da es sich nicht um eine tagesgenaue Auflistung seiner Tätigkeiten handele. Stattdessen maß das Gericht der Aussage Genchevs mehr Wert bei, der argumentiert hatte, Vladimir wäre nach einem Tag Probearbeit entlassen worden. Die bereits erfolgte Zahlung von 1.200 Euro, die per Quittung nachgewiesen werden konnte, gab der Chef der City Aktiv einfach als Darlehen aus, dass er dem Kollegen für seine Rückreise geliehen hätte. Diese vermeintlich zuvorkommende Haltung Genchevs schien am Gericht niemanden zu verwundern – schließlich verleihen Chefs gerne mal so hohe Summen ohne Versicherung!

Gewerkschaftliche Kampagne

In Absprache mit Vladimir, den persönliche Gründe inzwischen zur Rückreise genötigt hatten, beschloss die FAU Dresden den Kampf für den ausstehenden Lohn nun außergerichtlich weiterzuführen und zog eine bereits beantragte Revision zurück. Dies soll ein Zeichen an alle Unternehmer, vor allem aber an alle Beschäftigten in der Branche sein. Denn gerade ArbeiterInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben besonders hohe Hürden zu nehmen, wenn sie um ihren Lohn betrogen wurden und den juristischen Weg beschreiten wollen. Geringe Sprach- und Rechtskenntnisse, die unsicheren finanziellen Verhältnisse, die der Status als WanderarbeiterIn mit sich bringt, sowie die meist ungenügende Dokumentation von Arbeitsstunden machen den Gang zum Anwalt, geschweige denn vor Gericht oft nahezu unmöglich.

Stattdessen sieht sich die City Aktiv GmbH nun einer gewerkschaftlichen Kampagne ausgesetzt, die den Druck auf sie durch diverse außergerichtliche Mittel erhöht. Nachdem der erste Protest über den Telekommunikationsweg ebenfalls nicht zur Zahlungsbereitschaft der Firma führte, machte die FAU mittels der Demonstration vor den Geschäftsräumen im November im direkten Umfeld auf den Fall aufmerksam. Auch die Kontaktaufnahme mit potenziellen Partner-Firmen und Auftraggebern schließt die Gewerkschaft nicht aus.



Systematische Ausbeutung auf dem Bau: Mit ihrer Kampagne kämpft die FAU Dresden nicht nur für den Einzelfall.

Gleichzeitig soll der Fall nicht isoliert betrachtet werden. Die FAU Dresden plant daher eine bundesweite Kampagne, die die Ausbeutung von WanderarbeiterInnen auf dem Bau thematisieren soll. Die Verhältnisse, die Vladimir vorfand, unterscheiden sich kaum von den miserablen Bedingungen, denen die Arbeiter der „Mall of Shame" in Berlin ausgesetzt waren oder denen, gegen die sich die polnischen Kollegen zusammen mit der FAU Freiburg wehren.

Alice M., FAU Dresden

Tief im Subsubsumpf

FAU Freiburg und polnische Bauarbeiter erkämpfen vor Gericht ausstehenden Lohn

In Arbeitskämpfe um Lohnraub am Bau sind in den letzten Jahren einige Syndikate der FAU involviert gewesen. Da war der Kampf von polnischen Bauarbeitern in Dortmund sowie die aktuellen Kampagnen um die „Mall of Shame" in Berlin und „Bezahlt Vladimir" in Dresden. Allen diesen Kämpfen ist gemeinsam, dass sie im prekären Milieu migrantischer Arbeitskräfte stattfinden. Oft haben es die um ihren Lohn geprellten Arbeiter mit einem Subunternehmensgeflecht zu tun, auf das sie mit einer Vielzahl von Kampfformen reagierten.

So auch in Freiburg: Getrennt von den übrigen Arbeitern wohnte der Vorarbeiter Mari mit dem polnischen Subunternehmer Mariusz Prucnal und seiner Prokuristin zusammen. Nachdem wochenlang kein Lohn gezahlt worden war, drängten ihn die beiden dazu, die Arbeiter auf der Baustelle offen zu belügen. Im Streit zog Mari daraufhin in einen Wohncontainer auf der Baustelle. Sodann begann ein fünftägiger Streik auf der Baustelle des Luxusstudentenwohnheims Campo Novo. Der Vorarbeiter suchte Unterstützung für den Arbeitskampf und stieß im Internet auf die FAU Freiburg. Mari schrieb eine Mail mit der Bitte um Hilfe.

Das Syndikat war rasch zu entflammen für den Kampf. Die erste Mahnung an den Arbeitgeber blieb jedoch unbeantwortet. Daraufhin warf die FAU Freiburg ihre medialen Netzwerke an und siehe da – das Echo auf die Vorkommnisse bei Campo Novo war groß. Radio Dreyeckland brachte mehrere Interviews, unter anderem mit Mari, und auch der SWR und die Badische Zeitung berichteten. Nach und nach offenbarte sich auch das undurchsichtige Unternehmensgeflecht auf der Baustelle: Die Generalbauunternehmerin des Studentenwohnheims war die Züblin AG. Diese beauftragte die Klum GmbH in Bad Camberg mit der Installation von verschiedenen Gewerken. Klum gab einen Teil dieses Auftrags an den polnischen Subunternehmer Prucnal weiter.

Unternehmen wollen sich aus der Verantwortung ziehen

Im Oktober 2014 kam es dann mit Unterstützung der FAU zu einer ersten Verhandlung vor dem Freiburger Arbeitsgericht, das mit einem Versäumnisurteil zu Gunsten der Arbeitnehmerseite endete. Allerdings war schon zu diesem Zeitpunkt klar, dass es schwierig werden würde, das Geld in Polen einzutreiben. Prucnal war abgetaucht und auch die Arbeiter waren wieder zurück in Polen. Die Kommunikation war schwierig und lief allein über den Vorarbeiter. Deshalb trafen am Ende nur sechs von 14 Prozessvollmachten ein.

Weil die Tätigkeiten im Sanitärbau stattgefunden hatten, die zum Baunebengewerbe gehören, galt die Generalunternehmerhaftung nicht. Damit zerschlug sich die Hoffnung, juristisch auch die Züblin AG oder die Klum GmbH belangen zu können, die sich stattdessen aus der Verantwortung zogen. Die Prozesse zogen sich bis zum Mai 2015 hin und endeten unter anderem mit drei Vergleichen, in denen Prucnal einen Teil seiner Ausstände an Klum abtrat. Begleitet wurden die Prozesse von zwei Flugblattaktionen am Studentenwohnheim, die als Reaktion den Kontakt zu einer Facebook-Gruppe einbrachten, in der sich BewohnerInnen organisiert hatten. Außerdem hielt die FAU mehrere Redebeiträge auf Freiburger Demos, in denen sie den Fall der polnischen Bauarbeiter immer wieder in Erinnerung rief.

Auf der juristischen Ebene war der Kampf erfolgreich, obwohl kein Anwalt hinzu gezogen wurde. Insgesamt erstritt die FAU Freiburg gemeinsam mit den Bauarbeitern 14.000 Euro ausstehenden Lohn. Doch die Klum GmbH will sich ihrer Verantwortung aus den Abtretungsansprüchen entziehen. Als die FAU diesbezüglich den Druck verschärfte, drohte die Firma mit einer Unterlassungserklärung, auf die die Gewerkschaft jedoch gelassen und geharnischt reagierte: „Unverständlich ist es, dass Unternehmen wie Klum und Züblin, die im deutschsprachigen Raum Großbauten errichtet haben, keinerlei Verantwortung übernehmen, wenn es um die Entlohnung ihrer mit den Prachtbauten beauftragten Beschäftigten geht." Dennoch warten die polnischen Bauarbeiter – genauso wie ihre rumänischen Kollegen aus Berlin – immer noch auf ihren sauer verdienten Lohn.

Jürgen Frietsch und Herbert Maier
FAU Freiburg

COP21: Zielvereinbarung ohne Fahrplan

Ein Kommentar von Martin Diener

Im Jahr 2013 hielt Yeb Sano eine kurze aber ergreifende Rede auf der Weltklimakonferenz in Warschau, in der er die Zerstörungen seiner philippinischen Heimat durch den Taifun Haiyan schilderte. Tränen kullerten, betretene Zustimmung, aber es passierte – nichts. Daraufhin trat Sano in den Hungerstreik und VertreterInnen der sogenannten Entwicklungsländer verließen zusammen mit Umweltorganisationen die Konferenz.

In Paris sollte alles anders werden. Vom Diplomaten zum Aktivisten gewandelt und mit dem Segen des Papstes machte sich Sano dieses Jahr zu Fuß von Rom aus über die Alpen auf den Weg nach Paris. Andere folgten diesem Beispiel in einem wortwörtlichen Pilgermarsch, nur um sich am Ende der Reise in einer von Terrorangst erschütterten Stadt nicht mehr unter freiem Himmel versammeln zu dürfen. Was war nicht alles geplant, um die „United Nations' 21st Conference of the Parties" (COP21) mit zivilem Ungehorsam zu begleiten: Eine Menschenversammlung, die den People's Climate March des letzten Jahres in New York noch in den Schatten stellen sollte; eine Gruppe britischer Studierender wollte gar ganz Paris lahmlegen. Unter der herrschenden Paranoia schafften es zum Protest jedoch gerade einmal 20.000 Paar Schuhe auf den Platz der Republik und ein paar Eimer gelbe Farbe auf den Place Charles-de-Gaulle.

Den DiplomatInnen der COP21 gelang es dennoch, sich auf ein verbindliches Ziel von 1,5°C maximaler Temperatursteigerung zu einigen. Zu Recht stellt aber zum Beispiel der NABU die Frage, wie dieses Ziel ohne Dekarbonisierung oder Berücksichtigung des immer weiter zunehmenden globalen Handels umgesetzt werden soll. Seinen Schätzungen zu Folge werden wir ohne geänderte Energie- und Verkehrspolitik mindestens 2,7°C erreichen. Das wäre eine Katastrophe für den globalen Süden, aber nicht nur für diesen.

Von Paris aus lässt sich nicht nur wegen COP21, sondern auch aufgrund der zuvor begangenen Anschläge und ihren Folgen der Bogen zu unser aller Zukunft in einem heißeren Klima spannen. Nicht nur brechen in Europa gerade soziale Konfliktlinien auf, wie die Attentäter aus den Banlieues zeigen. Ihre mutmaßlichen Strippenzieher sitzen in einem auch als Folge einer Dürre destabilisierten Syrien. Diese will die BRD nun zusammen mit dem in ungebrochen kolonialer Tradition agierenden Frankreich militärisch bekämpfen. Dadurch werden weitere Flüchtlinge zur Überquerung des Mittelmeers gezwungen, während sich in Europa durch die Einschränkung bürgerlicher Rechte und nationalistischer Polemik im Alltag die soziale Situation verschärft. Das Klima macht bereits Politik!

Meldungen aus der FAU

Schwarzer Freitag: FAU Hannover und FAU Kiel protestieren vor KiK-Filialen

Am Freitag, 13. November 2015, folgten die FAU-Syndikate in Kiel und Hannover dem Aufruf der aktion ./. arbeitsunrecht und protestierten vor mehreren Filialen des Textildiscounters KiK gegen „Horror-Arbeitgeber". Hintergrund der Aktion war das Vorgehen des Unternehmens gegen einen Betriebsrat im Zentrallager Bönen, gegen den es nach einem mehrwöchigen Streik am Standort 14 Abmahnungen und mehrere Kündigungen gehagelt hatte. Abgesehen davon ist KiK für miese Löhne bekannt. In Hannover positionierten sich etwa 10 Fauistas und mehrere ver.di-Gewerkschafter aus Lehrte mit Fahnen und Transparenten vor den Filialen. Sie verteilten Flugblätter an KundInnen und PassantInnen und informierten die MitarbeiterInnen in den Geschäften. Diese wussten das Zeichen der Solidarität zu schätzen, zeigten sich aber deutlich eingeschüchtert von den Filialleitern.

FAU Köln unterstützt Braunkohle-Widerstand im Hambacher Forst

Seit 2012 im rheinischen Revier die ersten Bäume besetzt wurden, hat sich auch die FAU Köln dem Kampf gegen den RWE-Tagebau angeschlossen. Mit Teilnahme an Protestaktionen, Materialspenden und begleitender Öffentlichkeitsarbeit zeigen sich die Kölner GewerkschafterInnen solidarisch mit der Wald- und Wiesenbesetzung nahe des vom Abriss bedrohten Ortes Morschenich. Weiterhin Unterstützung brauchen auch die inhaftierten und angeklagten AktivistInnen, die in mehreren Gerichtsprozessen kriminalisiert und stellvertretend für den anwachsenden Widerstand der Klimabewegung bestraft werden sollen.

Faulheit als politisches Kampfmittel

Ein Plädoyer für die passive Resistenz

Wir begehen heuer das Jahr 2016, und dennoch wollen wir unseren Blick in der Zeit nach hinten richten. Genau genommen in das Jahr 1919. Am 5. Juni erschien im Syndikalist der Artikel Faulheit als politisches Kampfmittel. Der Verfasser Karl Roche war ein bekennender Syndikalist und Theoretiker seiner Zeit.

Der Autor

Er begann seine Laufbahn als Gewerkschafter und Mitglied bei der damals noch illegalen SPD. Die Liaison mit der Partei endet mit dem Rausschmiss durch die Sozialdemokratie. Nach insgesamt 33 Jahren Parteibuch tritt Karl Roche der lokalistischen *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* bei. Dort rechnet er mit der Schrift *Aus dem Roten Sumpf* mit seiner Vergangenheit beim Zentralverband der Bauhilfsarbeiter Deutschlands ab. Daraufhin wird er von einem Hamburger Schöffengericht zu 200 Mark oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Als Delegierter der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* nimmt Roche am ersten internationalen Syndikalistenkongreß teil, der vom 27. September bis 2. Oktober 1913 in London stattfindet.

Während den Kriegsjahren verhält sich Roche ruhig und lebt zurückgezogen. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs tritt die syndikalistische Bewegung wieder in Erscheinung und mit ihr auch Roche. Im Jahr 1919 wechselt er die Gewerkschaft und wird Mitglied bei der *Allgemeinen Arbeiter Union (AAU)*. Dort verweilt er trotz einiger Grabenkämpfe bis in das Jahr 1924, in dem sein Engagement wieder der *Freien Arbeiter Union Deutschland* (Nachfolgegewerkschaft der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*) zählt.

Karl Roche stirbt im Alter von 68 Jahren am 1. Januar 1931.

Im folgenden wird sein Artikel aus dem *Syndikalist* von 1919 abgebildet.

K. Nebel

Faulheit als politisches Kampfmittel

Wir leben nicht, um zu arbeiten, wir arbeiten, um leben zu können. Das Leben ist Selbstzweck. Arbeit ist Mittel dazu. Je leichter und müheloser wir das Mittel der Arbeit handhaben, desto sorgloser gestaltet sich unser Dasein. Gewiss ist Arbeit ein natürliches, inneres Bedürfnis. Aber gerade als solches verträgt Arbeit keinen äußeren Zwang. Freiwillige Arbeit ist natürlich, aufgezwungene ist widernatürlich.

Der Selbstzweck des Lebens wird erfüllt durch Lebensfreude. Wo die fehlt, ist das Leben verfehlt und betrogen. Jeglicher Zwang lässt die Freude am Leben nicht aufkommen; der äussere Zwang zur Arbeit verbittert uns, lässt uns die Arbeit hassen.

Die sozialistische Organisation der Arbeit wird ihr den Fluch des Zwanges nehmen. Sie wird den Menschen zu seiner natürlichen Pflicht zurückführen, an der Gütererzeugung freiwillig Anteil zu nehmen. Sie wird vermittels Technik und Wissenschaft die Arbeit zum Genuss werden lassen. Arbeit und Leben werden ineinander aufgehen. Der Lebenszweck findet seine Erfüllung in Arbeitsfreude, abgelöst vom sinnenumrauschten Müssiggang.

So wird es einmal sein.

Heute ist es ja noch beträchtlich anders. Heute, wie seit tausend und mehr Jahren, sind die Arbeitenden noch Sklaven. Heute wird uns die Arbeit aufgezwungen von denen, die ihr ganzes Leben hindurch Arbeitsverweigerung verweigern. Hunger, Verelendung sind die Skorpione, mit denen uns die Ewigfaulen an die Arbeit zwingen.

Welches persönliche Interesse sollten wir an der Ergiebigkeit der Arbeit haben, da wir doch ausgeschlossen sind vom Genusse jener Güter, die das Leben froh und lebenswert machen!



Karl Roche

Wir sollten uns um das Gedeihen einer gesellschaftlichen Unordnung bemühen, welche lediglich das Arbeitsprodukt als Wert einschätzt, nicht aber den Arbeiter!

Was haben wir von einer Kultur, die für uns keine sein kann, da wir nicht zugelassen werden, weil wir sie nicht bezahlen können!

Wir, unsere Eltern, unsere Voreltern waren dumm genug, fleissig zu sein. Wir hatten ein Recht auf Faulheit und schreien nach dem Recht auf Arbeit. Je mehr wir im Elend waren, desto härter strengten wir uns bei der Arbeit an, um herauszukommen. Aber wir kamen dabei immer tiefer hinein, nämlich in die Ausbeutung. Als Arbeiter und Klasse der Ausgebeuteten ist unser natürliches Recht in der Gegenwart die Faulheit. Der Fleiss, die Anstrengung bei der Lohnarbeit ist der Ausdruck unserer Sklavendemut. Unser Fleiss fördert die Besitzenden, lässt ihre Herrschaft über uns wachsen; unsere Freiheit schädigt die grundsätzlich Faulen, die nur fleissige Menschen sind im Nehmen.

So lange sich die Reichen von der Arbeit drücken, haben wir ein unveräusserliches Recht auf Faulheit. So lange die grundsätzlich Faulen geniessen dürfen, weil sie nicht arbeiten, und herrschen wollen, um so weiter faul sein zu können, so lange sind wir Esel, wenn wir fleissig sind.

Mag nur diese wunderbare kapitalistische „Ordnung" vollends in die Brüche gehen, mag der Rest an Wirtschaft, den der Weltkrieg übrig gelassen, von unserer Faulheit verschlungen werden. Wir dürfen mit satanischer Freude dabeistehen. Die Faulen haben uns lange genug bestohlen, sie hielten uns mit der Lohnarbeit gefesselt. Das Diebesgut ist ihnen im Blute des Weltkrieges weggeschwommen, die Fesseln schütteln wir ab. Wir bleiben faul, so lange nicht der Fleiss aller zur Nutzanwendung kommt.

Die neue Vertrauenskörperschaft der grundsätzlich Faulen, die Regierung, hat es wahrlich nicht leicht, auch faul sein zu können; sie soll etwas denken und auch etwas mehr handeln und kann nicht. Als Konkursverwalter des bankrotten Kapitalismus fehlt ihr die Routine, aber der verbissene Hass gegen den Sozialismus peitscht sie auf. Wie der wütende Stier wirft sie sich auf jeden roten Lappen.

Wer sich rühret wird geschlossen
Und womöglich schon erschossen,
Eh' man ihm das Urteil fällt.
Die Justiz – geheim und schnelle,
Fördert noch vor Tageshelle
Jeden Meuterer aus der Welt.

Ja, Dichter und Seher! Das schrieb Herwegh 1846. Damit geisselte er den unfähigsten der Preussenkönige und traf den ersten – sozialdemokratischen König.

Die Regierung tanzt auf einem leeren Fasse. Die Arbeiter sollen die ausgeladene Tonne wieder füllen, mit Arbeit. Sie schreien die Arbeiterklasse an, sie möge doch arbeiten. Beim seeligen Marx und beim heiligen Lassalle, der Sozialismus gehe in die Brüche, wenn die Proleten die Ausbeutung restlos zerstören! Die Arbeiter schütteln die Köpfe und wollen nicht. Nein, sie wollen nicht. Die passive Resistenz wird von ihnen mit Begeisterung aufgenommen und zähe durchgeführt. Das begreifen ist ja auch so kinderleicht: entziehen wir der Ruine Kapital vollends das letzte Blut durch passive Resistenz, dann muss sie gänzlich zusammenstürzen. Das ist keine Theorie: es ist die nüchternste Wahrheit, die jeder Prolet ohne weiteres erkennt. Faulheit als politisches Kampfmittel! Wer hätte je geglaubt, dass das in der deutschen Arbeiterklasse möglich wäre. Es ist möglich und wird mit Erfolg angewendet. Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Weimar sagte Reichsminister Wissel, das Schlimmste seien nicht die Lohnforderungen, sondern die passive Resistenz der Arbeiter.

Aber da haben sich die auf der leeren Tonne balanzierenden Akrobaten einen Zauberkünstler zur Hilfe geholt: Herrn Bernhard Dernberg, den ehemaligen Kolonialminister. Er hat sich auf das leere Fass gestellt und jongliert mit papierenen Milliarden. Für den ehemaligen Direktor der Deutschen und dann der Darmstädter Bank sind das Kleinigkeiten. Für das laufende Finanzjahr sind im Reichsbudget 25 Milliarden aufgestellt. 25.000 Millionen! Bei 62 Millionen Einwohnern ergibt das auf den Kopf der Bevölkerung die Summe von 400 Mk. Vater, Mutter und zwei Kinder müssen zusammen 1.600 Mk. Steuern aufbringen. Wohlgemerkt, allein an Reichssteuern. Das ist natürlich nicht möglich. Verbrecher ist, wer diese Wirtschaft weitertreiben will. Aber – ein ehemaliger Direktor der Deutschen Bank kennt bei „Finanzierungen" keine Hindernisse. Die Arbeiter sind doch da! Und wozu wären sie denn weiter da, als zum Füllen der leergelaufenen Tonnen. Also „regt" Herr Dernburg „an": die Reichsarbeitsstunde. Zum Achtstundentag soll eine Stunde zugefügt werden. Die Reichskasse verlangt vom Unternehmer für jede „Stunde" 1 Mk. Herr Dernberg rechnet, dass in Deutschland 21 Millionen Menschen tätig sind. Das würde im Jahre 7 Milliarden ergeben. Glückt es, so wird im nächsten Jahr die zehnte und später die elfte angehängt und – siehe da! Deutschland ist aus dem Dalles! „Gewissermassen" wird man als „Nebenerscheinungen" Streiks verbieten und die Erwerbslosenunterstützung „abbauen" und – Deutschland ist wieder in der Welt voran, es kann wieder zum neuen Massenmorden rüsten.

Jedoch – die Arbeiterschaft von heute ist nicht mehr die von 1914. Sie wird den gordischen Knoten der Revolution nicht mit der Schwerte Arbeit durchhauen. In der Lauge ihrer Faulheit wird sie den Kapitalismus völlig zur Auflösung bringen. Es wird so lange passive Resistenz geübt werden, bis die Arbeiterklasse selbst in der Lage sein wird, die Arbeit sozialistisch organisieren zu können.

Warum soll denn das Arbeitsvolk nicht passive Resistenz anwenden dürfen? Die „sozialistische" Regierung versteht ja diese syndikalistische Tugend ausserordentlich. Sie redet von Sozialisierung und tut nichts dazu; sie redet vom Sozialismus und lässt Sozialisten erschiessen; sie redet von Gefangenenbefreiung und lässt im eigenen Lande Tausende ehrlicher Arbeitern einsperren. Das ist nur passive Resistenz, das ist zerstörender, verbrecherischer Sabot verübt gegen die sozialistische Arbeiterschaft.

Die Geschichte dieser Revolution wird einmal berichten von der Faulheit, die Wunder wirkte.

Karl Roche: Faulheit als politisches Kampfmittel. Erschienen in *Der Syndikalist* Nr. 30 vom 5. Juli 1919 [I. Jahrgang]

Abhängig vom Tabak

Malawi und sein grünes Gold

In gewerkschaftlichen Kreisen wird Tabak als Produkt bestenfalls mit dem TEKEL-Streik in der Türkei vor sechs Jahren in Verbindung gebracht. Damals wie heute wird selten gefragt, wo und unter welchen Bedingungen der Rohtabak für die Zigarettenproduktion angebaut wird. Gerade in Deutschland wäre dies aber eine wichtige Frage, denn Deutschland ist der weltgrößte Zigarettenexporteur.

Die deutsche Tabaklandschaft

Nach Deutschland werden jährlich 220.000 Tonnen Rohtabak importiert. Daraus werden 205 Mrd. Zigaretten produziert, von denen 160 Mrd. Stück ins Ausland verkauft werden. Alle multinationalen Zigarettenkonzerne haben hier Niederlassungen: Philip Morris (Marlboro) produziert in Berlin-Neukölln, Japan Tobacco (Benson & Hedges) hat seine Präsenz in Trier, British American Tobacco (Lucky Strike) hat sein



Sortieren von Burley-Tabak in Malawi

weltgrößtes Werk in Bayreuth und Imperial Tobacco, der Mutterkonzern von Reemtsma (Gauloises), in Hamburg. Außerdem ist die deutsche Körber AG aus Hamburg der Weltmarktführer für Produktionsmaschinen zur Zigarettenherstellung. Und nicht zuletzt bietet die Stadt Dortmund der Tabakindustrie mit der Inter-tabac Messe die weltgrößte Plattform dieser Art. Tabak ist ein großes Geschäft, Deutschland ist *tobacco country*.

Neben den vier genannten multinationalen Zigarettenkonzernen sind unter den wesentlichen Akteuren auf dem globalen Tabakmarkt noch die beiden größten Rohtabakhändler, Alliance One International und Universal Corporation, zu nennen. Während die Gewinne des lukrativen Zigarettengeschäfts nach Europa, Japan und in die USA fließen, zahlen die Menschen im Globalen Süden die Zeche in Form von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden.

Tabakanbau weltweit

Weltweit wird Tabak auf 4,3 Mio. Hektar Land angebaut. Mehr als 90% der jährlich 7,5 Mio. Tonnen Rohtabak werden im Globalen Süden produziert. Dorthin verlagerte die Tabakindustrie die Anbauflächen seit den 1960er Jahren, um die Produktionskosten für die arbeitsintensive Monokultur zu senken und den Mangel an Regelungen zu Arbeitsverhältnissen und Gesundheitsschutz auszunutzen.

Tabak wird zumeist in kleinbäuerlichen Strukturen angebaut. Wie bei anderen profitablen Anbaupflanzen auch, werden im Tabakanbau große Mengen Pestizide und chemische Dünger eingesetzt, deren Folgen – z.B. die Vergiftung von Wasserläufen – alle Menschen in der Umgebung von Tabakfeldern tragen müssen. Tabakanbau unterscheidet sich aber von Kaffee, Tee oder Baumwolle in drei wesentlichen Dingen:

Erstens benötigt die Auftrocknung des Virginia-Tabaks, der in üblichen Filterzigaretten die Hälfte des Tabaks ausmacht, große Mengen Feuerholz. Weltweit werden für die Erzeugung von Rohtabak jährlich ca. 200.000 Hektar Wald abgeholzt.

Zweitens ist die Tabakpflanze giftig. Das Nikotin aus den grünen Tabakblättern wird direkt durch die Haut aufgenommen und führt vor allem während der Erntezeit zur Grünen Tabakkrankheit, einer starken Nikotinvergiftung. Pro Erntetag nehmen Tabakarbeiter_innen pro Person den Nikotingehalt von ca. 50 Zigaretten auf.

Drittens machen die aus Tabak gefertigten Produkte süchtig und sind für die Konsument_innen äußerst gesundheitsschädlich.

Malawis Exportgut Nummer Eins

Neben Virginia-Tabak enthalten Filterzigaretten außerdem Burley-Tabak als typische Beimischung. Dieser Tabak kommt vor allem aus Malawi in Südostafrika. Das Land ist etwa so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen und ist der weltgrößte Exporteur von Burley-Tabak. Als wichtigstes Exportgut erwirtschaftet Tabak etwa 50% der staatlichen Exporterlöse und 23% der nationalen Steuereinnahmen. Malawi ist vom grünen Gold abhängig. Deutschland importiert als zweitgrößter Abnehmer ca. 10% dieses Tabaks, nur Belgien importiert mehr (25%).

In Malawi wird Tabak in kleinbäuerlichen Betrieben und im Pachtsystem auf Plantagen angebaut. Thangata, das Pachtsystem, hat seinen Ursprung in der britischen Kolonialzeit und basiert auf mündlichen Verträgen zwischen landlosen Pächter_innen und Plantagenbesitzer_innen. Diese werben zu Beginn der Anbausaison im August/September Pächter_innen an, meist zusammen mit ihrer Famile. Häufig haben diese schon die vorherigen Jahre dort gearbeitet. Ihnen wird ein Stück Land für den Tabakanbau zugewiesen. Dazu erhalten sie auf Kredit Pestizide, Düngemittel, Saatgut und Werkzeug sowie Nahrungsmittel. Im Gegenzug müssen sie die komplette Tabakernte an den/die Plantagenbesitzer_in verkaufen. Am Ende der Saison wird abgerechnet: vom Erlös aus dem Rohtabak werden die Kredite für Inputs und Nahrungsmittel abgezogen. So bleibt von den erwirtschafteten Einnahmen kaum etwas übrig und es entsteht ein starkes Abhängigkeitsverhältnis. Allerdings sind die Plantagenbesitzer_innen, die häufig Mitglieder der politischen Elite sind, nicht die alleinigen Profiteure. Beim Verkauf der Ernte auf Auktionen sind sie den Preisabsprachen der multinationalen (Roh-)Tabakkonzerne ausgeliefert. Die staatliche Tabakkommission, die den Handel regulieren soll, greift dabei kaum ein.

Armut, Hunger und Kinderarbeit

In Malawi, wo etwa 70% der Bevölkerung von weniger als 1,15 Euro pro Tag leben, sind Hunger und Armut eine direkte Folge des Tabakanbaus. So sind die Lebensbedingungen auf den Plantagen vom steten Mangel geprägt: Trinkwasserquellen sind unsicher und müssen manchmal mit dem Vieh geteilt werden. Die Nahrungsmittel reichen nicht aus, um die Menschen zu sättigen, und sind außerdem sehr einseitig. Die Pächter_innen haben kein Material zum Hausbau, so dass sie in grasgedeckten Lehmhäusern leben. Und schließlich fehlt die medizinische Versorgung. Unter diesen Bedingungen leiden vor allem Kinder, deren körperliche Entwicklung dadurch sehr beeinträchtigt wird. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2013 zeigte, dass Kinder aus Tabak anbauenden Familien in Malawi häufiger an Unterentwicklung leiden als Kinder aus Familien, die keinen Tabak anbauen.

Nicht nur die ungesunden Lebensumstände beeinträchtigen die Kinder in ihrer Entwicklung, sondern auch ihre Mitarbeit auf den Feldern. Auf den Tabakplantagen in Malawi arbeiten mindestens 78.000 Kinder. Der Grund dafür liegt im System: Die stete Verschuldung bewirkt, dass die Pächter_innen keine Arbeiter_innen für den arbeitsintensiven Anbau bezahlen können. So sind sie gezwungen, ihre Kinder als Arbeitskräfte einzusetzen. Die meisten dieser Kinderarbeiter_innen gehen nicht oder nur zeitweise zur Schule. Sie verlieren dadurch ihre Zukunft, denn ohne Bildung bleibt ihnen kaum eine Einkommensmöglichkeit jenseits des Tabakanbaus.

Die beinahe kostenlose Arbeitskraft der Kinder garantiert der Tabakindustrie hohe Gewinne. Die Konzerne leugnen dies nicht und stellen Kinderarbeit als allgemeines Problem in Ländern des Südens dar. Mit sporadischen Maßnahmen wie der Finanzierung von Schulbauten verbessern sie ihr Image, ohne die Ursachen der Kinderarbeit tatsächlich zu benennen oder gar zu beseitigen.

In allen Phasen des Tabakanbaus sind Kinder an den notwendigen Arbeitsschritten beteiligt: Saatbeete vorbereiten, Felder anlegen, Pestizide und Düngemittel aufbringen, Unkraut jäten, Schädlinge absammeln sowie grüne Tabakblätter ernten, bündeln, trocknen und sortieren. Kinderarbeit im Tabakanbau ist in jedem Fall ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die in Artikel 32 sämtliche möglicherweise gefährlichen Arbeiten für Kinder unter 18 Jahren verbietet. Es ist einsichtig, dass der Umgang mit Pestiziden und chemischen Düngern gefährlich ist. Doch häufig wird vergessen, dass die Tabakpflanze giftig ist und die Grüne Tabakkrankheit verursacht. Wenn ein fünfjähriges Kind Tabak erntet, nimmt es genauso wie jede erwachsene Person täglich den Nikotingehalt von ca. 50 Zigaretten auf. Auch beim Bündeln und Sortieren der Tabakblätter gelangt Nikotin durch die Haut in den Körper. Der malawische Tabak steht deshalb bei der US-Administration auf der Liste der mit Kinder- und Zwangsarbeit produzierten Güter.

Aussichten für den Tabaksektor

Im malawischen Tabaksektor vertritt die Tabakpächter-Gewerkschaft TOAWUM (Tobacco Tenants and Allied Workers Union Malawi) die Belange von Tabakarbeiter_innen und Pächter_innen. Eine Kernforderung ist die Einführung eines Pachtarbeitsgesetzes, das wesentliche Elemente der Beziehungen zwischen landlosen Pächter_innen und Plantagenbesitzer_innen regeln soll. Seit 1995 gab es mehrere Versuche den Gesetzesentwurf, die Tenancy Labour Bill, ins Parlament einzubringen. Zuletzt forderte dies der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung angesichts der angespannten Ernährungslage im Land und der Strukturen des Tabaksektors im Juli 2013. Knapp zwei Wochen später zog das Justizministerium den Entwurf zurück, bevor er das Parlament erreichte. Dieses Vorgehen unterstreicht die politischen Eigentums- und Machtverhältnisse im Land des grünen Goldes. Seit Frühjahr 2015 bringen die Gewerkschaft und die malawische Organisation Center for Social Concern das Gesetz erneut in die öffentliche Debatte. Im Pachtsystem müssen die Lebensbedingungen auf den Plantagen verbessert und eine rechtliche Absicherung der landlosen Pächter_innen bewirkt werden.

Gleichzeitig ist derzeit im Tabaksektor eine Tendenz zu Direktverträgen zwischen den multinationalen (Roh-)Tabakkonzernen und kleinbäuerlichen Betrieben zu erkennen. Eine tatsächliche Verbesserung ist davon nicht zu erwarten, wie Erfahrungen aus Kenia und Brasilien zeigen. Dort führten die Verträge zu hoher Verschuldung der Betriebe und damit zur Schuldknechtschaft gegenüber den Konzernen.

Für landlose Pächter_innen wie für kleinbäuerliche Betriebe bietet aber vor allem der Ausstieg aus dem Tabakanbau eine Perspektive. Landlose können beispielsweise im Fairhandelssektor auf Teeplantagen wie in Kawalazi Estate ihr Einkommen unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen verdienen. Kleinbäuerliche Betriebe können sich in Kooperativen wie der Mchinji Area Smallholder Farmers Assocation organisieren und fair gehandelte Produkte wie Erdnüsse produzieren und vermarkten.

Um die Verhältnisse im Tabaksektor zu verbessern und den Menschen in Malawis Landwirtschaft Alternativen zum Tabakanbau zu bieten, braucht es vor allem politischen Willen.

Sonja von Eichborn
Unfairtobacco.org

Diesen Artikel veröffentlichte Unfair Tobacco, eine NGO, die sich den Ungerechtigkeiten des Tabaks einsetzt. Dementsprechend fehlt eine anarchosyndikalistische Betrachtungsweise auf das Thema. Da die Linke das Thema Tabakanbau und -handel kaum kritisch diskutiert, ist es vielleicht nötig überhaupt auf dieses Thema hinzuweisen, was auch die starke Bezugnahme auf staatliche und überstaatliche Organisationen angeht. Darum bittet die Redaktion Globales die LeserInnen, sich auch mit den Gedanken und der Finanzierung von unfairtobacco auseinanderzusetzen.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

USA: Streik von FlughafenarbeiterInnen

In der Nacht vom 18. auf den 19.11. streikten in sieben US-amerikanischen Flughäfen 2.000 ArbeiterInnen. Sie forderten einen Mindestlohn für LeiharbeiterInnen von 15$ die Stunde und das Ende der Benachteiligung aufgrund der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Der Streik wurde eine Woche vor Thanksgiving und damit in einer der wichtigsten Wochen für den Flugbetrieb durchgeführt.

Kanada, Québec: Generalstreik im öffentlichen Sektor

Am 09.12. gingen 400.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes in Québec in den Generalstreik, welcher von mehreren Gewerkschaften organisiert wurde. Die Proteste richteten sich gegen Regierungspläne Pensionen zu kürzen und die Löhne in den nächsten fünf Jahren um nur drei Prozent zu erhöhen. Bereits im Oktober und November wurden rotierende Ein-Tages-Streiks an wechselnden Orten durchgeführt.

Griechenland: Zwangsversteigerung der selbstverwalteten Fabrik Vio.Me verhindert

Am 26.11. verhinderten UnterstützerInnen erfolgreich durch eine Blockade die Zwangsversteigerung der Fabrik Viomihaniki Metalleutiki (Vio.Me) in Thessaloniki. Auch ein Ersatztermin am 03.12. scheiterte, da die Verteidigerin der Firma Filkeram-Johnsson, um deren Grundstück es bei der Versteigerung geht, nicht zur Verhandlung erschien. Eine weitere mögliche Auktion am 17.12. wurde ebenfalls verhindert. Vio.Me wurde 2011 von seinen Besitzern verlassen, von den ArbeiterInnen besetzt und produziert seit 2013 Hygieneartikel (siehe dazu auch *DA* 232).

Verhaftungswelle gegen chinesische ArbeiteraktivistInnen

Mindestens 21 AktivistInnen aus der Provinz Guangdong wurden am 3. Dezember festgenommen. Fünf Personen befinden sich noch immer im Gewahrsam der Polizei, zwei weitere Aktivisten werden vermisst und ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Die Betroffenen stehen mit verschiedenen NGOs in Verbindung, die sich für die Förderung von ArbeiterInnenrechten einsetzen. Alle arbeiteten gegenwärtig oder zu einem früheren Zeitpunkt für das Panyu Da Gong Zu Service Center, das sich seit 2002 für die Stärkung der Rechte von ArbeiterInnen einsetzt.

Schulen in São Paulo besetzt

Seit Anfang November protestieren tausende SchülerInnen gegen die geplante Schließung von 94 Schulen. Nach und nach wurden immer mehr Schulen besetzt, Mitte Dezember waren es ca. 130. Die Protestbewegung gegen die Schulreform des Gouverneurs Alckmin sieht sich immer stärkerer Repression ausgesetzt. Auf Demonstrationen kam es zu schweren Übergriffen der Militärpolizei auf SchülerInnen und deren Eltern. Die LehrerInnengewerkschaft wie auch die Opposition unterstützen die Proteste von Beginn an.

Vicious crackdown on trade union powers in South Korea

Recent months have seen a variety of attacks on trade union powers, and members, in South Korea

South Korea does not immediately spring to mind as a hotbed of union activism, but it is currently in the grip of a huge conflict between the president of the country and the main trade union confederation.

Conservative leader Park Geun-Hye, who has been in power since 2013, has been attempting to pass through a raft of changes to the South Korean labour laws, a move which has caused outcry among the organised labour movement in the East Asian nation. The strike held on the 16th of December was the 3rd such action of the year, and brought in the region of 75,000 workers out, from 26 different unions, including those of the major car manufacturers Hyundai and Kia Motors.

The proposed changes to union law are somewhat specific to Korea, but fall in line with the wider trend toward permanent precarity and insecure work situations within neoliberal countries. Traditionally, South Korean workers, particularly those at the huge, family-run conglomerates that dominate the economy of the country – such as the car manufacturers, and other industrial giants like Samsung –, could consider themselves as part of the furniture once in position at a firm, allowed to learn a trade and then progress up the ranks internally.

Since the accession of Ms. Geun-Hye and her ruling New Frontier Party to power, they have sought to undermine the rights of workers through measures that would make it easier for companies to fire workers, and would extend the amount of time for which temporary workers can be employed without a permanent contract from two to four years. This would effectively allow the major companies – known colloquially as *chaebol* – to hire workers as temporary staff, employ them for four years, lay them off and then subsequently re-hire them for another four years, drastically reducing job security, decreasing the ability of Korean workers to fight for their rights and handing ever more power over to the bosses. The changes would also allow bosses to summarily change the fundamental day-to-day conditions of a worker's life: how and when they are paid, the number of holiday days allowed per year. It would also phase in a scheme of cutting wages once an employee reaches 55 years of age.

Unions were understandably angered by these proposed changes, and have been increasing the level of protest since they were announced. Strikes have been a major weapon used against the government, with three general strikes already this year, alongside major street demonstrations on a scale not seen in almost a decade. The militancy of the strikes, however, has been undermined by the leaders of the major trade union confederations.

Weak leadership with mainstream unions

The largest confederation, the Federation of Korean Trade Unions, has refused to take part in the strikes, and although it initially also refused to enter talks with the government, later relented and is now discussing the proposed changes. It is widely known that the rank-and-file of the union, particularly those working in heavy industry and for the *chaebol* companies, oppose the actions of their confederation. The second largest trade union confederation, the Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) is resolutely behind the industrial action, and has been co-ordinating it, after their leader was elected by the membership on a platform of calling a general strike.

The strikes have also been accompanied by protests. Police attacked a demonstration of an estimated 100,000 workers in Seoul in November, injuring many, including a 69 year old farmer who was critically injured after being shot at close range by a water cannon. Union activists have faced persecution and arrest since the demonstration, which was declared illegal by the government. Han Sang-Goon, the leader of the KCTU, had an outstanding warrant for his arrest after demonstrations in May were also declared illegal, and later gave himself in after the Buddhist temple in which he was holed up for almost a month was surrounded by armed police. He faces up to ten years in prison. Union offices have also been raided.

As the crackdown on trade union activity in South Korea continues, there is also a growing movement against proposed changes to the country's history textbooks, which many union activists are linking in to the current strikes. President Geun-Hye is the daughter of the former dictator Park Chung-Hee (who was assassinated in 1979) and has been attempting to replace the history textbooks used in schools with one, government-authored book, a move which has obvious parallels to the regime of her father. She has also been behind the jailing of opposition parliamentarians and the banning of an opposition party. The Teacher's Union in South Korea, as has been reported on previously in *DA*, was outlawed in 2014, as was the union representing civil servants.

The trade union confederations, on the back on the December 16th strikes and demonstrations, are now attempting to broaden the movement against the president, and continue to call for her to step down.

Meehall Maguire

Repression against trade unions in the United Kingdom

The conservative government is in the midst of the largest attack on workers' rights for thirty years

The biggest attack on trade union rights for almost thirty years is underway in the United Kingdom, with the Conservative government hoping to push through a series of debilitating reforms that would seriously hinder workers' capacity for organised action. The trade union bill, which was unveiled in summer, overcame its first obstacle when it was provisionally backed with a 33 vote majority by MPs in September. In a complicated process, the reform bill will be scrutinised by various committees, by the House of Lords and again by the House of Commons, before the final vote takes place early next year.

The reforms, which include plans to criminalise picketing and permit employers to hire strike-breaking agency staff, come as little surprise to those familiar with the ruling Conservative Party, whose recent record includes attempts to scrap the 1998 Human Rights Bill and pushing through a motion sanctioning the intensification of bombing in the Middle East. The rights of anyone other than the political and financial elite have always been treated with particular contempt by the party and its members, and the Conservatives have traditionally drawn support from the banking industry and big business whose interests they represent.

The reforms have been compared to those implemented in the Trade Union Act of 1984 by the Conservative party's Norman Tebbit. That particular attack was the final nail in the coffin for renowned miner's strike of the era, revoking as it did the strikers' entitlement to state benefits. Faced with starvation or defeat, the National Union of Mineworkers was eventually forced to call an end to the strike after months of stalemate.

The current set of proposals attack the ability of unions to defend workers' rights on a variety of levels, tying up the process of organised action in bundles of bureaucratic tape. A key aspect of the proposed changes is that unions will be required to have at least a 50% voter turnout in a ballot to start collective action. They will additionally need to secure the approval of 40% of those eligible to vote (essentially all union members) in order to proceed with the action. In layman's terms, for a strike to proceed legally it would require an 80% vote in favour of action from those who participate, if 50% participate. To put this into context: The Public and Commercial Services Union, which is one of the largest unions in the country and represents almost 250,000 civil servants and others, has never achieved a 50% turnout on a national ballot.

Those in favour of the bill, of course, hide their true motives (the total disempowerment of the working class) by claiming that they merely want to see a more complete democratic process within the unions. With the proposed threshold changes, they argue, strikes can only take place when there is a larger majority than is currently the case, and thus the unions will have a stronger mandate for 'disrupting the lives of everyday working people' (the supposed concern of the bill's author, Business Secretary Sajid Javid).

State Hypocrisy

However, the Prime Minister David Cameron has rejected a proposal to introduce electronic voting for strike action, claiming that it could potentially be subject to fraudulent activities. This despite the fact that exactly the same process has been used to elect a conservative candidate for the 2016 London mayoral election. Presumably the prospect of electoral fraud is only to be taken seriously in instances of working class resistance. This leaves many workplaces with only the postal ballot for voting on strike action – a method renowned for its low rates of participation. The conservative government has no interest in democratising the unions, only making the process more complicated and less accessible. They want fewer votes, not more, and their refusal to even consider electronic voting – never mind voice a coherent and logical objection to it – is a testament to this.

The idea of the creation of a new criminal offence – "intimidation on the picket line" – has been mooted, as the state strives to remove even the voices of the working people from class struggle. The state is demanding greater regulation of picket lines by unions, so as to more easily condemn and punish them in instances of worker backlash. The bill also proposes the repealing of existing legislation that limits the hiring of agency staff to replace participating workers, reducing the potency of industrial action. There even exists a proposal for a requirement that the unions tell police, in advance, of what they intend to publish on social media.

Opposition to the bill has been muted, accompanied by a general underreporting from the mainstream media of one of the most seismic attacks on worker agency in living memory. As mainstream unions scramble to make compromises with the state, and the opposition Labour party seems more concerned about what the reforms could mean for their income, there is one thing that is obvious. The message is clear: the state wants to secure more control. To control the parameters of class war, to control the methods of resistance, to control the very voices of dissent themselves.

James Lavery

Zerstritten, blockiert und illegal

Die Situation der Gewerkschaften und der Arbeitsrechte nach der ägyptischen Revolution

Im April 2015 zwang ein Urteil des ägyptischen obersten Verfassungsgerichts mehrere Arbeiter in den „Ruhestand“, die sich in Gewerkschaften engagiert und zu Streiks aufgerufen hatten. Dies geschah, obwohl sich nach der ägyptischen Revolution im Januar 2011 zahlreiche unabhängige Gewerkschaften neu gegründet hatten. Was hindert diese jungen Gewerkschaften daran, die Arbeitenden zu unterstützen?

Da ist zum einen der juristisch völlig ungeklärte Status unabhängiger Gewerkschaften: Das noch geltende Gewerkschaftsgesetz 35 erkennt nur die 1957 von Präsident Gamal Abdel Nasser gegründete ETUF (Ägyptische Gewerkschaftsförderation) als legitime Vertretung der ArbeiterInnen an. Neu gegründete unabhängige Gewerkschaften bewegen sich also in einer juristischen Grauzone, die ihre Verhandlungsstärke und Anerkennung bescheidet. Bereits vor der Auflösung des ägyptischen Parlaments 2012 lagen zwei Gesetzesentwürfe vor, welche die juristische Situation potenzieller neuer Gewerkschaften grundlegend verändert hätten: Ein Gesetzesvorschlag stammte von der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit – d.h. der Partei der Muslimbruderschaft –, der andere vom früheren Minister für Zuwanderung, Ahmed El-Borei. Nach der Revolution übernahm der Vizepräsident der ETUF das Amt des Ministers für Arbeit. Da die Führungsriege der ETUF unabhängige Gewerkschaften als illegitim und illegal betrachtet und darüber hinaus der Muslimbruderschaft nahe steht, unterstützte er den Gesetzesvorschlag der Muslimbrüder. Dieser Gesetzesentwurf wurde jedoch von anderen Gewerkschaftsführern stark kritisiert und schließlich abgelehnt, da er keine Neugründung von Berufsverbänden gestattet und eine stark zentralistische Organisation des Gewerkschaftsbundes fördert. Darüber hinaus verlören Arbeitende, die aus der ETUF austräten, ihren Anspruch auf den Sozialfonds – Geld für Pensionen und Krankenversicherung und bezuschussten Urlaub, das ihnen direkt vom Lohn abgezogen wird und


Friedmaar Salzner

Ägyptische Handwerker bei der Arbeit

ausschließlich der ETUF zufließt. El-Boreis Gesetzesentwurf hätte zwar Gewerkschaftsfreiheit (ohne Nachteile für die Arbeitenden) ermöglicht, aber die Regierung lässt ihn inzwischen seit vier Jahren in den Archiven verstauben.

Politische und strukturelle Isolation

Zum anderen mangelt es an Vernetzungen und strukturellen Beziehungen zwischen den jungen Gewerkschaften. Dies hängt unter anderem mit einem tiefgehenden Bruch zwischen den zwei jüngsten Gewerkschaftsbünden zusammen: Die EDLC (Ägyptischer demokratischer Arbeiterkongress) ist aus einer Spaltung von EFITU (Ägyptischer Verbund unabhängiger Gewerkschaften) hervorgegangen, die vor allem auf ideologischen Unterschieden beruhte, wie etwa, ob man zur Organisation der Gewerkschaften einen „bottom-up“ (EDLC) oder „trickle-down“-Ansatz verfolgen sollte. Hinzu kommt, dass die Regierung der Muslimbrüder ab Juli 2013 den harten neoliberalen Kurs des vormaligen Mubarak-Regimes weiterverfolgten: Laut Jano Charbel, einem ägyptischen Journalisten und Anarcho-Syndikalisten, behinderte das Ministerium für Arbeit unter der Herrschaft der Muslimbrüder die Anerkennung neuer Gewerkschaften und kollaborierte mit der muslimbrüdernahen ETUF. Die Ministerin für Arbeit, Nahed el-Ashry, äußerte sich in diesem Zusammenhang dahingehend, dass die Unterzeichnung der Konvention der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1987 „nicht gleichbedeutend mit Gewerkschaftsvielfalt“ sei.

Zuletzt ist die Gewerkschaftsarbeit aus historischen Gründen weitgehend entpolitisiert: Das Regime von Präsident Hosni Mubarak (1981-2011) trennte sehr deutlich zwischen sozioökonomischen Forderungen und politischer Agitation. Ersteres, wie z.B. lokale Streiks wurden vom Regime weitgehend mit nachsichtiger Ignoranz bedacht. Letzteres, wie z.B. organisierte landesweite Streiks und Kritik am Regime konnten Verhaftungen der Protestführer durch den ägyptischen Sicherheitsapparat und systematische Repression der Gewerkschaftsarbeit zur Folge haben. Daher besteht nach wie vor ein tiefes Misstrauen der Arbeiterschaft in die Zusammenarbeit mit politischen Gruppierungen. Die Herrschaft der Muslimbrüder oder General al-Sisis ab 2014 haben daran wenig geändert. Im Gegenteil: Zu Beginn der Regierung der Muslimbruderschaft 2013 bemühten sich viele Gewerkschaftsführer, besonders aus der EFITU, ihr Fähnchen nach dem Wind des Arbeitsministeriums zu hängen, um möglichst Reibungen zwischen Gewerkschaften und Politik zu minimieren.

Auswirkungen auf das öffentliche Leben

Inwiefern wirkt sich diese Situation auf den ägyptischen Alltag aus? Streiks bleiben weiterhin oft das einzige Mittel, um Arbeitgebern Druck zu machen, da diese die neueren Gewerkschaften nicht anerkennen bzw. als Verhandlungspartner akzeptieren. Das öffentliche Schulsystem und die öffentliche Gesundheitsversorgung liegen brach, weil unterbezahlten Ärzten und Lehrern eine Überzahl an Patienten bzw. Schülern gegenübersteht. In der ägyptischen Mittelschicht gehört es zum Standard, für seinen Nachwuchs zusätzlichen privaten Nachhilfeunterricht zu buchen, damit er zu etwas Wissen kommt und die Abschlussprüfungen besteht. Die Lehrer verdienen sich so das nötige Zubrot oder arbeiten als Taxifahrer. Ähnlich ist die Situation in öffentlichen Krankenhäusern: Eine angemessene medizinische Behandlung können die unterbezahlten Ärzte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht bewerkstelligen. Ein umfassender Protest der Ärzte im Jahr 2012 gegen diese Bedingungen wurde nach einer Intervention der Muslimbruderschaft im Ärzte-Syndikat schlicht bis 2013 „ausgesetzt“.

Kurz gesagt: Solange die Gewerkschaften sich nicht von politischer Einflussnahme freimachen und nicht geeint und gut vernetzt agieren, werden Arbeitsproteste die Arbeitsbedingungen nur begrenzt ändern können.

Friedmaar Salzner

Nach den Aufständen

Die neue Schrift des „Comité invisible“ - Eine Kritik

Gleich mit dem ersten Satz machen die unbekannten AutorInnen vom Unsichtbaren Komitee (UK) deutlich, was ihr neuester Text „An unsere Freunde“ von dem 2008 verfassten Text „Der kommende Aufstand“ trennt: „Die Aufstände sind also gekommen. In so schneller Abfolge, seit 2008, und in so vielen Ländern, dass das ganze Gefüge dieser Welt auseinanderzubrechen scheint“. Damit stellen die AutorInnen gleich zu Beginn klar, dass die kommenden Aufstände bereits der Vergangenheit angehören, aber nur zu Elitenwechsel und in manchen Ländern wie in Ägypten zu einer noch repressiveren Herrschaft geführt haben. „Die Aufstände sind gekommen, nicht die Revolution“, beschreiben die AutorInnen das Offensichtliche. Doch den Versuch einer Analyse, wieso die Aufstände in verschiedenen Ländern nicht zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Umbruch führten, sucht man in dem Buch vergeblich. Das beginnt schon damit, dass die Begriffe Aufstand und Revolution nicht klar definiert und abgegrenzt werden. So bleibt offen, ob die AutorInnen Aufstand und Revolution gleichsetzen. Wenn nicht, wäre es interessant zu erfahren, wie sie sich das Verhältnis von Aufstand und Revolution vorstellen. Vor allem wird auch nicht erklärt, wer die Träger der Aufstände in den letzten Jahren waren und welche Rolle darin ProletarierInnen spielten. Eine Auseinandersetzung mit dieser Frage wäre schon deshalb sehr sinnvoll gewesen, weil in der Regel eine englischsprechende, via Facebook, Handy und Internet kommunizierende Mittelschicht zu den ProtogonistInnen der Aufstände erklärt wird. Die Rolle der ArbeiterInnen wird ignoriert oder als unbedeutend abgetan. Dabei wird unterschlagen, dass es sowohl in Ägypten als auch in Tunesien und dem Jemen ArbeiterInnen zumindest beim Beginn der Aufstände eine wichtige Rolle spielten. In Ägypten gehörten große Streiks in der Textilindustrie zur Vorgeschichte des Aufstands. Doch in diesen Ländern gab keine eigenständige Organisierung der ArbeiterInnen, was dazu führte, dass die Mittelschicht das Gesicht des Aufstands bildete, der dann nur ein Elitentausch wurde. Dass die AutorInnen sich diese Fragen nicht stellen, verweist auf den blinden Fleck des UK, ihre Ignoranz gegenüber proletarischen Kämpfen aller Art.

Dafür lesen wir bei ihnen als Antwort auf die Frage, warum aus den Aufständen keine Revolution wurde, solch kryptische Sätze: „Vielleicht können wir fragen, was in uns dem Feind einen Ansatzpunkt bietet, sodass wir nicht zufällig, sondern häufig scheitern. Vielleicht können wir fragen, was zum Beispiel noch links ist an den Revolutionären und sie nicht nur scheitern lässt, sondern einem allgemeinen Hass aussetzt. Ein gewisser Anspruch auf moralische Hegemonie, die sie sich gar nicht leisten können, ist ein Fehler, den sie von der Linken geerbt haben. Ebenso die unhaltbare Anmaßung, die richtige Lebensweise vorschreiben zu wollen – die wirklich fortschrittliche, aufgeklärte, moderne, korrekte, dekonstruierte, einwandfreie. Eine Anmaßung, die Mordgelüste in allen weckt, die sich dadurch unwiderruflich ins Lager der Reaktionären-Konservativen-Altmodischen gestoßen fühlen.“

Meinen die AutorInnen tatsächlich, dass die Political Correctness der Linken dafür verantwortlich ist, dass die Aufstände nicht zu einer gesellschaftlichen Umwälzung führten? Und wer sind die Kräfte, die Mordgelüste gegen diese Revolutionäre hegen? Wenn man weiß, dass das Unsichtbare Komitee auch den ukrainischen Maidan-Aufstand zu den gescheiterten Aufständen zählt, kann man immerhin ahnen, wer gemeint sein könnte.

Nun könnte ja an der Kritik an einer Linken, der es mehr um die richtige Lebensweise als um eine Gesellschaftsveränderung steht, durchaus mehr als ein Körnchen Wahrheit sein. Doch da das UK keine Klassengesellschaft kennt und die Arbeiterklasse als etwas Vorgestriges sieht, stellen sie sich gar nicht die Frage, ob der von ihnen kritisierte moralische Hegemonie der Linken, nicht der Versuch eines globalen Mittelstandes ist, die eigenen Vorstellungen vom richtigen Leben für allgemeingültig zu erklären. Daher klingt das Lamento des UK fast schon wie die Klage konservativer KulturkritikerInnen gegen Political Correctness.

Hacker statt streikende ArbeiterInnen

Da ist es auch nur konsequent, dass das UK die Figur des Hackers in den Mittelpunkt stellt, wenn es darum geht, Daten- Waren- und Kapitalströme zu unterbrechen. Dass es in verschiedenen Ländern wie in Norditalien langanhaltende Arbeitskämpfe in der Logistikbranche gab, wird vom UK nicht erwähnt. Dass aber ein Streik auf diesen Sektor, wenn mehrere Länder mit einbezogen wären, eine effektive Unterbrechung von Waren- und Kapitalströmen bedeuten würde, kommt den AutorInnen gar nicht in den Sinn. Dabei wären für einen solchen transnationalen Arbeitskampf im Logistikbereich Selbstorganisationsprozesse die Voraussetzung. Die Hacker aber sind, selbst wenn sie kollektiv handeln, bestenfalls eine kleine Gruppe von SpezialistInnen und ExpertInnen. So wird auch deutlich, wie die Ausblendung des Proletariats auch dem Ziel des UK zuwiderläuft, Kämpfe möglichst ohne Hierarchien und Repräsentation zu führen.

Peter Nowak

Literatur:

Unsichtbares Komitee: An unsere Freunde
Aus dem Französischen von Birgit Althaler
Broschur, 192 Seiten, mit 10 S-W-Fotos illustriert.
Edition Nautilus, 2015
(D) 16 Euro
ISBN: 9783894018184

Gegen den Faschismus!

Die linke Partisanenbewegung in Jugoslawien und Kärnten während des Zweiten Weltkriegs

Alle linken Partisanenbewegungen im von den Nazis besetzten Europa hatten von Beginn an den Charakter einer internationalen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Dabei spielte für viele ausländische Freiwillige in den jeweiligen Partisanenverbänden neben dem Antifaschismus auch der proletarische Internationalismus als Motivation eine große Rolle. In so gut wie jeder dieser Widerstandsbewegung war die kommunistische Partei entweder ein wichtiger oder sogar der bestimmende Faktor. Die internationalen Freiwilligen waren anfangs oft Angehörige der politischen Emigration in den betroffenen Ländern, darunter viele ehemalige KämpferInnen der Internationalen Brigaden bzw. proletarischen Milizen in Spanien (1936–39). Auch von den Nazis verschleppte ZwangsarbeiterInnen schlossen sich fern ihrer Herkunftsländer den örtlichen PartisanInnen an. Zu ihnen stießen dann zahlreiche entflohene oder von den PartisanInnen befreite Kriegsgefangene der alliierten Streitkräfte.

In allen Partisanenformationen quer durch Europa finden sich deshalb entweder gemischte internationale Einheiten oder bewusst zusammengefügte Abteilungen, die aus AntifaschistInnen eines bestimmten Landes bestanden.[1] Sie alle waren von der Überzeugung getragen, gemeinsam mit den regulären Armeen der sogenannten Anti-Hitler-Koalition den Faschismus zu besiegen. Und tatsächlich nahm der Partisanenkampf in vielen von den Nazis besetzten Ländern zunehmend einen Massencharakter an und wurde so zu einem strategischen Faktor im Krieg gegen den Nazifaschismus. Dies galt insbesondere für die Sowjetunion und Jugoslawien sowie in geringerem Ausmaß für Frankreich und Italien.

Ausmaß des bewaffneten Widerstandes in Europa

Schätzungsweise fünf Millionen PartisanInnen und andere Angehörige bewaffneter Widerstandsgruppen kämpften während des Zweiten Weltkriegs gegen die verschiedenen faschistischen Truppen. Sie töteten dabei etwa eine Million faschistischer Soldaten und KollaborateurInnen, ließen ca. 25 000 Nachschubzüge entgleisen und sprengten mehr als 15 000 Brücken. An Material der faschistischen Truppen zerstörten die PartisanInnen über 75 000 Fahrzeuge, etwa 2 000 Geschütze, 1 000 Flugzeuge und 4 000 Panzer.[2] Außerdem erbeuten sie Unmengen an Waffen, sodass der überwiegende Teil der militärischen und technischen Ausrüstung der PartisanInnen dem Gegner im Kampf abgenommen wurde. Aberdutzende faschistischer Divisionen wurden durch den Partisanenkrieg gebunden und fehlten der Wehrmacht an den regulären Fronten. Zudem störten die PartisanInnen in erheblichen Maße die Rüstungsproduktion sowie die Nachschubverbindungen.

In vielen Ländern waren die Partisaneneinheiten für AntifaschistInnen die lang ersehnte Möglichkeit, endlich aktiv und bewaffnet gegen Nazideutschland und seine Verbündeten kämpfen zu können. Dies galt besonders für NazigegnerInnen aus Deutschland und Österreich. In Exilländern wie Frankreich, Belgien, den Niederlanden und der Sowjetunion reihten sich viele aus Nazideutschland Emigrierte sofort in die Widerstands- und Partisanengruppen ein. Neben den Angehörigen der politischen Emigration waren es desertierte Soldaten der Wehrmacht, die den Kern der PartisanInnen aus Deutschland bildeten. Diese Deserteure bildeten im gesamten Zeitraum des Krieges den Hauptteil der deutschen PartisanInnen. Insgesamt desertierten über 100 000 Soldaten aus der Wehrmacht. Knapp 23 000 sogenannte Fahnenflüchtige wurden zu Tode verurteilt und viele von ihnen noch in den letzten Kriegstagen erschossen. Deserteure und deutsche PartisanInnen werden bis heute in Fortführung der NS-Propaganda und -Justiz in der BRD als »Verräter« verleumdet und dementsprechend behandelt. Im Gegensatz zu ehemaligen SS-Angehörigen wurden den übergelaufenen Wehrmachtssoldaten in rentenrechtlicher Hinsicht keine Ansprüche aus dieser Zeit zuerkannt. In der DDR wechselte die Behandlung von deutschen PartisanInnen – etwa aus Jugoslawien – je nach politischer Großwetterlage, da die »Kommunistische Partei Jugoslawiens« (KPJ) 1948 aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen wurde.

Die antifaschistische Partisanenbewegung in Jugoslawien

Die nach der Sowjetunion[3] stärkste Partisanenbewegung entstand in Jugoslawien. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht am 6. April 1941 kapitulierte die königlich-jugoslawische Armee bereits am 17. April bedingungslos. Nun standen deutsche, italienische, ungarische und bulgarische Truppen in Jugoslawien[4] und zerstückelten das Land. Alle vier Besatzungsmächte verleibten sich jugoslawische Gebiete in ihr jeweiliges Staatsgebiet ein und Kroatien wurde ein eigener Staat mit einer faschistischen Regierung. Am 21. April kapitulierte auch das gleichzeitig überfallene Griechenland.[5]

Entgegen der Komintern-Linie[6] begrüßten die illegalen Widerstandsgruppen innerhalb Nazideutschlands auf Flugblättern den sofort beginnenden Partisanenkampf in Jugoslawien und Griechenland schon vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Als am 4. Juli 1941 die jugoslawische KP zum allgemeinen Aufstand gegen die faschistischen Besatzer aufrief, operierten bereits mehrere kleine Partisanengruppen in verschiedenen Teilen des Landes. Im Frühjahr und Sommer 1941 brachen in allen Landesteilen bewaffnete Aufstände aus und Ende September kontrollierten die antifaschistischen PartisanInnen und die serbischen nationalistisch-monarchistischen Tschetniki-Verbände mehr als zwei Drittel Serbiens und fast ganz Montenegro. Der Generalsekretär der KPJ, Josip Broz (Kampfname »Tito«), wurde zum Oberbefehlshaber der antifaschistischen PartisanInnen ernannt. Tito war ein kroatischer Bauernsohn, der mit 15 Jahren eine Schlosserlehre absolvierte und danach als Mechaniker arbeitete. Er nahm an der Russischen Revolution 1917 teil und war Mitglied der Roten Garde in Petrograd. Zurück in Jugoslawien arbeitete er u.a. in einer Werft an der Adriaküste und wurde Sekretär der Metallgewerkschaft und Mitglied der (illegalen) KP. Tito ging 1936 nach Spanien, um bei den Internationalen Brigaden gegen den Franco-Faschismus zu kämpfen. Die KPJ übernahm gleich zu Beginn der Aufstände eine organisatorische Führungsrolle, da sie wegen ihrer illegalen Tätigkeit im ehemaligen Königreich auf eigene Erfahrungen als Untergrundbewegung zurückgreifen konnte. Die großen Geländegewinne der jugoslawischen PartisanInnen im Sommer 1941 waren u.a. dadurch möglich geworden, da mehrere deutsche Divisionen an die Ostfront abgezogen worden waren. Der antifaschistische Widerstand konnte zu dieser Zeit auch eine Fabrik zur Herstellung leichter Waffen (Gewehre, Bomben und Munition) in Uzicz in Westserbien aufbauen. Die Befreiung eines weiten zusammenhängenden Gebietes in Westserbien, das der Größe nach der Schweiz entsprach, war im Herbst 1941 die erste bemerkenswerte militärische Niederlage der siegesgewohnten Nazis im besetzten Europa. Nach den Erfolgen der PartisanInnen verlegten die Nazis eilig aus Frankreich, Griechenland und von der deutsch-sowjetischen Front Verstärkungen nach Jugoslawien. In einer großangelegten Offensive zwangen sie die PartisanInnen in schweren Kämpfen sich in die Berge zurückzuziehen. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt liefen deutsche Soldaten zu den PartisanInnen über. Des weiteren stießen vereinzelt Angehörige der deutschstämmigen Minderheit zu den antifaschistischen KämpferInnen.

Die deutschen Besatzungstruppen überzogen Jugoslawien mit einem unvorstellbaren Terrorregime. Es kam zu Massenerschießungen in der Zivilbevölkerung, Judenverfolgung, dem Niederbrennen von Häusern und ganzen Ortschaften und der Verschleppung von Familienangehörigen der PartisanInnen in Konzentrationslager. Zudem erging eine Anweisung der Generalität der Wehrmacht an ihre Einheiten in Südosteuropa, für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Geiseln und für jeden verwundeten 50 Geiseln zu erschießen. An den Massakern beteiligte sich auch die faschistische Ustascha-Regierung in Kroatien, indem sie 100 000 SerbInnen und zehntausende Jüdinnen und Juden sowie Roma ermordete.

Nachdem die faschistische Besatzungsmächte zum Jahresende 1941 vorübergehend wieder die Initiative ergriffen und die PartisanInnen aus Serbien und Montenegro nach Ostbosnien zurückgedrängt hatten, musste die antifaschistische Bewegung darauf reagieren. Die bisherige Strategie mit lokalen und regionalen Territorialverbänden, die sich überwiegend aus der bäuerlich Bevölkerung zusammensetzten und starr, das heißt nur vor Ort agierten, musste überdacht und ergänzt werden. Daher wurde am 21. Dezember 1941 mit der Ersten Proletarischen Brigade die erste offensiv und überregional operierende gesamt-jugoslawische Kampfeinheit gebildet. Später erfolgten noch weiter Gründungen von Proletarischen Brigaden. Durch ihre starke Motivation und die relativ gute Ausrüstung stellten die Proletarischen Brigaden so etwas wie die Eliteeinheiten des antifaschistischen Widerstandes dar. Sie waren zudem der deutlichste Ausdruck für eine sozialrevolutionäre Politik im damaligen Jugoslawien, da sie unmissverständlich für antikapitalistische und multiethnische Vorstellungen und Positionen standen. Genau aus diesem Grund polemisierte Stalin in Moskau heftig gegen die Aufstellung der Proletarischen Brigaden. Der sowjetische Staatschef wollte die Westalliierten nicht mit – wie er es ausdrückte – »sozialrevolutionären Experimenten« verängstigen!

Foto: Sl-Ziga - Gemeinfrei über Wikimedia Commons

Das PartisanInnenlazarett „Franja“

Neuordnung der sozialen Verhältnisse

Während des Kampfes gegen die faschistischen Besatzer leiteten die linken PartisanInnen in Jugoslawien so etwas wie eine soziale Revolution ein. Bis zur Kapitulation des Königreichs 1941 hatten in Jugoslawien feudale Verhältnisse vorgeherrscht und die serbischen Tschetniki-Verbände kämpfen für deren Wiederherstellung. In den befreiten Gebieten entstanden unter dem Schutz der antifaschistischen PartisanInnen Räte, sogenannte Volksbefreiungsausschüsse, die das öffentliche Leben sofort neu gestalteten. Diese lokalen und regionalen Räte wurden zu einem »Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens« (AVNOJ) zusammengefasst. In den Jahren 1942 und 1943 traten jeweils gesamt-jugoslawische Delegiertenversammlungen in den bosnischen Städten Biha und Jaice zusammen, um über die Fragen des Befreiungskampfes und der revolutionären Neuordnung der Gesellschaft zu beraten sowie um eine Verfassung für eine neue föderativ-sozialistische Republik zu beschließen. Bei der grundlegenden Neuordnung der sozialen Verhältnisse kam es der antifaschistischen Bewegung sicherlich zugute, dass sich Stalin und Churchill auf einen jeweils fünfzigprozentigen Einfluss in Jugoslawien geeinigt hatten. Im Gegensatz dazu ließen die Westalliierten nach dem Krieg beispielsweise in Italien und Griechenland keine »sozialistischen Experimente« zu und intervenierten im griechischen Bürgerkrieg (1945-1949) massiv zugunsten der rechten und bürgerlichen Kräfte.

Auch das Geschlechterverhältnis geriet in Jugoslawien in Bewegung. Der Frauenanteil bei den PartisanInnen schwankte zwischen 5 und 15 Prozent. Über 100 000 Frauen kämpften bei den jugoslawischen PartisanInnen, wovon ca. ein Viertel im Kampf fiel. Etwa 2 000 Partisaninnen erlangten den Offiziersrang. Dazu kamen noch Sanitäterinnen, Ärztinnen und Kurierinnen. In den befreiten Gebieten organisierten Zivilistinnen eine »Antifaschistische Frauenfront«, die an der Neuordnung des sozialen Lebens durch die Befreiungsbewegung mitarbeitete und dabei auf erweiterte Rechte von Frauen bestand. Im Herbst 1942 führten die Volksbefreiungsräte in den von der Widerstandsbewegung kontrollierten Gebieten das passive und aktive Wahlrecht für Frauen und Männer über 18 Jahren ein. Die antifaschistischen Frauenkomitees arbeiteten auch in den besetzten Gebieten – wenngleich notgedrungen im Geheimen. Die Frauen organisierten zudem nahezu die gesamte Parteiarbeit der KPJ, da fast alle Männer in den Wäldern und Bergen waren. Des weiteren leisteten die Frauen Wachdienste und Patrouillengänge um die Ortschaften. Sie waren als Kurierinnen unterwegs, brachten verwundete KämpferInnen unter Lebensgefahr aus den Kampfgebieten, sprengten Telefonzentralen und Strommasten und führten Attentate gegen leitende Nazis durch.[7] Tausende dieser antifaschistischen Frauen landeten in den faschistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Internationale Freiwillige

In den Reihen der jugoslawischen PartisanInnen gab es 1943 bereits italienische (Garibaldi-Division), tschechische (Jan-Zizka-Brigade), ungarische (Sandor Petöfi-Bataillon) und französische (Bataillon Liberté) Einheiten sowie weitere KämpferInnen aus Bulgarien Österreich, der Slowakei und der Sowjetunion. Im August 1943 wurde das deutsche Thälmann-Bataillon innerhalb der jugoslawischen Partisanenarmee gebildet. Dazu wurden viele deutsche PartisanInnen aus den jugoslawischen Verbänden herausgenommen, was diese nicht so gern sahen, da viele deutsche KämpferInnen in den jeweiligen Einheiten wichtige Funktionen inne hatten. Als Einsatzgebiet wurde dem Thälmann-Bataillon Slawonien zugewiesen, da dort viele Dörfer mit deutschstämmiger Bevölkerung existierten. Die zunächst 40 Leute starke Einheit zog durch noch nicht befreite Ortschaften und hielt auf öffentlichen Versammlungen Ansprachen an die Angehörigen der deutschen Minderheit. So wuchs das Bataillon auf 200 KämpferInnen an, da neben weiteren deutschen PartisanInnen aus anderen Einheiten noch desertierte Wehrmachtssoldaten und deutschstämmige JugoslawInnen dazu stießen. Gerade letztere kamen der Einberufung in die Wehrmacht zuvor, indem sie sich stattdessen den PartisanInnen anschlossen. Als erste Aktion zerstörte das Bataillon zwei Kilometer Eisenbahnlinie und zwei Brücken der Strecke Belgrad-Zagreb. Danach beteiligte es sich an der Zerschlagung von Gestapo- und Gendarmeriestützpunkten. Eine schwere Niederlage erlitt das Thälmann-Bataillon zusammen mit zwei anderen Bataillonen der 18. Brigade bei Mikleušam Fluss Vojilovica. Nach tagelangen Gefechten wurden die PartisanInnen von faschistischen Panzern überrollt und viele, die fliehen wollten, ertranken im Fluss. Über 60 deutsche AntifaschistInnen des Bataillons liegen bei Mikleu in einem Gemeinschaftsgrab. Die deutsche Partisaneneinheit musste neu formiert werden und beteiligte sich danach in kleinerer Kompaniestärke weiter an den Kämpfen gegen die Wehrmacht, die faschistischen Ustascha- und nationalistischen Tschetnikiverbände.[8]

Aufschwung und Sieg der PartisanInnen

Einen erneuten Aufschwung nahm die Partisanenbewegung in Jugoslawien nach der Kapitu-

Anmerkungen

[1] Neben rein praktischen Erwägungen (wie etwa dem Sprachproblem), sollte diese Maßnahme auch eine propagandistische Wirkung nach außen erzielen.

[2] Heinz Kühnrich: Der Partisanenkrieg 1939-1945. Dietz Verlag, Berlin 1965.

[3] In der UdSSR operierten etwa eine Million antifaschistische PartisanInnen vorwiegend in Belarus und der Ukraine.

[4] Neben Finnland, Rumänien und der Slowakei waren auch Ungarn und Bulgarien Verbündete der faschistischen Achsenmächte.

[5] Der Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland war ursprünglich von der NS-Spitze gar nicht vorgesehen, da sie alle Anstrengungen auf den Überfall auf die Sowjetunion konzentrierte. Die Generalität der Wehrmacht machte der Regierung klar, dass vor den Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion die südosteuropäische Flanke gesichert werden müsste.

[6] Offiziell galt zu diesem Zeitpunkt noch der »Hitler-Stalin-Pakt«. Deshalb untersagte Moskau allen kommunistischen Parteien ein bewaffnetes Vorgehen gegen die Nazis.

[7] Barbara N. Wiesinger: Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941-1945). Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2008.

[8] Heinz Kühnrich; Franz-Karl Hitze: Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945. GNN Verlag, Schkeuditz 1997.

lation Italiens und dem Waffenstillstand vom 8. September 1943. Die PartisanInnen gingen sofort gegen die italienisch besetzten Küstengebiete in Slowenien und Dalmatien vor, um an die Waffen und Ausrüstung der italienischen Armee zu gelangen. Dies gelang auch und mit den erbeuteten Waffen konnten ca. 80 000 PartisanInnen neu ausgerüstet werden. Zusätzlich lief ein Teil der italienischen Soldaten zu den PartisanInnen über. Daraufhin verlegten die Nazis nochmals sieben Divisionen nach Jugoslawien, um wenigstens die Häfen an den Küsten zurückzuerobern, was ihnen bis Ende 1943 auch gelang. Das Hinterland kontrollierten jedoch zu weiten Teilen die PartisanInnen.

Die Westalliierten unterstützten bis in die zweiten Hälfte des Jahres 1943 nur die serbischen Tschetniki, die sich auf den jugoslawischen König sowie die monarchistische Exilregierung in London bezogen. Erst als die antifaschistischen PartisanInnen eine immer stärkere Eigendynamik entwickelten und in allen Landesteilen auf dem Vormarsch waren, machten die Westalliierten eine Kehrtwende und unterstützten auch den linken antifaschistischen Widerstand. Welchen Einfluss die PartisanInnen mittlerweile auf den Fortgang des Zweiten Weltkriegs ausüben konnten, kann aus einem kurzen Vergleich abgelesen werden. Ende 1944 waren die Besatzungsmächte gezwungen, gegen die 51 jugoslawischen Divisionen (mit etwa 500 000 KämpferInnen) 40 Divisionen mit rund 580 000 Soldaten einzusetzen. Zur selben Zeit standen an der italienischen Front den 24 alliierten Divisionen 28 deutsche Divisionen mit ungefähr 350 000 Mann gegenüber.[9]

Die endgültige Befreiung Jugoslawiens durch die linke Partisanenbewegung, die, wie schon erwähnt, im Sommer 1944 bereits eine Stärke von 500 000 KämpferInnen erreicht hatte, begann von Serbien aus (Belgrad wurde im Oktober 1944 befreit) und zog sich bis zum 15. Mai 1945 hin. Noch bis zu zwei Wochen nach der offiziellen Kapitulation Nazideutschlands kämpften Reste der Wehrmacht und SS-Einheiten zusammen mit Ustascha- und Tscheniki-Einheiten in Slowenien weiter. Die jugoslawische Partisanenbewegung, aus spontanen kleinen Gruppen und Abteilungen entstanden, bestand am Ende des Kriegs schließlich aus 800 000 KämpferInnen.

Die Partisanenbewegung in Kärnten

Eine Ausnahmestellung nahm der Partisanenkampf in Kärnten ein, da er der einzige dauerhafte bewaffnete Widerstand auf den Boden Nazideutschlands selbst war. 1939/40 widersetzten sich einige Kärntner Slowenen dem Einberufungsbefehl zur Wehrmacht und versteckten sich in den Wäldern und Bergen. Zu ihnen gesellten sich bald entflohene Wehrmachtssoldaten und so entstand ein erster Kern einer Widerstandsbewegung. Sie holten die versteckten Waffen hervor, die KämpferInnen des »Republikanischen Schutzbundes« beim gescheiterten Arbeiteraufstand vom Februar 1934 (in Linz, Wien und anderen Industrieorten wie Steyr, St. Pölten, Graz usw.) zurückgelassen hatten. Die WiderstandskämpferInnen legten Verstecke und Depots in den Wäldern und Felswänden an und gingen immer wieder in die Täler und Ortschaften, um dort unter der slowenischsprachigen Bevölkerung antifaschistische Propaganda zu betreiben. Als Rückzugsgebiet nutzten sie das nahe Jugoslawien. Diese ersten Gruppen wurden als sogenannte »Grüne Kader« bekannt und waren, trotzdem nur schlecht bewaffnet, häufig in Scharmützel mit der Polizei verwickelt. Die Mehrzahl der »Grünen Kader« ging in den ersten Partisanengruppen auf, die sich Ende 1941 in Südkärnten am Karawankengebirge bildeten. Neben bewaffneten Gruppen entstanden auch erste Ausschüsse und Komitees der »Osvobodila Fronta« (OF – Befreiungsfront), die die politische Organisation des Widerstandes war. Tragende Kraft der Befreiungsfront war die KP Sloweniens (KPS).

Im August 1942 kam es zu ersten größeren Gefechten zwischen einem slowenischen Bataillon und der SS in Kärnten. Im darauffolgenden Monat führten die Nazis eine Offensive mit 20.000 Mann durch, die jedoch keinen Erfolg hatte. Die Kärntner PartisanInnen erhielten massive Unterstützung aus der Bevölkerung, die ihnen nicht nur Verpflegung zukommen ließ, sondern als eine Art Nachrichtendienst fungierte. Ende 1942 arbeiteten bereits dutzende von Ortsausschüssen der OF in allen Teilen Kärntens, auch in den größeren Städten Klagenfurt und Villach. Die Verbindungen reichten schon zu diesem Zeitpunkt bis nach Graz. Diese Kontakte mündeten in eine dauerhafte Zusammenarbeit mit österreichischen AntifaschistInnen sowie der KPÖ.

Durch diese Kooperation ermutigt, ordnete der Hauptstab der slowenischen PartisanInnen in Jugoslawien an, dass ein erstes Bataillon in Kärnten gebildet wird, dass sich ausschließlich aus Kärntner SlowenInnen zusammensetzen und nur in Kärnten operieren sollte. Dieses »1. Kärntner Bataillon« weitete bald seine Aktionen auch nach Ostkärnten aus, wobei Propaganda unter der Bevölkerung und Überfälle auf Polizeistationen im Mittelpunkt der Aktivitäten standen.

Ab Mai 1944 erhielten die Kärntner PartisanInnen britische Waffenlieferungen, die aus Flugzeugen abgeworfen wurden. In Österreich war inzwischen als überparteiliche antifaschistische Organisation für deutschsprachige ÖsterreicherInnen sowie für Angehörige der slowenischen Minderheit die »Österreichische Freiheitsfront« (ÖFF) entstanden, die seit 1944 eine Kampagne für den Beitritt zu den PartisanInnen im ganzen Land entfaltete. Daraufhin meldeten sich immer mehr Freiwillige aus Klagenfurt, Villach und der Steiermark. Viele österreichische AntifaschistInnen unterstützten die PartisanInnen auch mit Lebensmittel, technischer Ausrüstung und Sanitätsmaterial.

In den ersten beiden Jahren des Kampfes bildete die Drau eine Barriere, da die Polizei- und SS-Kräfte die wenigen Brücken über den Fluss scharf bewachten. Im Sommer 1944 operierten dennoch schon drei Einheiten nördlich der Drau und dehnten ihre Aktivitäten bis in die Steiermark aus. Vor allem die kleinen deutschsprachigen Einheiten wurden in den Norden und somit in das Zentrum Österreichs geschickt. Unter ihnen befanden sich ehemalige Schutzbündler und SpanienkämpferInnen. Die Nazis fürchteten nichts so sehr wie die Ausweitung der Kämpfe in andere Regionen des Landes. Deswegen warfen sie immer wieder starke SS-Verbände nach Kärnten und verstärkten besonders das Drautal. Sie konnten jedoch nichts mehr an der Tatsache ändern, dass die Kärntner PartisanInnen eine Front innerhalb Nazideutschlands etablieren hatten, noch dazu eine Front, die ständig wuchs und von den Nazis trotz mehrerer Großoffensiven nicht beherrscht werden konnte. Im August 1944 verließen die Kärntner PartisanInnen erstmals ihre bisherige Taktik und griffen Naziverbände auch frontal an. Sie konnten immer offener agieren und den SS-Einheiten empfindliche Schläge zufügen. Seit Oktober 1944 entstanden auch innerhalb der jugoslawischen Partisanenformationen österreichische Bataillone. Immer mehr AntifaschistInnen aus Wien und Graz gingen in die Berge, genauso wie österreichische Kriegsgefangene aus der Sowjetunion sowie weiterhin Deserteure der Wehrmacht. Am 7. Mai 1945 marschierten schließlich die PartisanInnen in Klagenfurt/Celovec ein, entwaffneten die letzten Nazieinheiten und befreiten die Landeshauptstadt.[10]

Nach dem Sieg über Nazideutschland verfolgten die britischen Militärs vor allem die kommunistischen Kader der Kärntner PartisanInnen, parallel zu ihrem Vorgehen gegen andere Widerstandsbewegungen in den befreiten Ländern Europas. Diese Politik setzte sich auch im besiegten und befreiten Deutschland fort. Britische Militär- und Geheimdienstangehörige folterten systematisch Frauen und Männer, die sie für KommunistInnen und SympathisantInnen der Sowjetunion hielten. Dazu betrieb das britischen Kriegsministerium in Nachkriegsdeutschland zahlreiche (auch geheime) Verhörzentren. In Jugoslawien waren die antifaschistischen PartisanInnen nach dem Krieg gefeierte HeldInnen, in Deutschland und Österreich wurden sie zu Verfolgten und nicht wenige verschwanden hinter Gefängnismauern.

Rache und Erschießungen nach dem Krieg

Doch wieder zurück zu den Ereignissen in Jugoslawien. Die PartisanInnen befreiten das Land weitgehend ohne sowjetische Hilfe, allerdings mit großen Verlusten. Deutsche Vergeltungsmaßnahmen an der Zivilbevölkerung, die Völkermordpraxis der kroatischen Ustascha, der Kampf mit den serbischen Tschetniki und die Kampfhandlungen gegen die Besatzer forderten weit über 500 000 Opfer. Im Laufe des Krieges sank die Einwohnerzahl von 15 Millionen Menschen um 1,7 Millionen. Davon starben 305 000 direkt an der Front bei Kampfhandlungen.[11]

Die Landbevölkerung sowie die ArbeiterInnen aus allen Teilen und Regionen Jugoslawiens hatten mit eigenen Kräften ihr Land befreit und nach ihren Vorstellungen eine neue sozialistische Bundesrepublik aufgebaut. Dieser Kampf und die Rolle, die die PartisanInnen dabei eingenommen hatten, wurden im Nachkriegs-Jugoslawien nicht nur ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses des sozialistischen Staates, sondern geradezu überhöht und mythologisiert. Diesem Mythos stehen die in der Realität gegen die ehemaligen Besatzer und den Kollaborateuren verübten Rachemaßnahmen entgegen. Der Kollaboration wurden alle bezichtigt, die nicht aktiv am Widerstand beteiligt waren. Es kam zur Vertreibung, Enteignung, Internierung und Ermordung von Angehörigen der deutschstämmigen und italienischen Minderheit. Die Staatsmacht überzog nach Kriegsende das Land mit Hinrichtungen und regelrechten Massakern. Um den antifaschistischen Staatsgründungsmythos keine Kratzer zuzufügen, wurden Orte mit Massengräbern der Hingerichteten als militärische Sperrgebiete gegen die Öffentlichkeit abgeschirmt. In Slowenien und Kroatien verübten die antifaschistischen PartisanInnen am Ende des Krieges Massaker an tatsächlichen oder vermeintlichen Nazi-KollaborateurInnen. Insgesamt sollen etwa 30 000 KroatInnen und 14 000 SlowenInnen ohne Gerichtsverfahren von PartisanInnen in den Wäldern Sloweniens kurzerhand erschossen worden sein. Der linke jugoslawische Schriftsteller Tone Seliskar schrieb nach dem Krieg selbstkritisch:

»Wir haben die Rache als Programm und Inhalt mit Blut in unsere Herzen eingebrannt…«[12]

Die »Föderative Volksrepublik Jugoslawien«

Schon während des Kriegs waren die regionalen Räte (Volksbefreiungsausschüsse) in einem zentralen »Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens« (AVNOJ) zusammengeschlossen worden, um durch diese Zentralisation einerseits die Aktivitäten der lokalen und regionalen Ausschüsse zu koordinieren, aber andererseits auch, um diese besser steuern und unter Kontrolle halten zu können. Aus den gleichen Gründen setzte die KPJ des weiteren innerhalb der Partisanenformationen nach und nach eine strikt militärische Struktur durch, um sie ab Ende 1944 in eine reguläre Armee überführen zu können. Die Umformung der autonomen Organe und selbstverwalteten Strukturen, die während des Kriegs an der Umgestaltung der Gesellschaft federführend beteiligt gewesen waren, führte dazu, dass diese Strukturen nach der Befreiung nahtlos die Gestalt von Exekutivorganen der staatlichen Macht annehmen konnten.

Auch die Stellung der Frau in der Gesellschaft hatte sich zwar gegenüber den patriarchalfeudalen Verhältnissen im ehemaligen Königreich verbessert, war jedoch von einer realen Gleichstellung der Geschlechter weit entfernt. Am 6. Dezember 1942 hatte der KPJ-Vorsitzende und Oberbefehlshaber der PartisanInnen, Tito, auf dem Nationalkongress der »Antifaschistischen Frauenfront« in einer Rede noch verlauten lassen:

»Genossen, es ist offensichtlich, daß Frauen den Großteil der Bürden dieses Kampfes auf sich genommen haben, im Hinterland wie an der Front. Die Frauen Jugoslawiens, die in diesem Kampf so viele Opfer gebracht haben, die so standhaft in den ersten Reihen der Nationalen Befreiungsfront aushielten, sie sind berechtigt, eine Tatsache hier festzuhalten, für heute, für morgen und für immer: daß dieser Kampf auch für die Frauen selbst produktiv sein muß, daß ihnen niemand je wieder diese mit ihrem Blut getränkten Früchte entreißen kann. (…) Manche Leute im Ausland [eine Anspielung auf die konservative Exilregierung, Anm. d. Verf.] mögen hoffen, daß in Jugoslawien die alte Ordnung wieder siegen wird, daß die Frauen in die Küche zurückkehren und nichts mehr mitzureden haben werden. Aber, Genossen, die Frauen haben ihre Prüfung bestanden. Sie haben bewiesen, daß sie nicht nur fähig sind, den Haushalt zu führen, sondern auch, mit der Waffe zu kämpfen, und daß sie fähig sind, zu regieren und Macht auszuüben.«[13]

Von diesen hehren Versprechungen blieb nach der Befreiung nicht mehr viel übrig. Trotzdem die jugoslawische Staats- und Parteiführung bewusst einen anderen Kurs als beispielsweise in der Sowjetunion einschlug und die sozialen Veränderungen tatsächlich auch Resultat von Bewegungen von unten waren (Ausschüsse, Komitees, Partisanentum, etc.), führten die Entwicklungen langfristig nicht zu egalitären Verhältnissen. Zwar etablierte die KPJ, in Abgrenzung zum sowjetischen Vorgehen nach dem Zweiten Weltkrieg in den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern, einen föderativen (also nicht zentralistischen) Bundesstaat und ein System der Arbeiterselbstverwaltung. Zudem verzichtete die jugoslawische Staatsführung mit ihrem eigenständigen Kurs faktisch auf die wirtschaftliche Unterstützung aus der Sowjetunion (folgerichtig erfolgte 1948 der Bruch zwischen Belgrad und Moskau). Aber die ungewöhnliche Mischung aus parteikommunistischen Elementen (z. B. ein Einparteiensystem) und Selbstverwaltungsstrukturen hielt im Laufe der Zeit den realen Widersprüchen und widerstrebenden Interessen innerhalb der Gesellschaft nicht Stand.

Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

Das jugoslawische Modell der 1950 von oben gesetzlich eingeführten Arbeiterselbstverwaltung führte zur Entstehung einer sozialistischen Marktwirtschaft. Diese beruhte sowohl auf der Grundlage des Wertgesetzes als auch des kollektiven Eigentums. Die selbstverwalteten Betriebe sollten eine sozialistische Warenproduktion für den Tausch über Märkte bereitstellen. Es entstand ein Widerspruch zwischen den von gewählten Arbeiterräten mitverwalteten Betrieben und dem Rest der jugoslawischen Gesellschaft. Die Lohnabhängigen wurden zu TeilhaberInnen, die versuchten ihren Gewinn zu maximieren. Diese Belegschaften kämpften für Marktreformen und eröffneten Konfrontationen mit den politischen sozialistischen Institutionen in Jugoslawien. In dieser Logik erschienen Bündnisse der ArbeiterInnen mit dem Management und den TechnikerInnen ihrer Betriebe sinnvoller als mit Instanzen aus der offiziellen Politik bzw. dem sozialistischen Staat. Gleichzeitig gerieten die Arbeiterräte der selbstverwalteten Betriebe immer stärker unter Druck, Anreize für mehr Profitabilität zu schaffen, etwa durch Rationalisierung, professionelles Management oder über Lohnanreize. Damit zerstörten die (sozialistischen) Marktanforderungen den egalitären Anspruch der Anfangsjahre der südslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Je mehr den ArbeiterInnen klar wurde, dass die Arbeiterräte und die Selbstverwaltung nicht zur Emanzipation von der Lohnarbeit führen und die Entfremdung am Arbeitsplatz fortlebte, nahmen sie ein funktionales Verhältnis zur Arbeiterselbstverwaltung ein und misstrauten den rein formalen Rechten für Arbeitende. Die Arbeiterräte in Jugoslawien verwalteten die Betriebe und kamen so nicht dazu, sich auf allgemeiner Ebene für die politischen Interessen der ArbeiterInnen einzusetzen. Ihre Hauptaufgabe blieb das Management von Betrieben, anstatt als Ausgangspunkt für die direkte Durchsetzung der proletarischen Belange in der Gesellschaft zu fungieren. Die Autonomie der Betriebe, die oft zu Trennungen von den in der Gesellschaft bestimmenden politischen und staatlichen Strukturen führte, gebar noch ein weiteres Problem. Es kam zu einer ungleichen ökonomischen Entwicklung der jugoslawischen Regionen, unglücklicherweise auch noch entlang ethnischer Grenzen. Insgesamt stellte die südslawische Wirtschaft einen Kompromiss bzw. eine Zwischenlösung zwischen Plan- und Marktwirtschaft dar. In den 1960er Jahren zog sich der Staat schließlich zunehmend aus der Wirtschaft zurück und die autonomen Firmen setzten auf den Markt und ausländische Partner.[14]

Das jugoslawische Modell, das auf politischer Ebene eine gleichberechtigte Föderation der verschiedenen Regionen bedeutete und diese Autonomie auf ökonomischen Gebiet mit einer Arbeiterselbstverwaltung kombinierte, zerbrach schließlich an seinen eigenen Widersprüchen. In der multiethnischen »Sozialistischen Föderation Jugoslawien« hatte zwar zunächst die regionale Selbstverwaltung durchaus funktioniert, aber die bestimmenden politischen Kräfte bekamen die widerstrebenden Entwicklungen in der jugoslawischen Gesellschaft einfach nicht in den Griff. So führte die Begleichung der enormen Auslandsschulden in den 1980er Jahren u.a. zu einem Reallohnverlust von 40 Prozent und trieb das Land in den Ruin. Die sozioökonomischen Ungleichgewichte zwischen den nördlichen Teilrepubliken (Slowenien und Kroatien) und den übrigen Bundesstaaten (Serbien, Bosnien, Montenegro, Mazedonien) vertieften sich in der Folge und mündeten zuerst in einem innerjugoslawischen Wirtschaftskrieg und später in einem Bürgerkrieg.

Roman Danyluk

Anmerkungen

[9] Zahlenangaben laut einem Artikel von Dusan Kveder, Generalleutnant und Ausbildungschef der jugoslawischen Armee. Der Text mit dem Titel »Der jugoslawische Partisanenkrieg« erschien 1953 in der Allgemeinen schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ) und ist im Internet abrufbar.

[10] Die Darstellung der Ereignisse in Kärnten stützt sich im Wesentlichen auf: Karel Prusnik-Gasper: »Gemsen auf der Lawine. Der Kärntner Partisanenkampf. [Gamsi na Plazu] «. (2. Auflage), Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 1984.

[11] Siehe Dusan Kveder, »Der jugoslawische Partisanenkrieg«, a.a.O.

[12] Tanja von Fransecky; Andrea Rudorff; Allegra Schneider; Stephan Stracke (Hg.): »Kärnten, Slowenien, Triest. Umkämpfte Erinnerungen. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2010.

[13] Zitiert nach: Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutscher Besatzung«. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main 1989.

[14] Goran Music: »Jugoslawien: Arbeiterselbstverwaltung als staatliches Prinzip.« In: Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hg.): »Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute.«, S.216-238. Neuer ISP Verlag, Köln/Karlsruhe 2012.

Realexistierender Anarchismus

Projekt A – Eine Reise zu anarchistischen Projekten in Europa

Nachdem ihr langjähriges Projekt nun abgeschlossen ist, kommt der Dokumentarfilm Projekt A *der Regisseure Moritz Springer & Marcel Seehuber Anfang Februar in die Kinos. Vorab haben wir uns mit folgendem Interview schonmal einen Einblick verschafft.*

Woher kam die Idee zu dem Film?

Moritz: Ich habe Horst Stowasser 2008 auf einer Konferenz kennengelernt, die wir in der Gemeinschaft in Klein Jasedow veranstaltet hatten. Was er von Anarchie erzählt hat und die Leidenschaft, die ich dabei gespürt hab, das hat mich begeistert. Ich hab gedacht: „Da will ich mehr drüber wissen" – und das ist immer eine gute Ausgangssituation für einen Film. Stowasser fand die Idee super und so nahm das Projekt seinen Lauf. Marcel: Und ich habe das Buch *Anarchie!* von Horst Stowasser zum Geburtstag geschenkt bekommen, noch bevor Moritz und ich uns kennenlernten. Das Buch hat mir Lust auf eine ernsthafte politische Auseinandersetzung gemacht, es gab mir eine neue Perspektive und zeigte eine politische Idee auf, der ich mich verbunden fühlte. Da war es ein glücklicher Wink des Schicksals, dass Moritz, ich und das Filmprojekt zusammenfanden. Moritz: Das war etwa ein Jahr, nachdem ich Stowasser getroffen habe. Wir haben dann erstmal lange recherchiert und überlegt, wie wir den Film erzählen wollen. Zu drehen haben wir im November 2011 angefangen.

Wie war die Resonanz der Gefilmten?

Moritz: Bis jetzt haben Hanna Poddig, die Jungs vom Kartoffelkombinat und Margarita aus Athen den Film gesehen und alle waren begeistert. Während des Filmens und auch später, am Ende des Schnitts, gab es schon auch immer Diskussionen, was gezeigt werden soll oder was nicht. Wir mussten den Leuten erstmal vermitteln, was uns denn wichtig ist bzw. worum es uns in dem Film geht. Aber sobald das geklärt war, gab es ein Einverständnis untereinander und auch einen großen Vertrauensvorschuss von den Protagonisten uns gegenüber. Da sind wir extrem dankbar für und natürlich freuen wir uns, dass bis jetzt allen der Film gut gefallen hat. Das ist für mich nicht unbedingt selbstverständlich, weil die Bandbreite der gezeigten Projekte ja ziemlich groß ist.

Marcel: Und es gab natürlich auch Orte, an denen wir nicht drehen durften oder Menschen, die nicht gefilmt werden wollten. Das war in dem jeweiligen Moment dann manchmal frustrierend, aber unterm Strich macht es auch mehr Sinn, wenn die Menschen zusammenkommen, die einen ähnlichen Ansatz haben. Überhaupt ist natürlich zu sagen, dass der Umgang mit Medien, mit der Presse oder ganz einfach mit Kameras und Dokumentarfilmern wie uns in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist.

So einen Film zu machen kostet ja auch einiges. Wer hat denn mitfinanziert?

Moritz: Das Filmbüro MV, die kulturelle Filmförderung aus Mecklenburg-Vorpommern hat das Projekt schon in der Entwicklung gefördert. Das war eine extrem wichtige Unterstützung und ich bin wirklich froh, dass es noch kulturelle Filmförderungen gibt, die auch so ein Projekt unterstützen. MV hat dann auch die Produktion gefördert, die kulturelle Filmförderung NRW kam noch dazu. Gemessen an dem, was normalerweise ein Dokumentarfilm kostet, waren wir aber extrem unterfinanziert und konnten das ganze auch nur mit ganz viel Unterstützung von Freunden und alten und neuen Bekannten umsetzen. Beim Schneiden ging uns dann das Geld aus und so haben wir ,ne Crowdfunding Kampage gestartet, über die auch nochmal Geld reinkam. So kamen ungefähr 75.000 Euro zusammen mit denen wir den Film gemacht haben. Marcel: Das hört sich jetzt sicher für manche viel an, ist es aber für einen Dokumentarfilm dieser Größe nicht. Hätten nicht so viele Menschen über die vier Jahre hinweg umsonst oder für fast nichts gearbeitet und wir uns nicht an allen Ecken und Enden verschiedenste Dinge zusammengeschnorrt, dann hätten wir sicher mehr als 200.000 Euro Budget gebraucht.

Wie lange dauerten die Dreharbeiten?

Marcel: Unser erster Dreh war mit Hanna bei den letzten großen Anti-Castor Protesten im November 2011. Die Drehs im Ausland haben wir dann in mehreren Blöcken gemacht. Also meistens so drei Wochen am Stück in Griechenland oder eben dann in Spanien. In Deutschland war das einfacher, da haben wir immer wieder mal mit Hanna gedreht. Dazwischen haben wir dann wieder recherchiert oder uns um die Übersetzungen und Untertitelungen des Rohmaterials gekümmert. Abgesehen davon, dass wir noch andere Jobs zum Geld verdienen machen mussten. Ganz zum Schluss kam noch das Kartoffelkombinat dazu. Mit dem Nachdreh waren es dann insgesamt 61 Drehtage.

Gab's ein beeindruckendes Erlebnis oder eine beeindruckende Begegnung?

Moritz: Es gab ganz viele beeindruckende Erlebnisse. Der Film kam ja auch zustande, weil Marcel und mich das Thema ganz persönlich interessiert hat. Wir wollten sehen, wie sich Menschen anders organisieren, auch um zu sehen, wie wir das in unser eigenes Umfeld integrieren können. Insofern hatte jedes Projekt seinen ganz eigenen Erkenntnisgewinn. Zusammengefasst hat mir Griechenland gezeigt, dass ein System ganz schnell implodieren kann und du plötzlich die Staatsmacht in Form des Polizeiapparats zu spüren bekommst. Die Militanz der Griechen, auch auf einer ganz physischen Ebene hat mich da beeindruckt und abgeschreckt zugleich.

Hanna in Deutschland dagegen ist pazifistisch in ihren Aktionen, aber sehr radikal und zielgerichtet. In gewisser Weise die griechische Wut mit deutscher Effektivität gepaart.

In Spanien hat mich die große gesellschaftliche Vision beeindruckt, die dort in den Projekten mitschwingt. Da spürte ich den historischen Geist des Anarchismus am ehesten, der mich ganz persönlich ja auch zu dem Projekt gebracht hat. Dabei bleiben sie nicht in der Theorie stecken, sondern setzen sie in kleinen Schritten um. Das fand ich toll. Das Kartoffelkombinat war dann ein Projekt, das sehr konkret und sehr erfolgreich ein anderes Konzept von Wirtschaften und Eigentum umsetzt. Die arbeiten ganz undogmatisch und ohne anarchistisches Label an der Vision einer anderen Welt. Insofern hat jedes Projekt für mich einen ganz persönlichen Mehrgewinn und mir Mut gemacht, dass eine Transformation der Gesellschaft möglich ist.

Marcel: Ich kann mich dem nur anschließen – die Möglichkeit zu haben, sich so mit einem Thema auseinanderzusetzen, das einen interessiert, hat mich unglaublich bereichert. Das versuchen wir mit dem Film ja auch weiterzugeben. Hinzu kommt, dass wir in Altötting parallel zum Film auch unser Hausprojekt gestartet haben und da ganz viele Erfahrungen zusammenkamen und sich gepaart haben.



Quelle: Marcel Seehuber

Filmszene: AktivistInnen bei Castorblockade

Gibt es die Idee in ein paar Jahren bei den Projekten/Beteiligten nochmal vorbeizuschauen?

Moritz: Wir wollen auf jeden Fall in Rahmen einer Kinotour bei allen Projekten vorbeischauen.

Marcel: Also nicht in ein paar Jahren, sondern im kommenden Jahr. Nach der Tour durch Deutschland geht es erst nach Griechenland und dann nach Spanien. Da hat sich auch schon ein kleines Netzwerk gesponnen.



Quelle: Filmfest München

Die Filmemacher gewinnen den Publikumspreis in München

Wie kam die Auswahl zustande?

Moritz: Das war ein ganz organischer Prozess. Wir wussten, welche unterschiedlichen Bereiche wir abdecken wollten und haben dann erst von zu Hause aus und dann vor Ort nach den passenden Projekten gesucht.

Inwieweit sind die gezeigten Projekte/ProtagonistInnen Wegbereiter einer libertären Gesellschaft? Bzw. welche Rolle spielen sie als Wegbereiter einer libertären Gesellschaft?

Marcel: Ich denke, die Projekte und die Menschen in *Projekt A* sind ziemlich exemplarisch dafür, was an ganz verschiedenen Ecken in der Welt auf recht ähnliche Arten und Weisen passiert. Das macht auf der einen Seite Hoffnung, weil es eigentlich recht einfach ist loszulegen und man sehen kann, was wenige Menschen alles auf die Beine stellen können. Es sind zum Beispiel nicht viele Menschen, die sich um den Parko Navarinou kümmern oder die angefangen haben, die CIC aufzubauen. Das zeigt, dass wenn wir Menschen die Veränderung in der Welt wollen, wir sie halt einfach machen müssen. Auf der anderen Seite sieht man aber auch, dass die Bewegung nicht so groß ist, wie einem manchmal die reichhaltige anarchistische Literatur vermitteln möchte. Und dass es in der Praxis gar nicht so viele funktionierende Projekte gibt. So manche Idee aus den Büchern liest sich ganz gut, besteht aber dann den Praxistest nicht. Deshalb war unser Ansatz ja, wirklich hinzusehen, was Anarchisten machen um eine andere Welt zu ermöglichen. Welche Rolle sie für eine libertäre Gesellschaft spielen werden, wird davon abhängen, inwieweit die Projekte funktionieren. Werden sie uns ernähren? Uns ein Dach über dem Kopf geben? Uns mit dem versorgen was wir für ein gutes Leben brauchen?

Euer Film wurde mittlerweile schon mit einem Preis ausgezeichnet.

Moritz: Ja, wir haben auf dem internationalen Filmfest München den Publikumspreis gewonnen. Das hat uns riesig gefreut, weil dort nicht nur Dokumentarfilme, sondern vor allem auch internationale Spielfilme laufen. Dass sich das Publikum dann bei 180 Filmen für einen kleinen anarchistischen Film entscheidet, hat uns natürlich extrem gefreut und auch bestärkt in dem Gefühl, dass der Film eine Relevanz hat. Wenn du sechs Jahre an einem Projekt arbeitest, fragst du dich das natürlich zwischendrin.

Weißt Du, wie es den AkteurInnen im Moment gerade ergeht?

Marcel: Sie arbeiten mehr oder weniger an den im Film gezeigten Projekten. Einzeln darauf einzugehen würde hier wahrscheinlich den Rahmen sprengen, aber wir arbeiten daran, die Möglichkeit zu geben sich über unsere Website zu informieren und auch die einzelnen Menschen unterstützen zu können und Kontakt mit ihnen aufnehmen zu können.

Was ist Dein /Euer nächstes Projekt?

Moritz: Ich hab schon eine Idee für ein nächstes Projekt. Momentan gibt es aber mit dem Kinostart und dem ganzen anderen Kram, den es noch zu tun gibt, einfach nicht die Zeit sich hinzusetzen. Insofern wird es noch etwas dauern, bis es etwas Spruchreifes gibt. Aber inhaltlich ist es nah dran an *Projekt A*.

Marcel: Bei mir ist es genauso. Sobald es ein bisschen ruhiger wird, möchte ich an einem Drehbuch zu einem Spielfilm weiterarbeiten, das thematisch auch in die Richtung von *Projekt A* geht und mich schon länger beschäftigt. Aber es geistern auch einige ganz andere Ideen in meinem Kopf rum. Dokumentarisch könnte es in Richtung einer Welt ohne Menschen gehen. Das wär auch eine utopische Vorstellung. ;-).

Vielen Dank für das Interview!

Drehorte, Projekte und Menschen im Film

» Internationales Anarchistisches Treffen 2012 – St. Imier, Schweiz
Das größte anarchistische Treffen der jüngeren Geschichte mit ca. 3.000 TeilnehmerInnen.

» Confederación General del Trabajo (CGT) – Barcelona, Spanien
Anarchosyndikalistische Gewerkschaft mit rund 60.000 Mitgliedern.

» Parko Navarinou – Athen, Griechenland
Parkplatz, der 2009 besetzt und von AnwohnerInnen und AnarchistInnen zu einem öffentlichen Park umfunktioniert wurde.

» Hanna Poddig – Deutschland
Anti-Atom-Aktivistin, die mit Ankettaktionen Atomtransporte blockiert.

» Enric Duran – Spanien
Antikapitalistischer Aktivist, der 39 Banken um fast eine halbe Million Euro erleichterte und jetzt im Untergrund lebt.

» Cooperativa Integral Catalana (CIC) – Barcelona, Spanien
Von Enric Duran mitinitiierte Kooperative mit mehr als 2.000 Mitgliedern, die mithilfe von alternativen Währungsmodellen, eigener Produktion und Tauschhandel eine Transformation der Gesellschaft herbeiführen möchte.

» Kartoffelkombinat – München, Deutschland
Solidarische Landwirtschaft, die bereits nach zwei Jahren 450 Haushalte versorgt. Tendenz steigend. Das Kartoffelkombinat ist nach der Selbstdefinition der GenossInnen kein anarchistisches Projekt, im Kontext des Films ist es für uns dennoch von großem Interesse.

Produktionsländer: Deutschland / Spanien / Griechenland / Schweiz, Produktionsjahr: 2015, Länge: 84 Min.

Ein Blick auf die Regisseure von Projekt A

Moritz Springer, Regie & Buch
Geboren 1979 in Starnberg, träumte als Teenager zusammen mit ein paar Freunden von der eigenen Südseeinsel, bereiste nach der Schule Afrika und lebt inzwischen mit Freunden und Familie auf dem eigenen Hof in der Nähe von Berlin. Nach diversen Erfahrungen auf Spielfilmsets und eigenen kurzen Projekten realisierte er 2014 mit *Journey to Jah* sein Dokumentarfilmdebüt, mit dem es unter anderem den Publikumspreis auf dem Züricher Filmfest und den Preis der DEFA-Stiftung beim Max-Ophüls Preis gewann.

Filmographie (Auswahl)
2013 *Journey to Jah* Dokumentarfilm – Buch & Regie
2010 *Deutsch oder Polnisch* Dokumentarfilm – Co-Regie & Co-Autor
2007 *Alle anders – alle gleich* Dokumentation – Regie
2003 *Dem Chaos entsprungen* Dokumentarfilm – Regie & Buch
2002 *Der Zauberhut* Kurzfilm – Regie & Buch

Marcel Seehuber, Regie & Buch
Geboren 1976 in München, aufgewachsen in Altötting, subkulturelle Sozialisation in der DIY-Punkbewegung. Seit 1997 im Bereich Film tätig. Von 2003 bis 2009 Studium (Kamera) an der Filmakademie Baden-Württemberg, das er mit dem Diplomfilm *Die Maßnahme* (Gewinner des First Steps Award 2009) abschloss. Lebt seit 2009 wieder in Altötting, wo er Mitinitiator eines selbstverwalteten Hausprojekts ist und im Selbstversuch praktische Erfahrung in hierarchiefreier Organisation sammelt.

Filmographie (Auswahl)
2009 *Die Maßnahme* Dokumentarfilm – Kamera
2006 *Die Mitarbeiter der Wahrheit* Mockumentary – Buch & Regie
2006 *Die Gedanken sind frei* Dokumentarfilm – Kamera
2006 *Gysi und ich* Dokumentarfilm – Kamera

Regiestatement
Die Logik der Maximierung des Gewinns, unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten, eine Welt hierarchischer Strukturen. Die Widersprüche in denen wir leben sind offensichtlich. Aber welche Möglichkeiten gibt es, die Dinge anders zu machen? Anarchie? Eine Theorie, die gerade durch ihre Radikalität neue Perspektiven eröffnet. [...] PROJEKT A soll Mut machen, Diskussionen anstoßen und zeigen, dass es an der Zeit ist, die Dinge wieder selbst in die Hand zu nehmen. Die Notwendigkeit zur Veränderung unserer Welt ist offensichtlich, nicht nur für Anarchisten. (Der vollständige Text findet sich unter www.projekta-film.org)

Du willst Projekt A in Deiner Stadt zeigen? Na klar!

Am 4.2.2016 hat der Film in Berlin Premiere. Vielleicht gibt's auch in Deiner Stadt ein Kino das in Frage kommt. Den Film kann beim Verleih „Drop-Out Cinema" (www.dropoutcinema.org) bestellt werden. Es ist nicht nötig das Kino zu mieten!

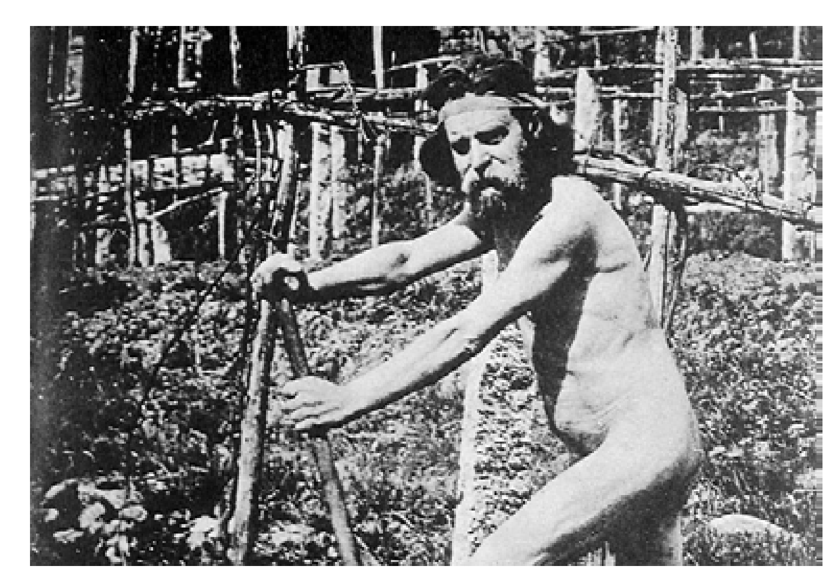
Back to the Past

Anarcho-Primitivismus als vermeintlicher Lösungsansatz für Probleme der postindustriellen Gesellschaftsordnung

In Zeiten von Web 2.0, einem immer weiter steigenden Leistungsdruck und dem weltweiten Siegeszug des Neoliberalismus ist das Bedürfnis vieler Menschen nach Entschleunigung verständlich und nachvollziehbar. Im Folgenden versuche ich am Beispiel der Ideologie des Anarcho-Primitivismus aufzuzeigen, warum die Rückkehr in die Steinzeit trotz allem keine emanzipatorische Perspektive darstellen kann.

Anarcho-Primitivist*innen (A-Ps) gehen davon aus, dass sich sämtliche Herrschaftsstrukturen in Folge der Neolithischen Revolution entwickelt haben. Als Neolithische Revolution bezeichnet mensch den Wandel von einer nomadischen „Jäger*innen/Sammler*innen"-Gesellschaft zu sesshaften Gemeinschaften, die durch Ackerbau etc. ermöglicht wurden. Für A-Ps waren alle Stämme/Sippen vor der Neolithischen Revolution prinzipiell egalitär, was nachgewiesener Weise nicht der Fall war. Durch den ideologisch untrennbaren Zusammenhang von Zivilisation und Herrschaft wendet sich der Anarcho-Primitivismus gegen jede Form der Zivilisation. Natürlich sind die Befürworter*innen dieser Ideologie keine homogene Gruppe und sich uneins über den wünschenswerten Technologiestand. Während manche Vertreter*innen z.B. Permakultur für vertretbar halten, wollen andere sich auf Technologien beschränken, welche bereits in der Jungsteinzeit zur Verfügung standen. Einig ist sich mensch darüber, dass alle sozialen Zusammenhänge, welche mehr als ca. 100 Personen beinhalten automatisch Hierarchien produzieren würden und deshalb aufzulösen seien. Die Ideologie entstand in den 1980er Jahren aus dem Umfeld der militanten Ökologie-/Tierrechtsszene in den USA. Heute ist der Anarcho-Primitivismus ironischerweise hauptsächlich im Internet virulent.

Die anarcho-primitivistische Ideologie ist aus verschiedenen Gründen höchst problematisch. Zunächst einmal lässt sich



Ein Primitivist der ersten Stunde im Schweizer Aussteigerparadies Monte Verità

die Vorstellung von prinzipiell egalitären „Sippenstrukturen" der Steinzeit auf das Konzept des „Edlen Wilden" zurückführen. Dieses wurde im Zuge der europäischen Aufklärung entwickelt und ging davon aus, dass der Steinzeitmensch in einem primitiven „Naturzustand" lebte, wie Adam im Paradies frei von allen negativen Eigenschaften. Abgesehen davon, dass sie gänzlich falsch ist, ist diese Vorstellung eurozentristisch und rassistisch, weil es dem weißen, zivilisierten Europäer verallgemeinernd den unzivilisierten Wilden gegenüberstellt. Dieses Konzept wurde schon verwendet um die „wilde" Welt zu kolonisieren und auszubeuten. Auch wenn A-Ps dies grundsätzlich ablehnen, bedienen sie sich der gleichen Argumentationsmuster. Desweiteren formuliert der Anarcho-Primitivismus einen globalen Anspruch: Solange es Nicht-Primitivist*innen gibt, würden diese durch z.B. Umweltverschmutzung den A-Ps das schöne Leben verunmöglichen, also ist eine Koexistenz nicht möglich.

Eine mögliche Praxis wirft weitere Fragen auf. Allen voran: Wie soll die Weltbevölkerung ernährt werden? Damit hat sich Andrew Flood ausführlicher beschäftigt. Er kommt in seiner Forschung zu dem Schluss, dass durch Jagen und Sammeln maximal 100 Millionen Menschen ernährt werden könnten. Selbst bei dieser Schätzung, in welcher erst einmal über 7 Milliarden Menschen sterben müssten, würde wahrscheinlich das Ökosystem durch Übernutzung den Geist aufgeben. Wie die „Schrumpfung" vonstatten zu gehen hat, da scheiden sich wiederum die Geister. Während vermeintlich aufgeklärte A-Ps eine freiwillige Geburtenkontrolle befürworten, wünscht sich der radikalere Flügel ein Massensterben durch Epidemien und Ähnliches. Ein Konzept liegt auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung nicht vor, sondern es wird (meist) davon ausgegangen, dass die meisten Krankheiten der Zivilisation entspringen und auch mit dieser überwunden werden können.

Es gibt mehrere Gründe, warum mensch sich trotz des offensichtlichen Unfugs, der in diesen Kreisen verbreitet wird, mit dem Anarcho-Primitivismus auseinandersetzen sollte. Gerade bei antispeziesistischen und konsumkritischen Menschen ohne viel theoretische Vorkenntnis lassen sich immer wieder Schnittmengen mit dieser Ideologie feststellen. Das liegt einerseits am (verbal)-radikalen Duktus der A-Ps, andererseits bietet die Ideologie einen einfachen Lösungsansatz für komplizierte Sachverhalte. Mensch macht es sich sehr einfach, wenn alles, ab der Neolithischen Revolution abgelehnt wird. Dies verhindert eine weitere Auseinandersetzung mit den Verhältnissen. Hier lässt sich eine Parallele zum verschwörungstheoretischen Milieu feststellen. Dass der Primitivismus auch real eine Bedrohung der Zivilisation darstellen kann, sieht mensch zum Beispiel an der Terrorherrschaft der roten Khmer in Kambodscha, wo in vier Jahren ca. ein Fünftel der Bevölkerung beim Versuch eine vorindustrielle Gesellschaftsordnung herbeizuführen ums Leben kam. Es lässt sich zusammenfassen, dass der Anarcho-Primitismus keine emanzipatorische Strömung ist und sein kann. Trotzdem sollte mensch sich, vor allem in der Diskussion mit meist jüngeren Leuten, die Zeit und die Muße nehmen den unemanzipatorischen Charakter der Ideologie aufzuzeigen.

Simon Birnelm

Gruppe Tresantis: „Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven"

Eine Buchbesprechung

Das Tresantis-Kollektiv, laut eigener Beschreibung „Querköpfe die an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten eng mit dem Widerstand gegen Atomanlagen verbunden waren und sind", hat ein solides Buch abgeliefert. Die Herausgeber*innen selbst vertreten den Anspruch einer Anti-Atom-Bewegung, die untrennbar mit anti-autoritärer, anti-staatlicher und anti-kapitalistischer Grundhaltung verbunden ist. Über mehrere Jahre hinweg hat das Kollektiv Beiträge von Aktivist*innen gesammelt, deren subjektive Berichte nun in dem über 380 Seiten starken Werk vorliegen. In dem reich bebilderten Buch kommen die unterschiedlichsten Protagonist*innen zu Wort, die mit ihren Beiträgen einen Überblick über 40 Jahre Anti-Atom-Bewegung geben.

Beginnend mit der Beschreibung einer „Fortschrittseuphorie und Technikgläubigkeit im Atomzeitalter" schildern Augenzeug*innen ihre Erfahrungen Anfang der siebziger Jahre in Wyhl am Kaiserstuhl, dem Geburtsort der deutschen Anti-AKW-Bewegung. Im biografisch-erzählerischen Stil werden Zusammenhänge hergestellt, die Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht ebenso geschildert wie die Entwicklung einer sozialen Gegenstruktur. Eine Stilistik, die lebendig und subjektiv daherkommt und trotzdem informiert. Das Buch liefert eine Fülle von Eindrücken und Fakten, bleibt jedoch durch eine gute Aufbereitung unterhaltsam und lesbar. Es ist im positiven Sinne kein trocken-analytisches Geschichtsbuch, sondern es erzählt Geschichten: Die Örtlichkeiten des Protestes und des Widerstands – Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Wackersdorf – werden ebenso wie das Desaster von Tschernobyl im ersten Teil bearbeitet. Hier finden sich thematisch auch die zivile und militärische Nutzung, beleuchtet am vertuschten Unfall in Gesthacht/Krümmel, und eine kritische Betrachtung der Grünen.

Quelle: Assoziation A

Im zweiten Teil des Buchs geht es um die wendländische Protestkultur, Gorleben, die freie Republik, entstanden aus der besetzten Bohrstelle 1004, und eine Fülle von Aktions- und Widerstandsformen. Die Geschichte/n um die Auflehnung gegen das Atommülllager und gegen die Castortransporte nehmen im Buch den weitaus größten Raum und eine zentrale Stellung ein. Die persönlichen Erfahrungen der zahlreichen Autor*innen, die sowohl unter Klarnamen als auch unter Pseudonym firmieren (folgerichtig immer dann, wenn es um die detailreiche Schilderung von Sabotage und anderen kriminalisierbaren Widerstandsaktionen geht), sind das Highlight des Bandes.

Im letzten und dritten Teil des Buches geht es um Vermischtes: Fukushima, den sogenannten Atomausstieg, politisches Klettern, Strategien der Repression zu begegnen und die Schwierigkeiten mit nuklearen Hinterlassenschaften umzugehen.

Hier, im Schlussteil, zeigt sich eine Schwäche des Buches: Es wird dem starken Titel „Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven" so nicht gerecht. Positiv gesehen liegt dies jedoch weniger am Kerngehalt des Produkts, sondern an dem zu ambitionierten Titel. Bei dominierender Retrospektive kommt die Perspektive zu kurz. Zu wenig ist zu lesen bezüglich staatlichem Atommülllagermanagement, Rückbauschwierigkeiten und strategischer Einbindungsversuche wie z.B. der Atomlagersuchkommission, um nur Weniges zu nennen. Auch zur internationalen Situation und dem dort vollzogenen z.T. massiven Ausbau von atomarer Technik findet sich kaum etwas.

Auch ist es weniger ein Geschichtsbuch, sondern vielmehr ein Band von Geschichten aus einer ganz bestimmten Widerstandsperspektive. Es wird nicht von außen beschrieben und erklärt, sondern von innen heraus berichtet. Von Menschen, die eben nicht den Schwerpunkt auf Parteiarbeit, Resolutionen und Menschenketten legen, sondern auf selbstbestimmten kreativen Widerstand. Militanz an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt und in einer Dosis, die ein gesamtsolidarisches Handeln weiter ermöglicht, war und ist ein wichtiges Element. Gut platziert wird sie zum Moment der Freiheit, die aufmacht und Grenzen überschreitet. Aber das ist eben nicht die ganze Anti-Atom-Bewegung. Die war und ist, auch wenn sich viele von den Abschaltungen haben einlullen und beruhigen lassen, größer und wird von weiteren Spektren getragen. Die Anti-Atom-Bewegung war nie eine Monokultur, im Gegenteil, ihre Stärke lag immer darin, dass sie sich aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und den unterschiedlichsten Aktionsformen zusammensetzte. Das zum Teil nervenzerfetzende Ringen um den nächsten Schritt, die richtige Strategie, macht einen Teil dieser Geschichte aus und findet sich auch in dem einen oder anderen Artikel – aber eben nur aus einer Sicht. Die Gewichtung des Buches im beschriebenen Sinne erfolgt nicht nur thematisch, sondern auch geografisch selektiv, lässt so einiges außer Acht und birgt die Gefahr, viele zähe und verschleißende Kämpfe anderenorts zu peripheren Sekundärereignissen werden zu lassen. Das ist schade und wird der Realität nicht gerecht. Die Bewegung, auch die kreativ militante, ist ebenso in Grafenrheinfeld, Asse, Schacht Konrad, Biblis, Neckarwestheim, Ohu und anderswo zu finden und auch diese Liste ist nur eine lückenhafte Auswahl.

Trotz der Kritik – eher am zu ambitionierten Titel, als am Inhalt – es ist ein absolut lesenswertes Buch, informativ und berührend.

Michael Wilk

Das Buch:

Gruppe Tresantis (Hg.): Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven,
ASSOZIATION A, 2015
anti-atom-aktuell.de/Buch

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

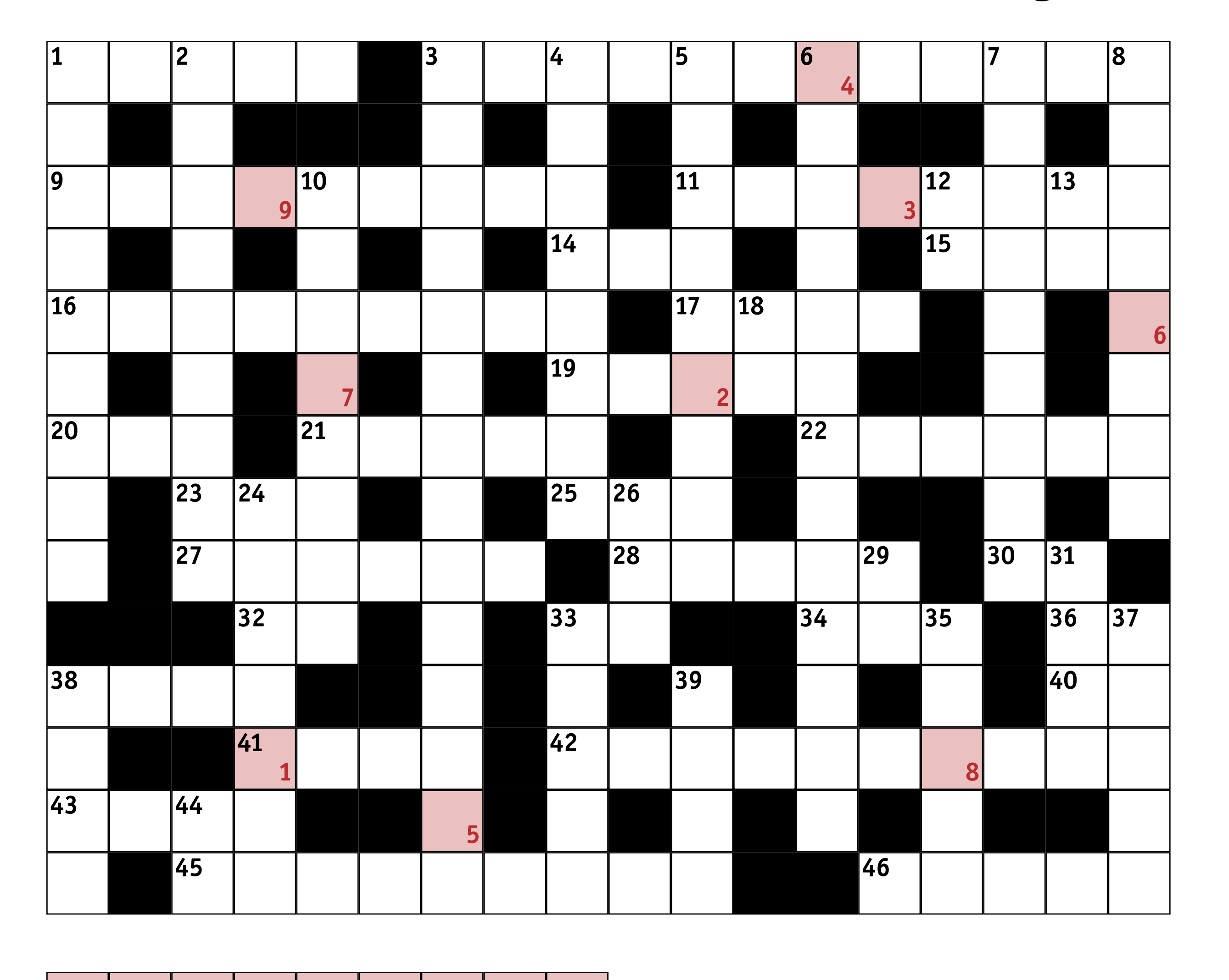
Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

„Es gibt kein richtiges Leben im falschen“

Des letzten Rätsels Lösung: Ökologie



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 98



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

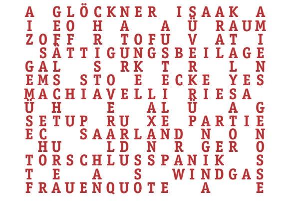
1. einer der Künstlernamen Kurt Tucholskys: Theobald ~ 3. Mitteilung einer Pflegekraft, dass ihre Sicherheit oder Gesundheit u.a. wegen unerträglicher Arbeitsdichte gefährdet ist; teamweise gestellte Meldungen können einen Eindruck bei den Vorgesetzten machen <Um-die-Ecke-Wort!> 9. auf der Reise, draußen auf der Straße 11. schwer arbeiten 14. gefüllte Pastete oder Kuchen <engl.> 15. in dieser Industriestadt in Zentralpolen zwang ein Textilarbeiterstreik 1971 die KP-Führung unter Gierek zu Zugeständnissen; es war der erste erfolgreiche Streik in der Geschichte der VR Polen 16. Großbehälter zum Gütertransport; oft müssen ArbeiterInnen oder Asylsuchende behelfsmäßig darin hausen 17. Bedauern, Schmerz 19. für andere lästige oder unangenehme Gewohnheit 20. SPD-Oberbürgermeister von München (1993-2014) mit einer Vorliebe für megalomanische Verkehrs- und Infrastrukturprojekte, Vorname: Christian 21. gegen Verpflichtung zu Gefolgstreue und Kriegsdienst verliehenes Nutzungsrecht an einem Landgut, v.a. im europäischen Mittelalter 22. Neuerwerb, Zuwachs 23. Fußballverein aus NRW, spielt in der Regionalliga West 25. Besitz, Bauernhof (v.a. des Patriziertums) 27. Fußweg, Bürgersteig 28. Halbaffe, Maki 30. Tuberkulose <Abk.> 32. Kfz-Kennzeichen für Ingolstadt 33. Länderkürzel für Mazedonien 34. die dem Wind zugedrehte Seite eines Objekts 36. an + dem 38. scharfer, böser Spott 40. der große reformistische Gewerkschaftsbund in Schweden (ebenfalls in Dänemark und Norwegen) <Abk.> 41. unabhängiger Dachverband, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, inter- bzw. transnationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören <Abk.> 42. Fest, bei dem unmäßig getrunken wird 43. Hauptstadt eines baltischen Landes, das häufig „Spielball“ zwischen Russland und Deutschland gewesen ist 45. staatliche Sparmaßnahmen und Einschränkungen, die die ärmsten Teile der Bevölkerung treffen <engl.> 46. griechische Ägäisinsel (in den Kykladen)

Senkrecht

1. „In Zeiten allgemeiner ~ die Wahrheit zu sagen, ist eine revolutionäre Tat“ (G. Orwell) 2. Mainzer Erfinder und Druckunternehmer, lebte 1400-68, Vorname: Johannes 3. Anteil der AzubInnen, die nach der Ausbildung vom Betreib eingestellt werden 4. Freigabe eines befruchtungsfähigen Eies durch den Eierstock 5. beste Freundin des Bücherwurms 6. als Vizekanzler und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel im Juni 2015 auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart von TTIP-GegnerInnen konfrontiert wurde, hatte er nur noch Verachtung für sie übrig: „Teil meines Gehalts ist ~“ 7. diese Weiterentwicklung von Stacheldraht wurde in den letzten Monaten u.a. entlang der Südgrenze Ungarns ausgerollt 8. siehe waagerecht 3 <Um-die-Ecke-Wort!> 10. was man sich mit dem Lohn leisten kann (das Verhältnis von Nominallohn und Preisniveau) 12. Kfz-Kennzeichen für Flensburg 13. Dosis eines Wirkstoffs, die bei den meisten EmpfängerInnen den erwünschten therapeutischen Effekt zeigt <pharmakol. Abk.> 18. persönliches Fürwort 24. wichtiger Wirtschaftszweig in Spanien und einigen anderen Mittelmeerländern, in dem in vergangen Jahrzehnten manchmal gestreikt wurde; heute ist die Produktion stark mechanisiert 26. Spaß, Unfug 29. Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 31. ungezogenes Kind 35. Spontispruch: Wo eine ~ ist, ist auch ein Weg 37. Scherzhaft für ÖkoaktivistIn 37. Stadt am Niederrhein, in dem ein libertäres Kultur- und Aktionszentrum samt Medienvertrieb zu Hause ist 38. aus der „Internationale“: Völker, ~ die Signale 39. Ausschuss von Sachverständigen als PreisrichterInnen bei Sportveranstaltungen, Ausstellungen usw. 44. Abk. für den US-Bundesstaat Georgia

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o Syntopia, Gerokstr. 2 47053 Duisburg).
Gewinner#232: Rudi M. aus Düsseldorf

Auflösung # 97



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
c/o Syntopia
Gerokstraße 2
47053 Duisburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o Syntopia, Gerokstraße 2, 47053 Duisburg.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 234: 12. Februar 2016